

Februar 1968: Vietnamsolidarität und Internationaler Vietnamkongreß in Westberlin am 17./18.2.1968

Materialien zur Analyse von Opposition

Von [Jürgen Schröder](#), Berlin, 8.2.2018

Es können hier nur wenige Dokumente und Hinweise zur [Vietnamsolidarität](#) und zum Vietnamkongress vorgestellt werden. Wir bitten um Ergänzungen.

Beschlossen wurde die Durchführung des Internationalen Vietnamkongresses offenbar kurz dem Bekanntwerden der Tet-Offensive, wobei die [Studentenvertretungen](#) von Freier (FU) und Technischer Universität (TU) eine wichtige organisatorische Rolle spielten.

Die Vietnam-Solidaritätsaktionen waren damals häufig von Angriffen gegen die [Amerikahäuser](#) gekennzeichnet, wie etwa in Frankfurt am 5.2.1968, während in Tübingen am 8.2.1968 bereits ein Sit-In Anlaß zum [Prozeß](#) bot.

Vor allem der [SDS](#) aber auch andere linke und studentische Gruppen riefen mit zahlreichen Flugblättern, aber auch Aufklebern dann zum Kongreß nach Berlin auf, protestieren gegen das Raumverbot für den Kongreß und das Verbot der Demonstration, die schließlich beide aufgehoben werden.

Der Berliner Senat antwortete mit einer Freiheitskundgebung, in den ihn tragenden Parteien erfolgt aufgrund des Kongresses auch später noch eine Diskussion wie in der CDU, während aus der SPD die in den Falken aktiven trotzkistischen Kader ausgeschlossen wurden.

Weitere Texte vom "Vietnam-Kongreß" in Westberlin 1968 gibt 's in der [Nummer 2/2018 der Onlinezeitung "trend"](#).

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

Februar 1968:

Vermutlich im Februar 1968 erscheint ein 'Rundbrief - Junge Garde für den Aufbau einer revolutionären Organisation der Jugend' unter Verantwortung von Rainer Haase Frankfurt.

Man tritt ein gegen den Vietnamkongress in Berlin und dafür für einen Marsch auf Bonn gegen die Notstandsgesetze (NSG).

Quelle: Rundbrief - Junge Garde für den Aufbau einer revolutionären Organisation der Jugend, Frankfurt O. J. (1968)

Februar 1968:

Die Februarausgabe des Hamburger ['Roten Morgens'](#) (vgl. Jan. 1968, März 1968) berichtet im Leitartikel "Großoffensive in Südvietnam" u.a.:"

Die Großoffensive der südvietnamesischen Befreiungsfront rollt. Täglich, stündlich treffen neue Erfolgsmeldungen ein. Kämpfe in Saigon, Hue, Da Nang und in weiteren 55 Städten des Landes. Die Lage der USA-Invasoren und ihrer südvietnamesischen Marionetten

verschlechtert sich täglich. Schon drohen Kriegswahnsinnige im Pentagon mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen. In ihrer Bedrängnis greifen sie zu der von Hitler kreierten Taktik der verbrannten Erde und vernichten ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung mit Raketen, Napalm und Bomben ganze Städte ... Die Großoffensive im Landesmaßstab hat eine neue Etappe des vietnamesischen Volksbefreiungskrieges eingeleitet. Die Moral der Aggressoren ist auf dem Null-Punkt angelangt. Die Marionettenarmee ist fast vollständig zusammengebrochen ... Je miserabler die Situation der Aggressoren, desto unverschämter die Versuche der Reformisten und Pazifisten, ihnen aus der Patsche zu helfen ... Solidarität mit dem Volk Vietnams, d.h. Kampf gegen die Aggressoren, vor allem gegen ihre Stützpunkte und Filialen in Westdeutschland. Gleichzeitig müssen wir aber all die entlarven, die den Aggressoren goldene Brücken bauen möchten."

Q: Roter Morgen, Hamburg Feb. 1968

05.02.1968:

Laut 'Roter Morgen' demonstrieren in Frankfurt ca. 3 000 Menschen ihre Solidarität mit Südvietnam. Vor dem US-Generalkonsulat, dem Amerikahaus und dem US-Handels-Centre am Opernplatz, kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Q: Roter Morgen, Hamburg Feb. 1968, S. 2

08.02.1968:

In Tübingen hatte der SDS zur Vietnam-Spaziergangsdemonstration aufgerufen, die zum Amerikahaus führt, wo die ca. 400 Teilnehmer einen halbstündigen Sitzstreik durchführen und dann zum Marktplatz weiterziehen. Der SDS verteilt ein Flugblatt "An die Tübinger Bürger!".

Später kommt es zur Anklage gegen drei Rädelsführer und zum Prozeß am 9.10.1968.

Q: Dokumentation zur Vietnam-Demonstration am 8. Febr. '68 in Tübingen & zum Prozess am 9. Okt. '68 vor dem Amtsgericht gegen Behnken, Winterhagen, Wolf, O. O. (Tübingen) O. J. (1968); SDS: An die Tübinger Bürger!, Tübingen O. J. (8.2.1968)

AN DIE TÜBINGER BÜRGER!

Sie hatten es eilig gestern nachmittag. Sie waren müde von der Arbeit, und wir, die Studenten, haben sie eine halbe Stunde lang gewaltsam aufgehalten. Sie wollten ihren Weg gehen, und wir sollten den unseren gehen. Aber in diese Gleichgültigkeit haben wir Ärger gebracht, den Sie für überflüssig halten. Jedoch eben diese Gleichgültigkeit ist es auch, die es einer Gruppe von Mächtigen erlaubt, einen solchen Krieg zu führen wie den in Vietnam. Sie meinen, dagegen könne man nichts machen. Sicher, wir können nicht mit einem Schlag verhindern, daß eine verbündete Nation, die USA, einen grauenhaften, ungerechten Krieg in Vietnam führen.

Verteidigt man in einem mörderischen Krieg, der ein ganzes Volk auszulöschen droht, die Freiheit?

Sie arbeiten den ganzen Tag und wenn Sie nach Hause kommen, sind Sie zu müde, um noch viel und lange über Vietnam lesen zu können. Und ist es verwunderlich, daß Zeitungen, die im Privatbesitz weniger reicher Leute sind, verschweigen, daß andere, reiche Konzernherren auch in der Bundesrepublik Chemikalien und Waffenteile für den Vietnamkrieg der USA herstellen? Die Konzernherren verdienen gut und verdecken gegenseitig ihre Geschäftemachereien. Gerade weil wir Studenten Zeit haben und weil wir wissen, daß wir auch auf ihre Kosten leben, sind wir verpflichtet, Ihnen auch solche Dinge mitzuteilen, die Ihnen kein Chef gerne mitteilt. Die gleichen Herren haben schon einmal die Wahrheit ihrer Geschäfte wegen verschwiegen und uns in einen schmutzigen Krieg gestürzt.

DAS WOLLEN WIR VERHINDERN & DESHALB GEHT UNS VIETNAM AN!!!

Demokratie, Freiheit, Neutralität und friedliche Vereinigung ist nicht nur unser Ziel. Der Vietkong will das gleiche in seinem Land verwirklichen. Alles das wurde ihm einmal, 1954, versprochen. Aber die USA haben es verhindert, und haben die Illegitimität von der kommunistischen Aggression und ihrem Terror verbreitet. Wir wollen uns nicht belügen lassen, nicht schon wieder!

Wir Studenten wollten, daß Sie ärgerlich werden, als wir Sie behinderten, - ärgerlich allerdings nicht gegen uns, sondern gegen den Terror einer kleinen Gruppe von Mächtigen, den sie ihrer Geschäfte wegen über die Welt verbreiten. Wir wollten, daß Sie aufhorchen; den Anlaß ihres Ärgers gaben wir, aber den Grund ihres Ärgers lieferten die Kriegsmacher, gegen diese sollten wir alle unseren Ärger und gemeinsamen Widerstand richten. Um dies klarzustellen, mußten wir erst die Gleichgültigkeit zwischen uns und Ihnen beseitigen.

Vergessen Sie Ihren Ärger nicht! Aber wenden Sie ihn nicht gegen uns, sondern gegen die Kriegsmacher, gegen die wir demonstrierten. Geben Sie nicht denen alle vier Jahre Ihr Vertrauen, die gemeinsame Sache mit den Mächtigen der USA machen!

Wir wissen, daß der Vietkong für Demokratie, Freiheit, und Selbstbestimmung kämpft, und wir wollen Ihnen das sagen, damit wir nicht selbst unser Recht auf Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung vergessen. Wir haben Ihre Ruhe gestört, weil sie in Gefahr ist, Ihnen überhaupt genommen zu werden!

Deshalb: ALLER WIDERSTAND GEGEN DIE MÄCHTIGEN UND KRIEGSMACHER!!!

Sozialistischer Deutscher Studentenbund SDS Tübingen

12.02.1968:

An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Handzettel der Projektgruppe Vietnam des LSD, die Mitarbeiter für eine Unterschriftensammlung vom 15.-17.2.1968 sucht und dazu am 13. und 14.2.1968 zwei Treffen durchführen will.

Q: LSD: Die Projektgruppe 'Vietnam'..., Heidelberg O. J. (1968)

12.02.68

Die Projektgruppe "Vietnam" des LSD plant vom 15.-17.2.68 eine Unterschriftensammlung gegen die amerikanische Intervention in Vietnam. Ziel dieser Aktion ist es vor allem, mit Passanten ins Gespräch zu kommen, um das von einem großen Teil der deutschen Presse gezeichnete Bild vom angeblich berechtigten und notwendigen Vietnamkrieg zu korrigieren.

Um möglichst breite Kreise der Bevölkerung zu erreichen, soll die Aktion an mehreren Stellen gleichzeitig durchgeführt werden (Bismarckplatz, Theaterstraße, Universität).

Melden Sie sich als

MITARBEITER

wenn auch Ihnen das Vietnamproblem auf den Nägeln brennt und wenn auch Sie die ständige Eskalation des Krieges - denken Sie an die Nachrichten der letzten Tage!- nicht untätig hinnehmen wollen.

Treffpunkt für alle Interessenten

Dienstag, den 13.2.68, 18 Uhr und/oder

Mittwoch, den 14.2.68, 20 Uhr

LSD Heidelberg, Sandgasse 11

12.02.1968:

In Berlin gibt der SDS vermutlich heute seine 'Vietnam Informationen' Nr. 7 (vgl. 13.2.1968) heraus mit dem Aufruf zu den Filmveranstaltungen am 12., 13., 15. und 16.2.1968.

Q: SDS: Vietnam Informationen 7, Berlin O. J. (1968)

VIETNAM 7. INFORMATIONEN

So verteidigen die USA unsere Freiheit in Vietnam

In Springer-Zeitungen war bisher nicht zu lesen:

- daß die Amerikaner entgegen dem Genfer Abkommen von 1954 allgemeine freie Wahlen verhinderten, weil schon damals 80% der vietnamesischen Bevölkerung für Ho Chi Minh und damit für ein sozialistisches Vietnam gestimmt hätten. (General Eisenhower in seinen Memoiren)
- daß das ganze Land von den Amerikanern systematisch bombardiert wird: die "Befreiungsaktionen" der USA erbrachten 1 Million Tote und 2 Millionen vertriebener Bauern.
- daß ein Drittel der gesamten Anbaufläche von den Amerikanern mit Chemikalien vergiftet wurde.
- daß die Amerikaner Vietnam in ein Experimentierfeld - zur Erprobung von Unterdrückungsmaßnahmen gegen jedwede soziale Revolution - verwandelt haben.

Die Amerikaner wissen, daß solche Revolutionen überall in den armen Ländern auf der Tagesordnung stehen; der US-Verteidigungsminister McNamara begründete das: "Bei einem Sieg Hanoi müssen wir uns darauf gefaßt machen, es mit der gleichen Form der Aggression auch in anderen Teilen der Welt aufzunehmen, und zwar überall dort, wo eine Regierung schwach und das Sozialgefüge nicht gefestigt ist." Auf die Frage, "Es wären also wieviel - 80 oder 90 Länder der Welt?" antwortete sein Komplize Rusk: "Nein, gerade etwas über 40 Länder wären davon betroffen."

Die Menschen in Südvietnam haben begriffen, daß allein eine sozialistisch organisierte Wirtschaft - wie in Nordvietnam - ihre Lebensbedingungen endgültig verbessern kann. Nordvietnam ist es gelungen, eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Dies konnte nur erreicht werden, weil politische Führung und Menschen miteinander sprechen, sich selbst korrigieren und gegenseitig kritisieren. Die politische und geschichtliche Einsicht blieb nie das Vorrecht weniger; die Bevölkerung ist in der Lage, ihre eigene Geschichte selbst zu machen.

Im Süden dagegen hat sich die wirtschaftliche Situation und die soziale Lage jedes Einzelnen zunehmend verschlechtert.

Darum gewinnt Nordvietnam im Bewußtsein der Menschen Südvietnams den Wert eines Modells: Der Widerspruch zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte, treibt sie zur Revolution.

Darum fordern alle Vietnamesen: Enteignet Springer!

Verantwortlich: Peter Bracht.

Montag 12.2. TU HE 101 20 Uhr
 Filme über den Krieg in Vietnam
 Hanoi Martes 13. diciembre (Kuba/Alvarez)
 Vietnam 30. Januar 1968
 (Westberlin/Mitscherlich)

Donnerstag, 15.2. FU Audimax 20 Uhr
 Filme über Vietnam
 Dans les maquis du sud vietnam
 Malgre l'escalade
 Hanoi sous les bombes

Dienstag, 13.2. FU Audimax 20 Uhr
 Neue Filme aus Kuba
 Asamblea General (Deklaration von
 Havanna) 1960
 Muerte al invasor (Die Landung in der
 Schweinebucht) 1961
 Ano 7 (Das siebte Jahr) 1966

Freitag, 16.2. FU Audimax
 19 Uhr: Hanoi martes 13. diciembre
 20 Uhr: 2. Vorstellung

Die am 18.2. stattfindende Demonstration wurde vom Senat verboten.

12.02.1968:

In Berlin lud der SDS für heute in der TU und morgen in der FU zur Vorbereitung des Vietnam-Kongresses zu Filmveranstaltungen auf.

Q: SDS: Veranstaltungskalender, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Edd

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

VERANSTALTUNGSKALENDER:

~~Die folgenden Veranstaltungen sollen die Vietnam Konferenz vom~~
17.2.1968 und die Internationale Demonstration vom 18.2. allseitig
vorbereiten. Das antiautoritäre Lager muß in diesen Versammlungen
endlich eine intensive Diskussion über die bisherigen Aufklärungs-
und Aktionsformen führen. Der SDS und die anderen Organisationen
haben es bisher versäumt, den kritischen Dialog mit dem antiautori-
tären Lager zu entfalten. Aus diesem Mangel entsteht Unsicherheit,
Mißtrauen, theoretische und praktische Richtungslosigkeit, von der
allein die Springer-Manipulation und die Schutz-Repression profi-
tieren. Die autoritären Maßnahmen der universitären und außeruni-
versitären Bürokratie können wir nur dann politisch offensiv be-
antworten, wenn es uns gelingt, die politischen Inhalte unserer
Gesellschaftskritik in der kritischen Selbstaufklärung konkret zu
bestimmen und ihre organisatorische Wendung sicherzustellen.

Montag, 12.2. TU d.101 20 Uhr

- Filme über den Krieg in Vietnam
- Hanoi Martes 13 diciembre (Kuba/ S.Alvarez)
- Vietnam 30. Januar 1968 (Westberlin/ Th.Mitscherlich)
- Thesen von Gäng, Horlemann, Dutschke, Salvatore u.a.
- Mitveranst. Studentenvertretung FU

Dienstag, 13.2. FU Audimax 20 Uhr

- Neue Filme aus dem revolutionären Kuba
- Asamblea General (Die erste Deklaration von Havanna) 1960
- Muerte al invasor (Die Landung in der Schweinebucht) 1961
- Ano 7 (Das siebte Jahr) 1966
- Thesen von Dutschke, Gäng, Lemann u.a.

12.02.1968:

An der FU Berlin gibt der Arbeitskreis zum Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre in der FU Berlin vermutlich in dieser Woche die Flugschrift "Die Vietnam-Kampagne an den deutschen Universitäten" als Veröffentlichung Nr. 5 heraus.

Q: Arbeitskreis zum Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre in der FU Berlin: Die Vietnam-Kampagne an den deutschen Universitäten, Berlin Feb. 1968

Febr. 68

Die Vietnam-Kampagne an den deutschen Universitäten

1. In Deutschland hat die Erfahrung der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft und die ständige Drohung eines atomaren Weltkrieges in breiten Schichten der Bevölkerung eine politische Haltung gefördert, in der sich das Bekenntnis zur Demokratie mit der Entscheidung für Humanität verbindet. Soweit die Ablehnung von Gewalt zur Lösung politischer Streitfragen ehrlich gemeint ist, kann sie als ein ermutigendes Zeichen für das unaufhaltsame Erstarken eines demokratischen Verantwortungsbewußtseins in der deutschen Öffentlichkeit gelten.

Wenn heute angesichts von Krieg und Terror in einer sich auf die Demokratie berufenden Welt eine weitere Demokratisierung unserer Gesellschaft angestrebt wird, so drückt sich darin sicherlich die Forderung nach einer festeren Verankerung humaner Prinzipien im öffentlichen Bewußtsein aus. Dieses Verlangen erscheint durch den Wunsch gerechtfertigt, die demokratische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik bei der Bewältigung ihrer mannigfaltigen Probleme gegen ein neuerliches Verfallen in Radikalismus und Fanatismus zu immunisieren. Es ist verständlich, daß die junge Generation diese Forderung mit einer größeren moralischen Strenge vertritt, als sie die in der politischen Verantwortung wirkende ältere Generation einzulösen vermag. Das Wissen um die vielen Fallstricke einer nur an moralischen Normen orientierten politischen Haltung und die erlebte politische Gefahr radikaler Scheinlösungen läßt sie im Bewußtsein eines tragischen Konflikts zwischen Politik und Moral auch noch in jenen Fragen nach einem Kompromiß suchen, die die engagierte Jugend kompromißlos entschieden wissen will. In diesem Zusammenhang ist die Haltung gegenüber dem Krieg in Vietnam für viele junge Menschen zum entscheidenden Kriterium für ihr Urteil über den Wert der Demokratie und demokratischer Politik geworden.

2. Das von vielen Studenten lebhaft empfundene Unbehagen über den Abstand, der die bestehende Demokratie noch immer von verwirklichter Menschlichkeit trennt und die daraus erwachsende Bereitschaft zur radikalen Kritik an der Unbeweglichkeit mancher politischer Maßstäbe machen sich an den deutschen Universitäten radikale Gruppen zur Indoktrination antiparlamentarischer Vorstellungen zunutze. Von diesen Gruppen wird in bewußter Ausnutzung der echten Empörung großer Teile der Studenten-

schaft über die Kriegsführung in Vietnam die Politisierung der Hochschulen gefordert. Das Verlangen nach der Durchdringung von Wissenschaft und Politik, wie es im Studienprogramm der „Kritischen Universität“ in Berlin modellhaft vorweggenommen ist¹, wirft zwangsläufig die Frage nach dem Inhalt der politischen Konzeption auf, die mit Forschung und Lehre an der Freien Universität Berlin verschmolzen werden soll. Sofern die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam von jenen radikalen Studentengruppen beherrscht wird, die auch bei der Organisation und Planung der „Kritischen Universität“ mitwirken, bietet die Untersuchung der innenpolitischen Funktionen der Vietnam-Kampagne die Möglichkeit, die inhaltlichen Tendenzen der geforderten Politisierung der Universitäten festzustellen.

Zuallererst sei darauf aufmerksam gemacht, daß heute selbst innerhalb der „neuen Linken“ die Frage nach der Schuldzuweisung, die in der Protestbewegung eine wichtige Rolle spielt, nicht mehr einhellig entschieden wird. Che Guevara, dessen Ruf nach Vervielfachung des revolutionären Krieges die Protestbewegung zu ihrem Leitmotiv gewählt hat, hat gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjetunion und die Volksrepublik China an der Fortdauer des Krieges in Vietnam mitschuldig seien: „Aber schuldig sind auch jene, die in der Stunde der Entscheidung gezögert haben, Vietnam zu einem unverletzlichen Bestandteil des sozialistischen Lagers zu machen, wobei sie sicherlich das Risiko eines Weltkrieges eingegangen wären, aber damit auch die amerikanischen Imperialisten gezwungen hätten, sich zu entscheiden. Und schuldig sind jene, die einen Krieg der Beleidigungen und kleinen Schikanen führen, wie er bereits vor einiger Zeit zwischen den Vertretern der beiden größten Mächte des sozialistischen Lagers begonnen hat“². Wenn in der von neomarxistischen und sonstigen radikalen Gruppen beherrschten Protestbewegung diese differenzierte Schuldzuweisung bisher nicht zum Ausdruck gekommen ist, so offenbar aus Besorgnis, daß dadurch die „humanistischen“ Aspekte der sozialistischen Politik Schaden nehmen könnten.

3. Sofern die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam von echter Empörung gegen Gewaltanwendung in der Politik getragen wird, bleibt das Fehlen einer umfassenden Klärung der Verantwortlichkeiten unerheblich. Die Empörung über den Krieg

und der Protest gegen brutale Gewalt bedürfen heute keiner differenzierten Begründung. Sofern diese Protestbewegung jedoch dazu benutzt wird, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der repräsentativen Demokratie in der Bundesrepublik und den Modalitäten der militärischen Gewaltanwendung in Vietnam zu konstruieren, macht das Fehlen einer objektiven Darlegung der Verantwortlichkeitsverhältnisse die Lauterkeit der Motive der Protestbewegung fragwürdig. In diesem Fall liegt der Verdacht nahe, daß die Protestbewegung aus Gründen geschürt wird, die mit ihrem eigentlichen Gegenstand nur mittelbar etwas zu tun haben. Dieser Verdacht verdichtet sich zur Gewißheit, wenn man die innenpolitischen Absichten der neomarxistischen oder anarchosyndikalistischen „Protestliteratur“ näher in Augenschein nimmt³.

So hat zum Beispiel der ehemalige Bundesvorsitzende des SDS Reimut Reiche ausgesprochen, daß unter anderem auch der Protest gegen das amerikanische Engagement in Vietnam nur der Anlaß für die Mobilisierung antiparlamentarischer oder revolutionärer Stimmungen sei: „Natürlich ist es, marxistisch gesehen, schwachsinnig, für 30 Pfennige Mensazuschuß zu streiken. Die 30 Pfennige werden einem in der kapitalistischen Gesellschaft anderswo sicher wieder abgeknöpft. Und dennoch fördern wir den Streik, unterstützen ihn. Er hält Emotionen wach, bringt Massen in Bewegung, genau wie Vietnam, der Notstand, der Ostermarsch. Und daneben ist er auch ein Demonstrationsfall — für die Sinnlosigkeit punktuellen Einsatzes, wenn man nicht die gesamten gesellschaftlichen und Eigentumsverhältnisse verändert“⁴. Es handelt sich für den SDS bei den aus den verschiedensten Anlässen organisierten Demonstrationen, Kampagnen und Diskussionen gar nicht um einen Protest gegen den Krieg in Vietnam, um echte Bedenken gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze oder um die Zustimmung zu den Zielen des Ostermarsches, sondern nur um die Mobilisierung von revolutionären Stimmungen, die die „Massen in Bewegung“ setzen sollen. Diese aktuellen Anlässe dienen ausschließlich als Mittel zur Umformung einer echten moralischen Empörung in eine permanente Haltung des Protestes gegen die parlamentarische Demokratie.

4. Nimmt man die innenpolitischen Funktionen der vom SDS oder einigen anderen radikalen Gruppen organisierten Kampagne gegen den Krieg in Vietnam näher in Augenschein, so lassen sich drei miteinander zusammenhängende politische Absichten feststellen:

a) Die propagandistische Auswertung der Protestbewegung beruht auf der Konstruktion eines willkürlichen Zusammenhanges zwischen dem „Wesen“ der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik und allen besonders unmenschlichen, verabscheuungswürdigen Aspekten der Kriegsführung in Vietnam. Ein vager Totalitätsbegriff, in dem alles mit jedem in einen ursächlichen Zusammenhang gesetzt wird, dient dieser ideologischen Konstruktion als Hintergrund für die Behauptung, daß die Regierung der

Bundesrepublik den Krieg in Vietnam aktiv unterstütze und daß im Zuge dieser Politik die Refaschisierung der Gesellschaft betrieben werde: „Die Bundesregierung unterstützt diesen Krieg nicht nur passiv wie so viele andere Länder, sondern aktiv. Sie tut das, obwohl sie damit ein immer offener faschistisch auftretendes Regime stützt. Unser Protest gegen eine solche Politik verwendet sich nicht nur für die vietnamesische Bevölkerung, die Völker der ‚Dritten Welt‘. Er wendet sich zugleich gegen den Versuch, im Zuge einer imperialistischen Politik die ohnehin sehr eingeschränkte und funktionalisierte parlamentarische Demokratie durch autoritäre Herrschaftsformen, ja offen faschistische Bestrebungen, zu beseitigen“⁵. Auf diese Weise wird der moralische Protest gegen den Krieg in Vietnam in eine Theorie vom faschistischen und aggressiven „Wesen“ der parlamentarischen Demokratie verwandelt.

Die Umformung des ursprünglich moralisch motivierten Protestes in eine bewußte politische Opposition gegen die Demokratie in der Bundesrepublik soll nach Reimut Reiche und Peter Gäng (SDS) in dreifacher Richtung erfolgen. Die spontane Protestbewegung „politisch bewältigen“ bedeutet danach: „den zunächst als moralisch oder unpolitisch-antiautoritär sich artikulierenden Protest (gegen den Vietnamkrieg etwa) auf seinen Begriff als Protest gegen den allimperialistischen Zusammenschluß zu bringen und weiter zu einem Protest gegen ein System, das Imperialismus impliziert; den sich zunächst radikaldemokratisch artikulierenden Protest gegen die Formierungsmaßnahmen des Spätkapitalismus (Notstandsgesetze usw.) zum Protest gegen ein System zu machen, das notwendig zu faschistoiden Lösungen seiner Widersprüche tendiert; den pazifistischen Protest zu einem Protest gegen ein System zu machen, dem die äußere Aggression inhärent ist usw.“⁶. „Politisch bewältigt“ ist die spontane Protestbewegung also erst, wenn sie sich in der „Einsicht“ in das „imperialistische“, „faschistoiden“ und „aggressive“ Wesen der parlamentarischen Demokratie erfüllt.

Von hier aus mag verständlich werden, warum eine solche, auf irrationalen und mystifizierenden Denkvoraussetzungen beruhende Opposition gegen die Demokratie in der Bundesrepublik ihren Rückhalt besonders bei der studierenden und lernenden Jugend sucht: „Daß sie (diese Opposition, d. Verf.) sich in erster Linie auf die Jugend stützen wird, ist aus politischen und psychischen Gründen einleuchtend. Sie haben der Macht der Unterdrückung und Anpassung noch am ehesten eine subjektive Widerstandskraft entgegenzusetzen“⁷. Hier wird darauf vertraut, daß der Appell an das moralische Verantwortungsbewußtsein und die Teilnahme an konfliktreichen Protestdemonstrationen jene Emotionen in der engagierten Jugend wachruft, die für sie den theoretischen und empirischen Beweis der angeführten Behauptungen überflüssig macht.

b) Besonders angelegen sein läßt sich die vom SDS betriebene Propaganda, mit Hilfe einer spezifischen Interpretation des behaupteten ursächlichen

Zusammenhanges zwischen dem „Wesen“ der parlamentarischen Demokratie und der unmenschlichen Kriegsführung in Vietnam die humanen Normen der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung abzuwerten. So bemerkt z. B. Wolfgang Lefèvre (SDS) in einer Betrachtung zu den politischen Ergebnissen der Studentenunruhen in Berlin, daß die „amerikanische Politik in Vietnam für die zunächst lediglich formal-demokratisch denkenden Studenten zur sinnlichen Offenbarung einer den westlichen Demokratien eigenen Unmenschlichkeit“ wurde, „deren Wahrnehmung das Vertrauen in diese Demokratie zerstöre“⁸. Die von den radikalen Gruppen beherrschte Vietnam-Kampagne an der Freien Universität dient so nicht nur zum Vorwand, das Vertrauen der jungen Generation in die humanen Normen der parlamentarischen Demokratie zu zerrütten, sondern auch zum pseudoempirischen Nachweis von faschistischen Haltungen in Universität und Gesellschaft. Gelingt es nämlich im Verlauf von Demonstrationen, die demokratisch legitimierte Ordnungsmacht zum Einschreiten zu veranlassen und womöglich einen ersten Zusammenstoß hervorzurufen, so kann den Teilnehmern der Demonstration die Schlußfolgerung suggeriert werden, daß sie selbst die „Verwandlung eines Organs der demokratisch legitimierten Exekutive zum faschistischen Terrorinstrument“ miterlebt hätten⁹. Der letzte Schritt in der propagandistischen Auswertung solcher Zusammenstöße besteht dann im Aufruf zum Widerstand „außerhalb und gegen die etablierten politischen Institutionen“ der Demokratie¹⁰.

Die Vietnam-Kampagne ist letztlich nur ein Element innerhalb einer umfassenderen politischen Strategie jener neomarxistischen Gruppen, die aus dem Unvermögen heraus, die Arbeiterschaft für ihre ideologischen Ziele zu mobilisieren, sich mit Hilfe von Studenten und Schülern eine neue politische Basis zu schaffen versuchen. Diese Strategie spiegelt sich nicht nur in der Forderung nach „Politisierung“ der Freien Universität wider, die in der Institution der Gegenuniversität vorweggenommen werden soll, sondern auch in der Forderung nach einer „Politisierung“ der Schule: „Die Schüler werden in dem Maße eine relevante politische Kraft werden, in dem sie an der Schule demokratische Forderungen aufstellen und einsichtig zu machen in der Lage sind: als allererstes das Recht, sich zu organisieren. Ihre Forderung für

Demokratisierung des Unterrichts, für Mitbestimmung in der Lehrplangestaltung und bei Zeugnisgebung, ihr politisches Engagement für eine demokratische Schule in einer demokratischen Gesellschaft sind, vertreten in einer gesellschaftspolitischen Konzeption, nur als sozialistische Konsequenz“¹¹. Hier werden pädagogisch und gesellschaftlich legitime Forderungen an die Schule in der demokratischen Gesellschaft dazu benutzt, um die Schule und die Schüler im Sinne eines militanten Marxismus gleichzuschalten.

c) Die von den gekennzeichneten Studentengruppen erstrebte plebiszitäre Demokratie oder „herrschaftslose“ Gesellschaftsordnung kann nicht anders als durch die gewaltsame Beseitigung der bestehenden demokratischen Verfassung verwirklicht werden. Die Vietnam-Demonstrationen sollen, indem sie Gewalt ablehnen, neue Gewalt provozieren. Sie sollen die im demokratischen Erziehungsprozeß erwachsene moralische Ablehnung der Gewalt bei der Jugend schwächen. Das bezeugt die Tatsache, daß sie von den Veranstaltern so angelegt sind, daß der Zusammenstoß mit der demokratischen Ordnungsmacht meistens unvermeidbar wird. Sofern die Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam von „radikaldemokratischen“ Gruppen organisiert wird und ihrer auf Gewalt ausgehenden „Strategie“ unterliegt, ist damit zu rechnen, daß sie auch künftig gewaltsame Zusammenstöße herausfordern und damit die liberale Haltung der Demokratie immer weniger glaubwürdig zu machen versuchen wird. Indem man angeblich gegen die unmenschliche und undemokratische Gewalt in Vietnam protestiert, wird und will man die gewaltsame Form politischer Auseinandersetzung in das deutsche öffentliche Leben einführen.

In der Bundesrepublik wie in allen freien Demokratien der Welt — nicht zuletzt in den USA — wird der grausame Krieg in Vietnam als schwere Belastung empfunden, die den Humanitätsanspruch der Demokratie unglaubwürdig zu machen und alle Völker in einen neuen Weltkrieg zu verstricken droht. Diese gefährliche Bedrohung verpflichtet alle, die ernstlich einen humanen und gerechten Frieden wollen, daß sie sich mit großem Ernst um ein sachliches Urteil bemühen, das Unmenschlichkeit und Schuld nicht nur auf einer Seite sieht und sich auch nicht im Interesse einer auf ein humanitäres Engagement spekulierenden Gewaltspolitik mißbrauchen läßt.

**Arbeitskreis zum Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre
in der Freien Universität Berlin**

Im Auftrag

René Ahlberg	Helmut Coper	Reinhard Elze
Johannes Flügge	Gerhard Kiel	Lukas F. Müller
Norbert Reiter	Ludwig Schmutge	Otto von Simson

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Kritische Universität, Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch- und Fachschulen von Westberlin, Programm und Verzeichnis der Studienveranstaltungen im Wintersemester 1967/68, Berlin 1967.
- 2 Che Guevara, Brief an die Tricontinentale, in: neue kritik, August 1967, Nr. 42/43, S. 43.
- 3 Vgl. u. a. Jürgen Horlemann, Peter Gäng, Vietnam. Genesis eines Konfliktes, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1966.
- 4 Zitiert nach Joachim Neander, Berlin als Exerzierfeld für Revolutions-Modelle, in: Die Protestbewegung unter den Studenten der Freien Universität Berlin. Herausgegeben vom Senator für Inneres, Berlin, Juli 1967.
- 5 Hartmut Dabrowski, Vietnam — Analyse eines Exempels, in: neue kritik, Juni, August 1966, Nr. 36/37, S. 29.
- 6 Reimut Reiche, Peter Gäng, Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik, in: neue kritik, April 1967, Nr. 41, S. 31.
- 7 Reimut Reiche, Peter Gäng, a. a. O., S. 22.
- 8 Wolfgang Lefèvre, Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni, in: neue kritik, 1967, Nr. 42/43, S. 6.
- 9 Wolfgang Lefèvre, a. a. O., S. 12.
- 10 Wolfgang Lefèvre, a. a. O., S. 13.
- 11 Reimut Reiche, Peter Gäng, a. a. O., S. 34.

Berlin, im Februar 1968

Nr. 5

Postcheckkonto: Dr. Gerhard Kiel (Sonderkonto), Berlin 37
Konto-Nr. 232 75 beim Postcheckamt Berlin West

13.02.1968:

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung (KfDA) gibt vermutlich heute eine Presseerklärung "Verbot der Demonstration am 18. Februar 1968" zum Abschluß der Vietnam-Konferenz in Berlin heraus, in der betont wird, dass das Verbot rechtswidrig sei.
Q: KfDA: Presseerklärung Verbot der Demonstration am 18. Februar 1968, O. O. O. J.

(1968)

E0702

VERBOT DER DEMONSTRATION AM 18. FEBRUAR 1968 .

PRESSEERKLÄRUNG DER KAMPAGNE FÜR DEMOKRATIE UND ABRÜSTUNG

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hat am 8. 2. 1968 den Polizeipräsidenten in Berlin ersucht , eine Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel zum Abschluss des Internationalen Vietnam - Kongresses 1968 in West - Berlin zu genehmigen . In einem späteren Schreiben vom 12. 2. 1968 hat der Bevollmächtigte der Kampagne gegenüber dem Polizeipräsidenten klargestellt , dass dieses Ersuchen rechtlich als Anmeldung der geplanten Demonstration zu betrachten sei .

Der Polizeipräsident in Berlin hat der Kampagne mitgeteilt , dass er die beantragte Genehmigung versage . Zur Begründung führte er aus , dass die bisherigen Erfahrungen bei ähnlichen Demonstrationen mit Rücksicht auf den mutmaßlichen Teilnehmerkreis erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung befürchten lassen und daher die Genehmigung nicht erteilt werden könne .

Die Kampagne stellt dazu fest , dass das Berliner Versammlungsgesetz verfassungswidrig ist . Nach Art. 8 des Grundgesetzes und Art. 18 der Berliner Verfassung haben alle Deutschen das Recht , sich friedlich und ohne Waffen unter freiem Himmel zu versammeln , um ihrer politischen Meinung Ausdruck zu geben .

Demgegenüber verbietet das Berliner Versammlungsgesetz grundsätzlich alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel. Demonstrationen dürfen danach jeweils nur mit einer besonderen behördlichen Genehmigung stattfinden .

Dieses generelle Verbot mit Genehmigungsvorbehalt tastet das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in seinem Wesensgehalt an und ist daher nach Art. 19 Abs. 2 des Grundgesetzes nichtig .

Der übliche Hinweis der Senatsjuristen auf die alliierten Vorbehaltsrechte geht fehl . Zwar haben die Alliierten der Übernahme des rechtsstaatlichen Versammlungsgesetzes der Bundesrepublik widersprochen , sie haben sich jedoch einer Regelung der Versammlungsfreiheit in Berlin enthalten . Das Veto der Alliierten ermächtigt den West - Berliner Senat nicht , ein offensichtlich verfassungswidriges Gesetz anzuwenden .

Wenn die Alliierten allgemein oder im Einzelfall in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit eingreifen wollen, so steht ihnen das kraft Besatzungsgewalt frei. Diese kann aber wirksam nur für alliierte Anordnung, nicht aber für das Abgeordnetenhaus von Berlin oder den Berliner Senat ausgeübt werden. Die deutschen Verfassungsorgane sind in Ermanglung eines verbindlichen Befehls der Alliierten einzig und allein dem Grundgesetz der Berliner Verfassung unterworfen.

Die Versagung der Genehmigung ist mit Rücksicht auf Art. 8 des Grundgesetzes gegenstandslos. Sie bewirkt nicht die Unzulässigkeit der Demonstration.

- Somit ist die von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung vorbereitete Demonstration am 17. und 18. Februar 1968 rechtlich zulässig. Jeder kann sich daran beteiligen, ohne die Gesetze zu übertreten.

Alle Versuche der West-Berliner Polizei, die Demonstration durch Gewalt zu verhindern oder zu unterbinden (polizeiliche Zwangsmaßnahmen), waren rechtswidrig. Den Bürgern, die die Demonstration durchführen wollen, steht im Falle solcher Behinderungen nach Art. 23 der Berliner Verfassung ein Recht auf Widerstand zu. Artikel 23 Abs. 3 der Berliner Verfassung hat folgenden Wortlaut:

" Werden die in der Verfassung festgelegten Grundrechte offensichtlich verletzt, ist jedermann zum Widerstand berechtigt.

13.02.1968:

In Berlin gibt der SDS vermutlich heute seine 'Vietnam Informationen' Nr. 8 (vgl. 12.2.1968,

14.2.1968) heraus mit dem Aufruf zu den Filmveranstaltungen am 13., 15. und 16.2.1968.
Q: SDS: Vietnam Informationen 8, Berlin O. J. (1968)

Ez 702 15.2.68

VIETNAM 8. INFORMATIONEN

Amerika produziert seine Niederlage selbst

Den amerikanischen Truppen in Vietnam ist es nahezu unmöglich festzustellen, wer ihr militärischer Gegner ist. Sie haben Mao genau gelesen und wissen, daß der Gegner im Volk schwimmt wie ein Fisch im Wasser. Der militärische Gegner ist damit im Grunde das ganze Volk.

Wollen die Amerikaner dem Fisch das Wasser abgraben, also den Vietcong vom Volk trennen, verdoppeln sie nur ihre Schwierigkeiten. Das Volk kann nur vom Vietcong getrennt werden durch zwangsweise Umsiedlung der Bauern in Flüchtlingslager, durch Vernichtung ihrer Dörfer und Felder. Der Verlust des schützenden Volkes schränkt zwar den Handlungsspielraum der Befreiungsfront vorübergehend ein, aber die riesigen Flüchtlingslager stellen nur neue Zentren des Widerstandes dar.

Als der Krieg vor wenigen Wochen bis in die Städte hineingetragen wurde, blieb den Amerikanern nichts anderes übrig, als diese Lager zu bombardieren. Die Flüchtlinge flohen daraufhin in die sicheren Zonen der Städte und in die amerikanischen Stützpunkte. Jetzt müssen die Amerikaner ihre eigenen Stützpunkte mit Bombenteppichen belegen. Die USA haben ihre eigene Schwäche begriffen - ihre Lösungsversuche vervielfältigen nur ihre Schwierigkeiten.

Aber nicht nur in Vietnam fallen die Amerikaner mit jedem Schritt, den sie unternehmen, zwei Schritte zurück. In den USA selbst haben die Neger begriffen, daß die Parole von ihrer Gleichberechtigung nur leeres Gerede ist; sie wissen, daß die weiße, kapitalistische Gesellschaft unfähig ist, ihre sozialen Probleme zu lösen. Sie begreifen sich als Teil der ausgebeuteten Dritten Welt, nennen sich Afroamerikaner und haben damit begonnen, Amerika in ein zweites Vietnam zu verwandeln. Der Guerillakrieg des vietnamesischen Volkes findet so seine direkte Fortsetzung in Amerika selbst. "Das einzige, wozu der Vietnam-Krieg taugt", sagt der amerikanische Negerführer Carmichael, "ist die Tatsache, daß viele Neger dort eine praktische Ausbildung im Guerillakrieg erhalten."

Den kritischen Menschen in Deutschland ist deutlich geworden, daß jeder Protest gegen den Krieg in Vietnam gleichzeitig ein Protest gegen das politische System der Bundesrepublik und Westberlins ist. Die Gründe dafür wird das nächste Flugblatt beschreiben, in dem wir Auskunft geben über die wirtschaftliche, politische und militärische Beteiligung der Bundesrepublik an diesem Krieg. Die Hysterie, mit der die politische Führung auf diesen Protest reagiert ist zu vergleichen mit der Geschichte vom Dieb der schreit: "Haltet den Dieb!"

Verantwortlich: Jörg Schlotterer

<p><u>Dienstag, 13.2. FU Audimax 20 Uhr</u></p> <p>Neue Filme aus Kuba Asamblea General (Deklaration von Havanna) 1960 Meerte al invasor (Die Landung in der Schweinebucht) 1961 Año 7 (Das siebte Jahr) 1966 Thesen und Diskussion: Gäng, Horlemann, Dutschke, Salvatore .</p>	<p><u>Donnerstag, 15.2. FU Audimax 20 Uhr</u></p> <p>Filme über Vietnam Dans les maquis du sud vietnam Malgre l'escalade Hanoi sous les bombes</p> <p><u>Freitag, 16.2. FU Audimax</u> 19 Uhr : Hanoi martes 13. diciembre</p>
---	--

Die am 18.2. stattfindende Demonstration wurde vom Senat verboten.

13.02.1968:

In Berlin erscheint vermutlich heute das Flugblatt "Proteste" zum Verbot der Vietnamkonferenz.

Hingewiesen wird darauf, dass die Filmveranstaltung nicht in der FU, sondern der TU stattfindet.

Q: N. N.: *Proteste, O. O. (Berlin) O. J. (1968)*

Proteste

Proteste

Proteste

Bestürzung und Empörung ruft in aller Welt das drohende Verbot der Vietnam - Konferenz vom 17.2.68 und der internationalen Demonstration gegen den imperialistischen Krieg der USA in Vietnam hervor.

9.II.68 18.37 Uhr

Durch ein Verbot der für den 17./18. Februar geplanten Vietnamdemonstration wäre Westberlin endgültig und offiziell zum europäischen Saigon erklärt, denn dies ist die einzige Stadt westlichen Einflußgebietes, wo Demonstrationen gegen den unsinnigen und kriminellen Feldzug der USA tatsächlich untersagt werden. Das drohende Verbot, von dem ich zu meinem Erschrecken höre, ist die Selbstdenunziation eines unfähigen Bürgermeisters.

gez. Dr. Fritz J. Raddatz

9.II.68 20.41 Uhr

Behinderungs- und Verhinderungsaktionen gegen Protestbewegungen wie Springer - Forum und Vietnam - Kongreß durch Verweigerung von Räumlichkeiten stellen der demokratischen Praxis Westberlins kein gutes Zeugnis aus. Westberlin gefährdet sich, wenn es seinen Ruf gefährdet.

gez. Erich Fried, z.Z. Hamburg

9.II.68 15.29 Uhr

Ankunft Sonnabend 19.00 Uhr

Stein, Ulrich Norwegischer Studentenverein

10.II.68 14.35 h

Vigourously Protest aigainst Supression Vietnam Coneference stop Large dutch Delegation arriving friday - Dutch Trade Union Student

10.II.68 15.05 h

JEUNESSE SOCIALISTE ITALIENNE PROTESTE CONTRE TENTATIVES SENAT BERLINOUEST EMPECHER CONFERENCE INTERNATIONALE VIETNAM ET EXPRIME SOLIDARITE GRANDE INITIATVE INTERNATIONALISTE
FGS PSIUP

11.II.68 18.05

PROVVEDIMENTI POLZIESCHI NON SOFFOCHERANNO VOCE LIBERATA MA ESPRIMONO SOLTANTO LA CRISI IMPERIALISTA
PIER PAOLO PASOLINI

11.II.68 18.05 h

DIVIETO VOSTRA CONFERENZA OFFENDE LA COSCIENZA DEMOCRATICA ESPRIMO MIA SOLIDARIETA DI OUMO LIBERO
GIAN MARIA VOLENTE

11.II.68 18.06 h

NITIZIA DIVIETO VOSTRA CONFERENZA SUSCITA SUEGNO VO SONO VICINO
UGO A. PIRRO

10.II.68 21.14 h
MANIFESTATION AUFGESCHOBEN? KOMMEN GLEICH? ERWARTEN
ANTWORT.
FALCEMARTELLO

11.II.68 18.06 h
APPRENDO DA STAMPA DIVIETO VOSTRA CONFERENZA INTERNAZIONALE
IDIGNATO ESPRIMVI MIA SOLIDARIETA
LUCHINO VISCONTI

11.II.68 14.28
VORREI ESSERE FISCAMENTE CON VOI IN QUESTO MOMENTO VI
MANDO I PIU SINCERI AUGURI
ALBERTO MORAVIA

9.II.68 18.37 h
ZUR WEITERVERWENDUNG BEI PROTESTEN: DURCH EIN VERBOT DER
FÜR DEN 17./18. FEBRUAR GEPLANTEN VIETNAMDEMONSTRATION
WÄRE WESTBERLIN ENDGÜLTIG UND OFFIZIELL ZUM EUROPÄISCHEN
SAIGON ERKLÄRT, DENN DIES IST DIE EINZIG DENKBARE STADT
WESTLICHEN EINFLUSSGEBIETS, WO DEMONSTRATIONEN GEGEN DEN
UNSINNIGEN UND KRIMINELLEN FELDZUG DER USA TATSÄCHLICH
UNTERSAGT WERDEN. DAS DROHENDE VERBOT, VON DEM ICH ZU
MEINEM ERSCHRECKEN HÖRE, IST DIE SELBSTDENUNZIATION EI-
NES UNFÄHIGEN BÜRGERMEISTERS - DR. FRITZ J. RADDATZ

10.II 68. 18.02 h
PROTESTIERE ENTSCHIEDEN GEGEN POLIZEISTAATLICHE MASSNAH-
MEN GEGENÜBER DER STUDENTENSCHAFT - PROF.DR. REN.RIEMECK

ETUDIANTS FRANCAIS PROTESTENT VIGOREUSEMENT CONTRE IN-
TERDICTION MANIFESTATION INTERNATIONALE
UNION NATIONALE DES ETUDIANTS DE FRANCE (UNEF)

12.II.68 17.38 h HERRN REGIERENDEN BÜRGERMEISTER
DER L D MÜNCHEN PROTESTIERT GEGEN IHRE VERSTÄRKTEN VER-
SUCHE DIE DEMOKRATISCHE STUDENTENBEWEGUNG MUNDTOT ZU MA-
CHEN UND SOLIDARISIERT SICH MIT DEN UM IHRE RECHTE KÄM-
PFENDEN TUDENTEN DAS VORGEHEN DER WESTBERLINER BEHÖR-
DEN LIEFERT TÄGLICH SCHLAGENDE ARGUMENTE FÜR DIE SAMM-
LUNG ALLER ANTIAUTORITÄREN KRÄFTE WE TDEUTSCHLANDS
LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLANDS - MÜNCHEN

12.II. 68 15.24
ATTACCO IMPERIALISTA VOSTRA LIBERTA E ATTACCO ALLA LIBER-
TA DI TUTTI VIVA LA SDS
RENZO VESPIGNANI

12.II.68 15.24 h
VOSTRA LOTTA EST MIA PROTESTO CONTRA DIVIETO VIETNAMKON-
FERENZ
GILLI PONTECORVO

11. II.68 2.52 h
HABEN FOLGENDES TELEGRAMM AN BÜRGERMEISTER SCHÜTZ GE -
RICHTET: SIND DAS DIE NEUEN PERSPEKTIVEN, SICH IM DIENST
VON SPRINGERPAROLEN GEGEN DIE ELITE VON MORGEN ZU
STELLEN? HOFFENTLICH WIRD EINE SO ÜBERSCHÄUMENDE UND
VERLOGENE PRESSEKAMPAGNE, WIE SIE HEUTE DEN STUDENTEN
GILT, NICHT EINES TAGES DIE BÜRGER GEGEN EINE SPD AUFZU-
HETZEN VERSUCHEN, DIE MIT IHREM VERHALTEN IN BERLIN UND
ANDER WO SCHON SCHLEUSEN FÜR DEN RECHTSRADIKALISMUS ER-
ÖFFNET HAT. DIE BEDROHUNG AN VIETNAMDEMONSTRANTEN PASST
VIELLEICHT ZU AMREHN, V.D. HEYDTE, STRAUSS UND JÄGER ...
GERT U.SUSANNE V.PACZENSKY

Die Filmveranstaltung heute abend findet statt in der
FU in der TU HE 101 statt. !!! NEUER FILM VON CHE !!!

13.02.1968:

An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt heraus, mit der "Öffentlichen Erklärung" der Professoren Gollwitzer und Taubes zu ihrem Aufruf zur Vietnam-Konferenz, in der sie vor Anwendung von Gewalt warnen.

Q: AStA FU: Öffentliche Erklärung, Berlin 13.2.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politische Abteilung -

1 Berlin 33, den 13.2.68
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

Ö F F E N T L I C H E E R K L Ä R U N G
= = = = =

Wir haben die Einberufung einer internationalen studentischen Vietnam-Konferenz, die Mitte Februar in Berlin stattfinden soll, zusammen mit anderen Intellektuellen aus verschiedenen Ländern als Mitunterzeichner in einer Erklärung begrüßt, weil wir jede Initiative der jungen Generation für wichtig halten, die dazu beiträgt, die Weltmeinung gegen die US-amerikanische Intervention in Vietnam und die dadurch verursachte Vernichtung des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren.

Angesichts einiger Vorfälle der letzten Tage, die wir bedauern, warnen wir vor Anwendung von Gewaltmitteln und vor Provokation der Polizei. Putschistische Aktionen und einzelgängerische Ausschreitungen zerstören das Ziel dieser Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Sie fordern willentlich die Autoritäten heraus und kalkulieren auf einen Mechanismus der Reaktion, der in jeder gegenwärtigen Ordnung eingebaut ist.

Wir fordern die an dem Kongreß beteiligten Gruppen und darüber hinaus alle Studenten, mit deren Bestrebungen wir sympathisieren, auf, ihre Ziele diszipliniert und ohne Verletzung der Rechte anderer zu vertreten.

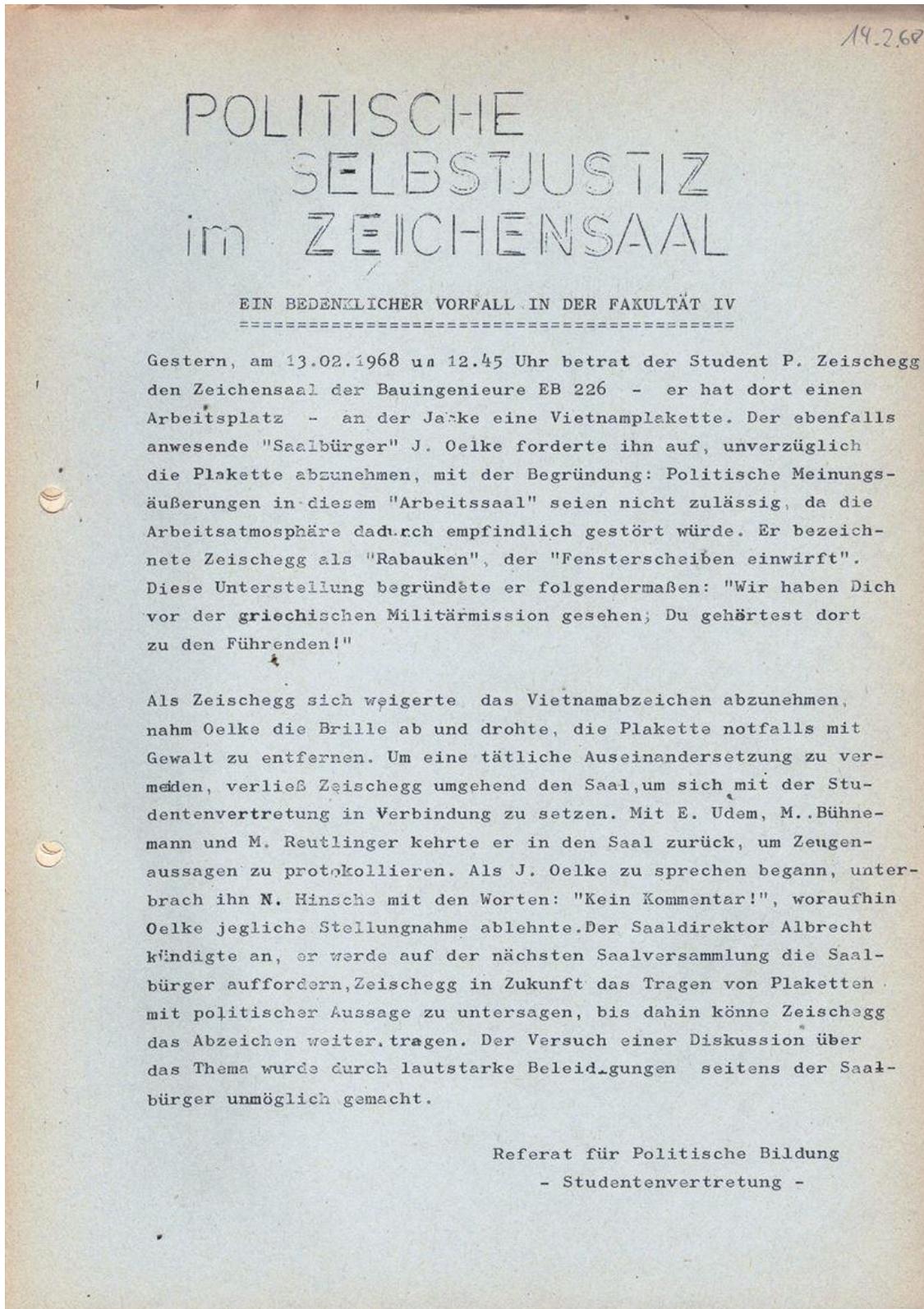
Zugleich fordern wir Regierung, Polizei, Presse und Bevölkerung auf, sich nicht durch diffamierende Vergleiche studentische Aktionen, auch wenn sie ausarten, mit Nazi-Terror von einer gerechten Würdigung der humanen Intentionen der Studenten abhalten zu lassen.

Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Jacob Taubes

14.02.1968:

Die Studentenvertretung (SV) der TU Berlin gibt ein Flugblatt "Politische Justiz im Zeichensaal" heraus zu den gestrigen Vorfällen an der Fakultät IV im Zeichensaal der Bauingenieure, wo ein Student wegen seiner Vietnamplakette von den anderen Studenten angegriffen wurde.

Quelle: SV TU: Politische Justiz im Zeichensaal, O. O. (Berlin) O. J. (14.2.1968)



14.2.68

POLITISCHE SELBSTJUSTIZ im ZEICHENSAAL

EIN BEDENKLICHER VORFALL IN DER FAKULTÄT IV
=====

Gestern, am 13.02.1968 um 12.45 Uhr betrat der Student P. Zeischegg den Zeichensaal der Bauingenieure EB 226 - er hat dort einen Arbeitsplatz - an der Jacke eine Vietnamplakette. Der ebenfalls anwesende "Saalbürger" J. Oelke forderte ihn auf, unverzüglich die Plakette abzunehmen, mit der Begründung: Politische Meinungsäußerungen in diesem "Arbeitsaal" seien nicht zulässig, da die Arbeitsatmosphäre dadurch empfindlich gestört würde. Er bezeichnete Zeischegg als "Rabauken", der "Fensterscheiben einwirft". Diese Unterstellung begründete er folgendermaßen: "Wir haben Dich vor der griechischen Militärmission gesehen; Du gehörtest dort zu den Führenden!"

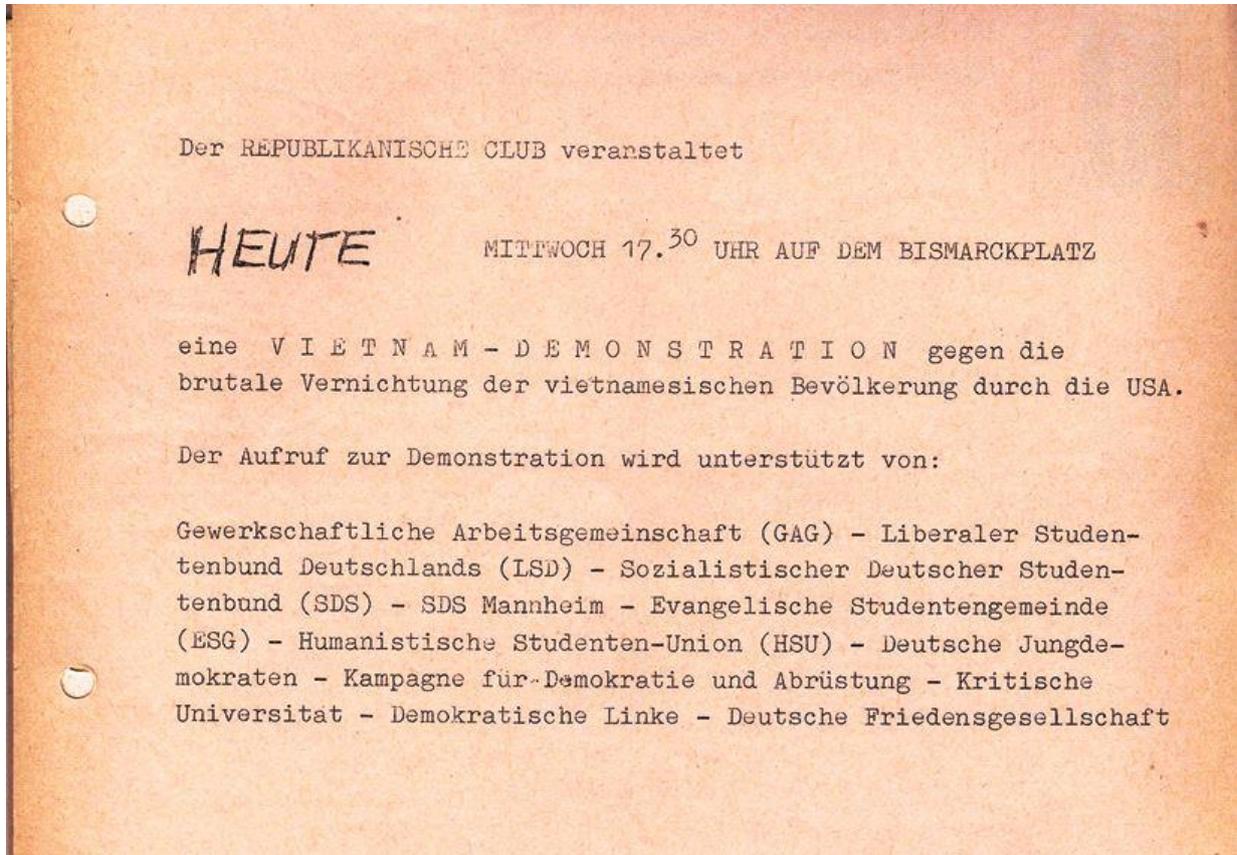
Als Zeischegg sich weigerte das Vietnamabzeichen abzunehmen, nahm Oelke die Brille ab und drohte, die Plakette notfalls mit Gewalt zu entfernen. Um eine tätliche Auseinandersetzung zu vermeiden, verließ Zeischegg umgehend den Saal, um sich mit der Studentenvertretung in Verbindung zu setzen. Mit E. Udem, M. Bühnemann und M. Reutlinger kehrte er in den Saal zurück, um Zeugnisaussagen zu protokollieren. Als J. Oelke zu sprechen begann, unterbrach ihn N. Hinsche mit den Worten: "Kein Kommentar!", woraufhin Oelke jegliche Stellungnahme ablehnte. Der Saaldirektor Albrecht kündigte an, er werde auf der nächsten Saalversammlung die Saalbürger auffordern, Zeischegg in Zukunft das Tragen von Plaketten mit politischer Aussage zu untersagen, bis dahin könne Zeischegg das Abzeichen weitertragen. Der Versuch einer Diskussion über das Thema wurde durch lautstarke Beleidigungen seitens der Saalbürger unmöglich gemacht.

Referat für Politische Bildung
- Studentenvertretung -

14.02.1968:

In Heidelberg erscheint ein Handzettel des Republikanischen Clubs (RC) mit dem Aufruf zur Vietnamdemonstration um 17 Uhr 30 auf dem Bismarckplatz, die auch unterstützt wird von der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft (GAG), dem LSD, SDS Heidelberg, SDS Mannheim, ESG, HSU, DJD, KfDA, Kritische Universität (KU), Demokratische Linke (DL) und Deutsche Friedensgesellschaft (DFG).

Q: RC: Der Republikanische Club veranstaltet..., O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)



14.02.1968:

Der SDS Tübingen gibt das Flugblatt "Waffen für den Vietcong!" heraus, das uns in zwei Versionen vorlag, welches den Vietnam-Kongress in Westberlin am 17.2.1968 ankündigt und zur Unterstützung der Geldsammlung des SDS auffordert.

Q: SDS Tübingen: Waffen für den Vietcong!, Tübingen O. J. (1968); SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68, Tübingen O. J. (1968), S. 10

WAFFEN FÜR DEN VIETCONG!

Zu Anfang schickten die Amerikaner eine Handvoll Berater nach Süd-Vietnam. Sie berieten die Regierung, wie man ein Volk unterdrückt. Als dieser Versuch zu scheitern drohte, schickten sie mehr Berater und mehr Wissenschaftler, um die Unterdrückungsmethoden zu perfektionieren. Als einzelne Dörfer begannen, sich im Kampf gegen die Steuereintreiber und Militärs aus Saigon zusammenzuschließen, wurden die Bauern in Konzentrationslager eingesperrt, die man strategische Dörfer nannte. Als die Vietnamesen daran gingen, ihren Widerstand politisch und militärisch zu organisieren, setzten die Amerikaner ihre bereitstehende Militärmaschine in Gang.

Das Volk setzte jedoch seinen Kampf fort, denn es versteht unter Freiheit, über seine Geschichte selbst zu entscheiden und nicht irgend eine westliche Import-Ware, made in USA, die sich mit den einheimischen Unterdrückern verbündet. Es begreift Freiheit nicht als Abgabe von Stimmzetteln für korrupte Militärs sondern als Bodenverteilung an die landlosen Bauern, nicht als Bordelle für die G.I.s in Saigon sondern als Schulen und Krankenhäuser, nicht als Verplanung in westliche Militärpakte sondern als Wiedervereinigung des Landes.

Dieser Herausforderung setzten die Amerikaner immer massivere Gewalt bis zur Vernichtung ganzer Städte entgegen.

Wir standen weit entfernt und betrachteten diesen Terror hilflos. Zu Anfang veranstalteten wir einen Kongress, in dem der Krieg erstmals seine richtige Benennung erhielt: revolutionärer Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes. Dann protestierten wir in zahllosen Demonstrationen, die sich an die Auflagen der Polizei hielten und über die die Zeitungen in 3 Zeilen berichteten. Während die Bomben der B-52 in Vietnam ganze Dörfer in Schutt und Asche legten, warfen wir ein paar Eier an das Amerikahaus, und die Zeitungen überschlugen sich vor Empörung. Als immer mehr Demonstranten Frieden für Vietnam forderten, ermahnte Johnson sein Volk zur Besonnenheit, und die Bomber rasten über die Städte Nordvietnams.

Die Zeit ist vorbei, in der wir hilflose Unterschriftensammlungen und ohnmächtige Resolutionen verfaßt haben. Unsere Hilfe für den Frieden in Vietnam kann nur darin bestehen, den Kampf der Befreiungsfront gegen die Aggressoren zu unterstützen. Das Lamento der moralisch Entrüsteten und ihr zielloser Appell an alle Seiten 'Friede in Vietnam' unterstellt zynisch die Gleichheit von Opfer und Aggressor. Dieser blinde Protest kommt den Kriegsmachern gerade recht, denn er behindert ihre Kriege nicht. Wer glaubt, Gewalt dadurch abzuschaffen, daß er sich ihr unterwirft, gibt den Amerikaner den Blankoscheck, in Vietnam jedes Mittel zur physischen Ausrottung anzuwenden.

"Wir sind für die Abschaffung des Krieges, wir wollen den Krieg nicht, aber man kann den Krieg nur durch den Krieg abschaffen, wer das Gewehr nicht will, der muß zum Gewehr greifen." (Mao Tse Tung, 1938).

Die antiimperialistische Opposition gegen den US-Krieg in Vietnam trifft sich in Berlin am 17./18. Februar, um ihre Aktionen zu koordinieren und materielle Formen der Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes zu finden.

Unterstützen Sie die Geldsammlung des SDS!

WAFFEN FÜR DEN VIETCONG!

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen SDS

⑦ WAFFEN FÜR DEN VIETCONG

Zu Anfang schickten die Amerikaner eine Handvoll Berater nach Südvietnam. Sie berieten die Regierung, wie man ein Volk unterdrückt. Als dieser Versuch zu scheitern drohte, schickten sie mehr Berater und mehr Wissenschaftler, um die Unterdrückungsmethoden zu perfektionieren. Als einzelne Dörfer begannen, sich im Kampf gegen die Steuereintreiber und Militärs aus Saigon zusammenzuschließen, wurden die Bauern in Konzentrationslager eingesperrt, die man strategische Dörfer nannte. Als die Vietnamesen daran gingen, ihren Widerstand politisch und militärisch zu organisieren, setzten die Amerikaner ihre bereitstehende Militärmaschinerie in Gang.

Das Volk setzte jedoch seinen Kampf fort, denn es versteht unter Freiheit: seine Geschichte bewusst selbst zu machen. Es begreift Freiheit nicht als Abgabe von Stimmzetteln für korrupte Militärs, sondern als Bodenverteilung an landlose Bauern; nicht Bordelle für die GIs in den Städten, sondern Schulen und Krankenhäuser überall im Land; nicht Verplanung in westliche Militärpakte, sondern Wiedervereinigung des Landes.

Dieser Herausforderung setzten die Amerikaner immer massivere Gewalt bis zur Vernichtung ganzer Städte entgegen.

Wir standen weit entfernt und betrachteten diesen Terror hilflos. Zu Anfang veranstalteten wir einen Kongress, in dem der Krieg erstmals seine richtige Benennung erhielt: revolutionärer Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes. Dann demonstrierten wir in zaghaften Kundgebungen, die sich an die Auflagen der Polizei hielten, und über die die Zeitungen in drei Zeilen berichteten. Während die Bomben der B-52 in Vietnam ganze Dörfer in Schutt und Asche legten, warfen wir ein paar Eier an das Amerika-Haus, und die Zeitungen überschlugen sich vor Empörung. Als immer mehr Demonstranten Frieden für Vietnam forderten, ermahnte Johnson sein Volk zur Besonnenheit, und die Bomber rasten über die Städte Nordvietnams.

Die Zeit ist vorbei, in der wir hilflose Unterschriftensammlungen und ohnmächtige Resolutionen verfasst haben. Unsere Hilfe für den Frieden in Vietnam kann nur darin bestehen, den Kampf der Befreiungsfront gegen die Aggressoren zu unterstützen. Das Lamento der moralisch Entrüsteten und ihr zielloser Appell an alle Seiten: 'Friede in Vietnam' unterstellt zynisch die Gleichheit von Opfer und Aggressor. Dieser blinde Protest kommt den Kriegsmachern gerade recht, den er behindert ihre Kriege nicht.

Wer glaubt, Gewalt dadurch abzuschaffen, dass er sich ihr unterwirft, gibt den Amerikanern den Blankoscheck, in Vietnam jedes Mittel zur physischen Ausrottung anzuwenden.

"Wir sind für die Abschaffung des Krieges, wir wollen den Krieg nicht, aber man kann den Krieg nur durch den Krieg abschaffen. Wer das Gewehr nicht will, der muss zum Gewehr greifen." (Mao Tse-Tung, 1938)

Die anti-imperialistische Opposition gegen den US-Krieg in Vietnam trifft sich in Berlin am 17./18. Februar, um ihre Aktionen zu koordinieren und materielle Formen der Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes zu finden.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE GELDSAMMLUNG DES SDS:

WAFFEN FÜR DEN VIETCONG!

SDS 14.2.68

14.02.1968:

In Berlin gibt der SDS vermutlich Mitte dieser Woche seine 'Vietnam Informationen' Nr. 9 (vgl. 13.2.1968, 16.2.1968) heraus mit dem Aufruf zum Vietnamkongress am 17./18.2.1968 und zu den Filmveranstaltungen am 15. und 16.2.1968.

VIETNAM 9. INFORMATIONEN

Die Bundesrepublik ist beteiligt

Wie wir in den beiden letzten Flugblättern herausgearbeitet haben, ist in der gegenwärtigen Situation eines mit Sicherheit festzustellen: die in Armut gehaltenen Völker haben begriffen, daß sie ihre soziale Lage nur durch Revolutionen verbessern können. Für die kapitalistischen Staaten Europas und ihren gigantischen Sohn und Beherrscher Amerika gibt es deshalb nur eine Möglichkeit, ihre Vorherrschaft aufrechtzuerhalten: die exemplarische Durchführung von Völkermord.

Wer sich am Gewinn dieses Unternehmens beteiligen will, muß sich auch an seinem Risiko beteiligen.

Die Bundesregierung weiß deshalb was sie tut,

- wenn sie den Vietnam-Krieg durch bisher mehr als 400 Millionen DM direkt mitfinanziert;
- wenn sie den - durch die Kriegskosten - angeschlagenen Dollar
 - 1. durch Waffenkäufe in Höhe von etwa 10 Milliarden DM
 - 2. durch Ankauf von US Schatzanweisungen (allein 4 Milliarden 1967/68) stützt.

1965 konnte die Bundesregierung stolz erklären, daß sie "hinter den USA die größten finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen in Südvietnam" übernommen habe.

Auch die Amerikaner wissen, was sie verlangen können:

Im amerikanischen Kongreß fand 1966 folgender Dialog zwischen Senator Thurmond und Verteidigungsminister McNamara statt:

Thurmond: "Die Deutschen wollen also keine Truppen stellen?"

McNamara: (Antwort wurde durch die amerikanische Zensur gestrichen)

Thurmond: "Ich nehme doch an, daß Sie Ihre Bemühungen fortsetzen werden, die Deutschen dazu zu bewegen, sich in genügender Stärke zu beteiligen, und in Vietnam wirklich zu helfen?"

McNamara: "Das wird in der Tat geschehen. Ich denke, daß wir nach einer angemessenen Frist von den westeuropäischen Nationen - und besonders von Deutschland - erwarten können, daß sie eine viel größere Rolle außerhalb der Verteidigung Westeuropas spielen werden, als das heute zutrifft, und ich glaube wir können erwarten, daß Deutschland eine wichtige militärische Rolle bei der Verteidigung der freien Völker übernehmen wird....."

(wie McNamara sich diese "militärische Rolle" genau vorstellt, wurde nicht bekannt. Seine weiteren Ausführungen wurden von der Zensur gestrichen).

Die Bundesregierung lieferte für den Vietnam-Krieg:

- 1964 Flammenwerfer, an denen vietnamesische Soldaten ausgebildet werden,
- 1966 durch die Rheinmetall GmbH automatische Waffen und Munition im Wert von 50 Millionen DM,
- ebenfalls 1966 5570 Bomben durch die Firma Kraus & Steinhausen.

Die Bundesregierung erbaute

- 1966 eine Pilotenschule für 1000 Anwärter in Saigon.

bw.

1964 forderten die USA die Entsendung eines deutschen Lazarettschiffes. Die Bundesregierung erklärte sich (in der Öffentlichkeit) mit dieser Forderung nicht einverstanden - seit 1966 gibt es ein deutsches Lazarettschiff in Vietnam.

1966 forderten die USA die militärische Beteiligung der BRD. Die Bundesregierung erklärte sich (in der Öffentlichkeit) mit dieser Forderung nicht einverstanden. Zur selben Zeit wurden in Bundeswehr-Kasernen Aufrufe angebracht, die deutsche Piloten für den Einsatz in Vietnam anwerben sollten.

Wie viele Bundeswehripiloten fliegen heute in Vietnam Bombeneinsätze?

Wann müssen wir mit der Erfüllung der Forderung des stellvertretenden Oberkommandierenden in Vietnam, General Heintges, rechnen:

"Ich brauche hier drei deutsche Divisionen, zwei Infanterie- und eine Panzergrenadier-Division" ?

Die Bundesregierung versucht mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Tatsachen der Öffentlichkeit bekannt werden.

Der Bundestag und der Berliner Senat weigern sich, öffentlich über ihre Stellung zum Völkermord in Vietnam zu diskutieren.

Sie wissen, warum : Welcher Mörder ist freiwillig bereit, seine Karten offen auf den Tisch zu legen?

Verantwortlich: Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Berlin

Donnerstag, 15.2. TU HE 101 20 Uhr

Neue Filme zu Vietnam:

Dans les maquis du sud-vietnam

Malgre l'escalde

Hanoi sous les bombes

Freitag, 16.2. FU Audimax 19 Uhr

Film: Hanoi martes 13. diciembre
anschließend:

Vorbereitung auf
Kongreß und Demonstration

VIETNAM ★ KONGRESS

Sa/So 17/18. Februar

Audi-Max der TU

mit S. de Beauvoir (frankreich) D. Dillinger (usa) R. Dutschke (sds) C. L. Guggomos (k. f. a.)

Melva Hernandez (zk der kp kuba) E. Mandel (belgien) D. Smith (black power) Peter Weiss

DEMONSTRATION

Am Sonntag, dem 18. Februar

14 Uhr vom Ku-damm zu den

US - Kasernen

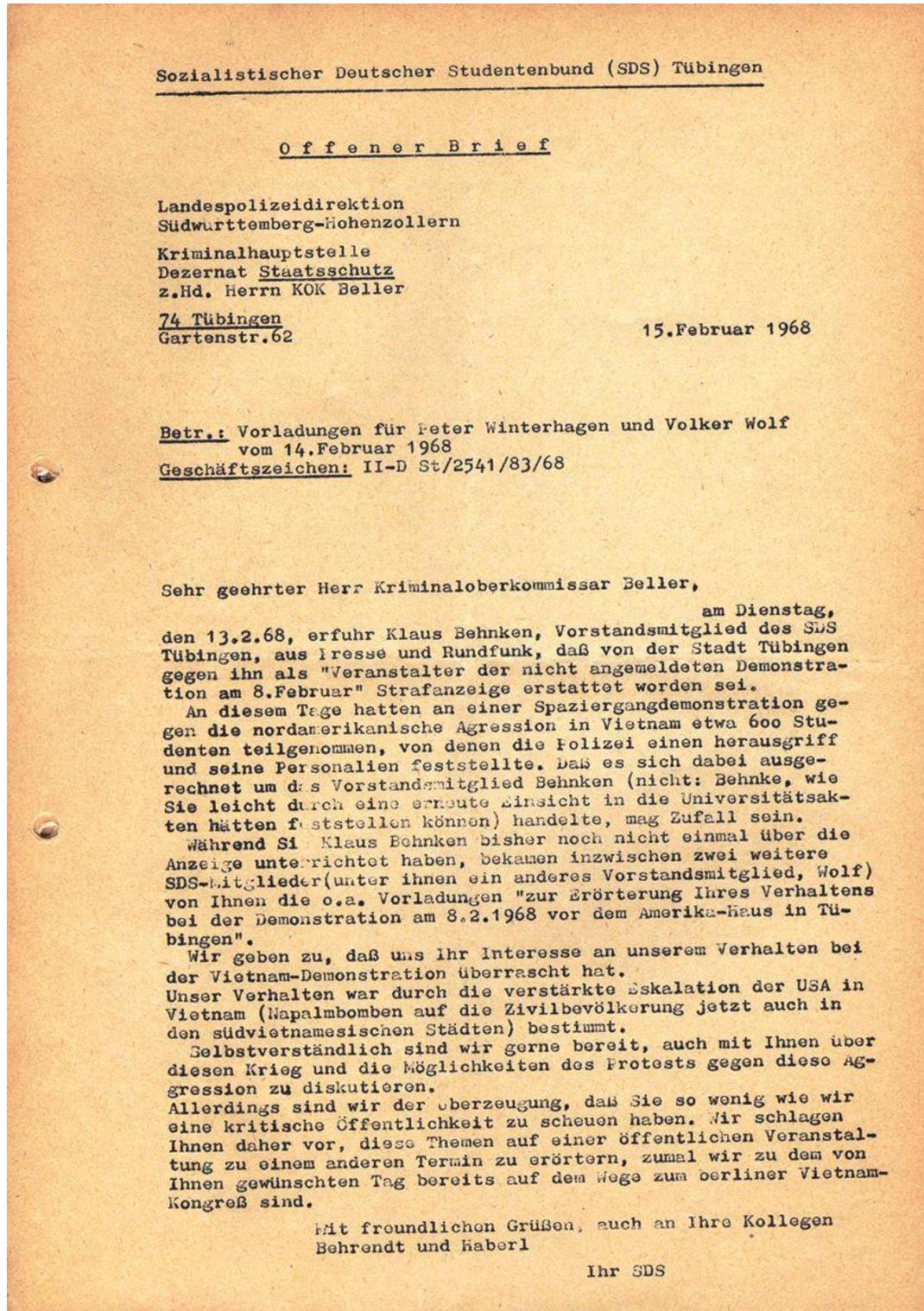
14.02.1968:

In Berlin gibt der SDS, laut einem Eingangsstempel heute, das Flugblatt "Die Hunde bellen,

15.02.1968:

Der SDS Tübingen richtet einen Offenen Brief an das Dezernat Staatsschutz der Landespolizeidirektion betreffend die "Vorladungen für Peter Winterhagen und Volker Wolf vom 14. Februar 1968" wegen der Spaziergangsdemonstration gegen den Vietnamkrieg am 8.2.1968. Man könne die Vorladungen nicht wahrnehmen, da man an dem gewünschten Tag bereits auf der Reise zum Vietnamkongress in Westberlin (vgl. 17.2.1968) sein werde.

Q: SDS: Offener Brief, Tübingen 15.2.1968



16.02.1968:

In Berlin gibt der SDS vermutlich Ende dieser Woche seine 'Vietnam Informationen' Nr. 10

(vgl. 14.2.1968) heraus mit dem Aufruf zur Demonstration am 18.2.1968.
Q: SDS: Vietnam Informationen 10, Berlin O. J. (1968)

E0702

VIETNAM 10. INFORMATIONEN

Am 1. Februar wurden Steine in die Scheiben von Springerfilialen geworfen. Die berliner Presse, die zu 70% Axel Springer gehört, stellte diese Steinwürfe dar als "faschistischen Terror", als "zweite Reichskristallnacht", als "SA-methoden". Die Herrschenden von damals, die in der Reichskristallnacht einen Vernichtungsschlag gegen eine Minderheit führten, sind auch die Herrschenden von heute. Seit 1933 trägt Axel Springer die Uniform der Nazis. Da er Geld hatte, brauchte er seine Hände nicht blutig zu machen: Er leistete seinen Beitrag zum organisierten Mord an Arbeitern, Juden und Intellektuellen vom Schreibtisch aus.

Heute versuchen er und sein Dutzend alter Nazischreiber den Spieß umzudrehen: Sie heften sich stolz den Judenstern an und nennen die Studenten "Nazis". Faschisten nennen sie jetzt die, die dagegen protestieren,

- daß Springer wieder vom Schreibtisch aus seinen Beitrag zum organisierten Völkermord leistet,
- daß er offensichtlich Kriegshetze betreibt,
- daß er streikende Arbeiter als "Mob" bezeichnet,
- daß er versucht, der Bevölkerung Berlins weiszumachen, wer gegen den Springer - Konzern protestiert, sei ein Feind der Bevölkerung.

Was sind einige Steine gegen die Macht des millionenschweren Springers?
Was sind die Eier gegen das Amerikahaus im Vergleich zu Eierhandgranaten gegen die vietnamesische Bevölkerung?
Was ist Pudding gegen Humphrey im Vergleich zum amerikanischen Völkermord in Vietnam?
Was ist die "Beleidigung" eines Mörders, der Schah heißt, im Vergleich zum Mord an einem Studenten?
Aus Eiern wurden Handgranaten, aus Puddingbeuteln Bomben und aus "Beleidigungen" Mordanschläge in den Darstellungen der Springerpresse und des Senats.
Der Senat reagiert nicht grundlos so hysterisch:
Er muß sich davor fürchten, daß die Berliner Bevölkerung seine Politik durchschaut. Seit Jahren verschleiert er den wirtschaftlichen Bankrott Berlins, der die notwendige Folge seiner Politik ist.
Er verschweigt,

- daß er unfähig ist, das Ausland und die Bundesrepublik für Investitionen in Berlin zu interessieren,
- daß keine jungen Facharbeiter mehr nach Berlin kommen und viele abwandern, weil der Senat nicht in der Lage ist, die Arbeitsplätze zu garantieren,
- daß deshalb teure Halbfertigprodukte nach Berlin importiert werden müssen.

Springer hilft dem Senat, den wirtschaftlichen Bankrott zu vertuschen. Er muß - genau wie der Senat - fürchten, daß seine Lügen der Öffentlichkeit bekannt werden. Die Befürchtung, daß die Aufdeckung dieser Lügen zu gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Studenten führen könnte, versetzt Springer und Senat in Angst und Schrecken.
Eine Hand wäscht die andere: Springer und Senat haben gemeinsam das Verbot der Vietnam - Demonstration am 18.2. beschlossen.

Wir demonstrieren am 18.2. gegen die Verbrechen der Amerikaner und ihrer deutschen Komplizen in Vietnam. Wir demonstrieren am 18.2. gegen Springerpresse und Senat, die vom Bankrott Berlins nur durch Drohungen gegen ihre Kritiker ablenken können. Zu stürzen brauchen wir den Senat nicht, dieses Geschäft besorgt er selbst.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund | Berlin 31 Kurfürstendamm 140

: DEMONSTRATION

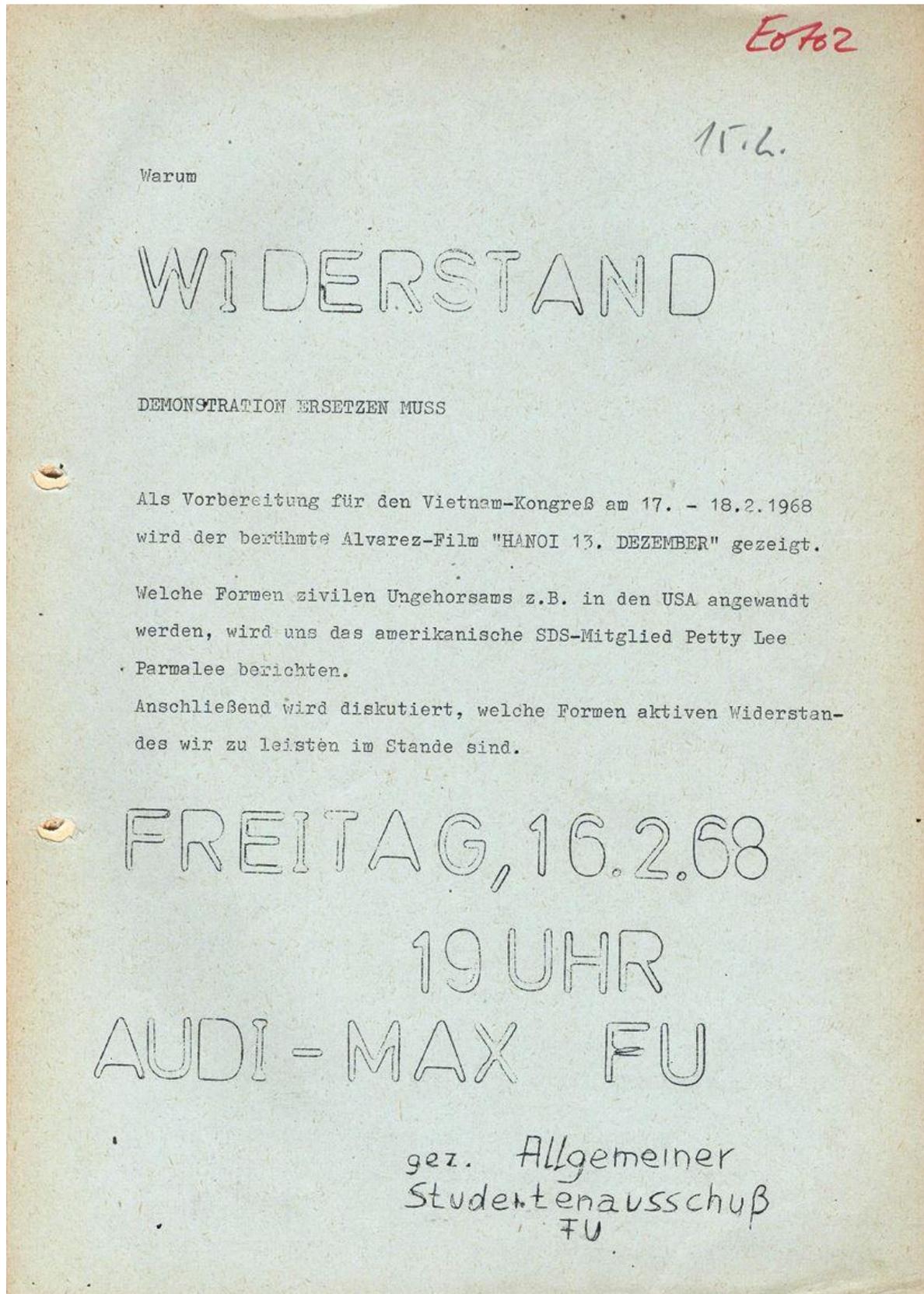
Am Sonntag, dem 18. Februar um
14 Uhr vom Ku-damm nach Dahlem

16.02.1968:

An der FU Berlin lud der AStA zwecks Vorbereitung des Vietnam-Kongreß mit einem

Flugblatt "Warum Widerstand Demonstration ersetzen muss" ein zur Vorführung des Films "Hanoi 13. Dezember" um 19 Uhr im Audimax.

Q: AStA FU: Warum Widerstand Demonstration ersetzen muss, Berlin O. J. (1968)



16.02.1968:

In Berlin werden innerhalb des SJ-Rings der SJD Die Falken die Mitglieder mit einem

Schreiben über die aktuelle Lage bzgl. des Vietnamkongreß unterrichtet.
Q: SJD-SJ-Ring: An alle Mitglieder im SJ-Ring!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

D
(7.2.68)

SJD - Die Falken - Landesverband Berlin - SJ-Ring-Vorstand

An alle Mitglieder im SJ-Ring!
.....

Pausenlos erreichen uns Anrufe von Mitgliedern und Freunden, die sich nach unserer Stellungnahme zur Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Senat und vor allem den Studenten erkundigen wollen. Wir sehen uns daher veranlaßt, einen kurzen, aber umfassenden Bericht aus unserer Sicht zu geben.

1. Wortlaut unserer Presseerklärung vom 7. Februar 1968:
"Mit Bestützung verfolgt der Landesverband Berlin der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - die jüngste innenpolitische Entwicklung in Berlin, die durch die Erklärungen und angekündigten repressiven Maßnahmen des Berliner Senats und der maßlosen Forderungen großer Teile der Öffentlichkeit einem neuen, gefährlichen Höhepunkt zusteuert. Seit Monaten hat es der Senat nicht fertiggebracht, Pläne für eine demokratische Hochschulreform zu verwirklichen. Seit Monaten werden stattdessen die politischen Aktionen der kritischen Jugend Berlins, die auf eine Klärung der dringenden Probleme in- und außerhalb der Universität drängen, von einer bestimmten Presse und vom Senat bewußt verallgemeinernd als Terror und Gewalttätigkeit diffamiert. Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz ist wie sein Vorgänger nicht imstande, den Dialog mit den Studenten zu führen. Am Ende seines politischen Lateins, kündigt der Senat nun Maßnahmen an, wie wir sie bisher in der sogenannten Freien Welt nur aus Madrid oder Teheran kannten. In dieser Situation wiederholen die Berliner Falken ihre vorbehaltlose Bereitschaft, für die Aufrechterhaltung der in der Verfassung garantierten Grundrechte zu kämpfen. Sie rufen ihre Mitglieder und den kritischen Teil der Jugend in den Betrieben, Verwaltungen und Oberschulen auf sich an den öffentlichen Protesten und Demonstrationen der Studenten zu beteiligen, die diesem Ziel dienen. Der Landesvorstand der Falken hat eine Sondersitzung des Landesjugendringes gefordert, auf der die Vertreter der Sozialistischen Jugend die anderen Jugendverbände veranlassen wollen, sich den Protesten anzuschließen."

2. Der Landesjugendring hat daraufhin eine Erklärung abgegeben, in der er dem Senat das Recht bestreitet, "die verfassungsmäßig garantierten Freiheiten aller Bürger auf dem Verwaltungsweg zu beschneiden".

3. Die Veranstalter des Vietnamkongresses und der Demonstration haben inzwischen zu erkennen gegeben und dies auch der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die zweimal beantragte Demonstration, zu der auch ca. 1500 ausländische und ca. 3000 westdeutsche Teilnehmer erwartet werden, trotz des Verbotes am Sonntag um 14 Uhr auf dem Kurfürstendamm beginnen wird.

4. Der Senat hat sein Verbot zur Stunde, da dies geschrieben wird, noch nicht rückgängig gemacht.

5. Die ausländischen Delegationen des Kongresses, an dem wir bekanntlich mit dem Status eines Beobachters teilnehmen, werden am Sonntag um 13 Uhr für die Opfer des Faschismus am Steinplatz einen Kranz niederlegen.

Weitere Informationen liegen uns zur Zeit (Freitag) noch nicht vor. Beachtet daher die letzten Nachrichten in der Presse und im Funk!

Mit sozialistischen Grüßen!

Peter Bischoff - Hajo Schrankel - Gunter Soukup - Heinz M. Beinert
Barbara Tennstedt

17.02.1968:

Die Worldwide Union of Ethiopian Students (WWUES) veröffentlicht vermutlich zum heute

in Berlin beginnenden Vietnamkongress eine Solidaritätserklärung, die endet mit dem Satz: "Vietnam is our example".

Q: WWUES: Solidarity, o. O. O. J.

S O L I D A R I T Y ! ! ! ! S O L D A R I T Y

WORLD _ WIDE UNION OF ETHIOPIAN STUDENTS

The World - Wide Union of Ethiopian Students (National Union of Ethiopian Students, Ethiopian Students Union in Europe, Ethiopian Students Union in America) Declares its solidarity with the International Vietnam Conference with the resolution of the NUBJS held at rally in protest of the U.S. aggression in Vietnam :

----- Realizing that the U.S. government in collaboration with the local reactioniers has brought untold misery to the people of the Africa, Asia and Latin America.

-----Believing that U. S. government is a war criminal in Vietnam murdering and slaughtering heroic people of Vietnam who are fighting fighting for national salvation.

-----Conscious of the fact that it carries continuous act of aggression political and economic exploitation.

-----Realizing that the so called U. S. aid is a tyrannical instrument for plundering and subverting the economic development of recipient countries.

-----Conscious of the fact that U. S. government gives moral and material support to all oppressive regimens including the fascist regimens of South Africa, Rhodesia and Portugal.

----- Believing that the U. S. government does not protect the rights of the Afro American of The U. S. A.

Condemn the U. S. government for all sufferings it and miseries it brought to the people of Africa, Asia and Latin America.

Support with all things we can master the heroic people of Vietnam to see that the American aggressors are shamefully defeated.

Alert all the people of the world to defend themselves against U. S. aggression, cultural, political, economic and military as well.

Support Stokely Carmichael and the Black Power Organization.

We confirm our resolute determination to fight American imperialism and its running dogs.

DOWN WITH U.S! IMPERIALISM AND ITS LACKEYS
LONG LIVE THE SOLIDARITY OF THE PROGRESSIVE
PEOPLE ALL OVER THE WORLD!

VIETNAM IS OUR EXAMPLE

World - Wide Union of the Ethiopian
Students (WWUES)

17.02.1968:

In Westberlin beginnt eine Internationale Vietnamkonferenz, die am 18.2. fortgesetzt wird.

Laut 'BED' wird die Konferenz von ca. 20 sozialistischen Jugend- und Studentenorganisationen veranstaltet. Aufgerufen wurde u.a. vom AStA der FU am 30.1.1968 mit einem Flugblatt, in dem auch eine Erklärung von Agnoli und zahlreichen weiteren Prominenten zur Unterstützung dokumentiert wird. Vermutlich ungefähr zur selben Zeit richtete auch die Studentenvertretung der TU einen Brief an die westdeutschen ASten.

Der SDS Bundesvorstand erlässt einen "Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar 1968". Begrüßt wird dieser Aufruf durch zahlreiche Professoren und Prominente. In Berlin erließen im Vorfeld SDS, GSG, HSU und der Landesverband des SHB ebenfalls einen "Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar in Berlin".

Laut 'Roter Morgen' nehmen ca. 4 500 Menschen aus Westdeutschland und aus dem Ausland daran teil.

U.a. wird während des Kongresses ein provisorischer Kindergarten eingerichtet. Die Initiative zu diesem Kindergarten ging vom Aktionsrat zur Befreiung der Frau aus (vgl. Jan. 1968). Es gibt einen ärztlichen Notdienst und während der Demonstration am 18.2. auch einen chirurgischen Notdienst.

Zur Unterbringung der Gäste wurden vom Vorbereitungskomitee, das über den RC erreichbar ist, Privatquartiere gesucht.

Laut der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale beteiligen sich aus Köln auf die eigene Initiative hin 250 bis 300 Personen.

Der Europäisch-Föderalistische Studentenverband (EFS) bekundet in einem Flugblatt "Europa und Vietnam" seine Unterstützung des Kongresses und spricht sich für gewaltfreien Widerstand aus.

Am 17.2. wird ein "Offener Brief der ausländischen Delegationen des Vietnamkongresses an die alliierten Stadtkommandanten" verfasst, der sich gegen das Verbot der Demonstration wendet. Vermutlich ebenfalls am 17.2. wird eine "Protesterklärung" gegen das Verbot verbreitet.

Vermutlich ebenfalls am 17.2.1968 erscheint das Flugblatt "Wie wird Berlin regiert", das über die Beantragung einer Demonstration vom Kudamm nach Dahlem informiert.

Zur Organisierung der Demonstration erscheint das Flugblatt "Die Demonstration findet statt", das den einzelnen Gruppen ihre Plätze zuteilt.

Laut dem Solidaritätskomitee (manchmal: Köln-Kalk) Freispruch im Kölner Vietnamprozeß (vgl. 30.9.1975) ist einer der Mitorganisatoren des Kongresses Horst Mahler (später RAF). Das Komitee vermeldet, daß "nahezu 30 000 Menschen teilnahmen und gegen die USA-Aggressoren demonstrierten."

Laut der Roten Hilfe Westberlin wird Vorbeugehaft gegen Störer angeordnet.

Aufgerufen wurde auch vom SDS Tübingen (vgl. 12.2.1968).

Q: AStA FU: Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin 30.1.1968; Solidaritätskomitee Freispruch im Kölner Vietnamprozeß: Nachrichtendienst Vietnamprozeß Nr. 4, Köln O. J. (1975), S. 5; VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief Nr. 10, o.O. Apr. 1969; Rote Hilfe: Imperialismus, Sozialdemokratie, Terror, Militanz. Zur Konterrevolution in Westberlin, Berlin Juni 1970, S. 84; Rote Presse Korrespondenz Nr. 2, Berlin 1969, S. 6ff; Roter Morgen,

Hamburg März 1968, S. 9; Berliner Extra Dienst Nr. 7, Berlin 1968, S. 2; Offener Brief der ausländischen Delegationen des Vietnamkongresses an die alliierten Stadtkommandanten, Berlin 17.2.1968; N. N.: Die Demonstration findet statt, O. O. (Berlin) O. J. (1968); SDS-BV: Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar 1968, Frankfurt O. J. (1968); SDS, GSG, HSU, SHB: Aufruf an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar in Berlin - zwei Versionen, O. O. (Berlin) O. J. (1968); Agnoli, J. u.a.: Aufruf zur internationalen Vietnamkonferenz, O. O. O. J. (1968); SDS Tübingen: Waffen für den Vietcong!, Tübingen O. J. (1968); Vorbereitungs Komitee: gesucht: Privatquartiere für die Vietnamkonferenz, O. O. (Berlin) O. J. (1968); N. N.: Protesterklärung, O. O. (Berlin) O. J. (1968); EFS: Europa und Vietnam, Berlin O. J. (1968); N. N.: Kongressinformationen, O. O. (Berlin) O. J. (1968); N. N.: Internationale Vietnamkonferenz Westberlin 1968, Berlin O. J. (1968); Ströhler, U.: Wie wird Berlin regiert, O. O. (Berlin) O. J. (1968); SV TU: AStA Info Am 17.02. ..., O. O. (Berlin) O. J. (1968); SV TU: An die ASTAs und..., Berlin O. J. (1968)

AUFRUF

Vietnam-Konferenz
17./18. Februar 1968 **BERLIN**

an die deutschen Hochschulen zur Teilnahme an der Vietnam-Konferenz am 17./18. Februar 1968

In Hué kämpfen Soldaten der Nationalen Befreiungsfront und Studenten Seite an Seite gegen die eindringenden Ledermacken und ihre Hilfstruppen. Die FNL hat, unterstützt von der Bevölkerung in Saigon, begonnen, die Staatsmaschinerie der Marionetten zu zerbrechen und revolutionäre Machorgane zu bilden. Zahlreiche Städte Südvietnams wurden von der Herrschaft der US-Imperialisten befreit.

Amerikanische B-52 bombardieren jetzt neben den nordvietnamesischen Städten und Dörfern, neben den befreiten Gebieten Südvietnams auch die süd-vietnamesischen Städte. Damit zeigt sich, was der Krieg in Vietnam in Wirklichkeit immer war: ein Krieg imperialistischer Armeen gegen das bewaffnete Volk.

Das Volk Vietnams belehrt uns jeden Augenblick, daß der Kampf gegen den scheinbar übermächtigen Imperialismus aufgenommen und erfolgreich zu Ende geführt werden kann.

An den deutschen Hochschulen legen die Studenten den Weg von der moralischen Empörung bis zur Anerkennung dieser Tatsache zurück. Ihr Protest nimmt seinen Ausgang von einer abstrakten Vorstellung der Demokratie, an der die amerikanische Intervention in Vietnam gemessen wird. Die Studenten müssen erfahren, daß ihr Bedürfnis nach politischer Reformation und Diskussion in dem Augenblick bei der akademischen Administration auf Ablehnung stößt, wo er mit dem politischen Habitus der etablierten Parteien nicht mehr übereinstimmt.

Die Vietnam-Veranstaltungen rufen das Hausrecht der Rektoren und der Polizei auf den Plan. Sie entlarven das Geschwätz von der Autonomie der Hochschulen und führen uns vor Augen, in welche Richtung sich die Machtverhältnisse bei der staatlich verordneten „Hochschulreform“ entwickeln werden.

Verloren geht auch die Vorstellung von der Objektivität der akademischen Wissenschaft. Zu ihrer Unwilligkeit und Unfähigkeit, die politischen und sozialen Grundlagen des Krieges zu analysieren, erweist sie ihren apologetischen Grundzug, wenn sie nicht gar zum direkten Lieferanten der Imperialisten herabsinkt. Studenten haben bislang die grundlegenden Arbeiten über den Vietnam-Krieg verfaßt und die Organisationen der Lehrveranstaltungen zu diesem Thema in ihre eigenen Hände genommen. Die Solidarität der Studenten mit dem Volk Vietnams zeigt sich bislang in konkreter Hilfe für die Befreiungsfront in Demonstrationen und Aktionen. So wichtig diese Hilfe ist, so rasch sie vom Kauf von Medikamenten zum Kauf von Waffen fortschreitet, sie kann nichts Entscheidendes zum Sieg der Befreiungsfront beitragen. Entscheidend ist vielmehr, ob wir den Kampf gegen die Unterdrücker in unserem eigenen Lande aufnehmen werden. Wenn wir unsere soziale Basis, die Hochschulen, verlassen, um für den Sieg des vietnamesischen Volkes zu demonstrieren, erfahren wir unsere Isolation, die in der Klassengesellschaft

begründet ist und durch massive Manipulation aufrechterhalten und verschärft wird.

So laufen wir Gefahr, uns als verlängerten Arm der Befreiungsfront zu fühlen und unsere Aktionen als symbolische Angriffe gegen den Imperialismus zu verstehen statt den Imperialismus wirklich zu bekämpfen.

Dieser Kampf wird, wie uns Che Guevara auf Lenin fußend gezeigt hat, in den einzelnen Regionen der Erde mit dem Gewehr und mit Massenaktionen der ausgebeuteten Klassen geführt werden, je nach dem Stand des Bewußtseins, das verändert in die objektiven Bedingungen eingeht. Zu diesen Bedingungen gehört in Westdeutschland die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte im Rahmen eines aggressiven Bündnissystems, die Anwesenheit Vernichtungswaffen erzeugender Konzerne, der Umschlag von Kriegsmaterial und lebenswichtigen Gütern nach Vietnam, eine Regierung, die den US-Imperialismus massiv unterstützt. Zu diesen Bedingungen gehört aber auch eine Arbeiterklasse, die in einzelnen Schichten von Strukturkrisen betroffen ist, eine Armee von unterdrückten Schülern, Lehrlingen und Studenten, eine kritische Intelligenz, die nicht mehr bereit ist, sich möglichst teuer zu verkaufen. Hieraus resultiert das Problem, wie der antikapitalistische mit dem antiimperialistischen Kampf zu verbinden ist.

Diese Verbindung muß notwendig fragmentarisch bleiben, so lange der Befreiungskampf nicht universal wird, bzw. in den abhängigen Massen entsteht. Umso wichtiger ist es, daß die europäische Jugend Aktionen plant, die durch die Gleichzeitigkeit ihres Ablaufs internationale Solidarität sinnlich erfahrbar macht. Diese Aktionen müßten folgende Ziele haben:

1. Demonstrationen und Blockaden vor den Produktionsstätten amerikanischer Konzerne, die Vernichtungswaffen herstellen, wie z. B. Dow-Chemical.
2. Organisation von Streiks in Häfen, die Kriegsmaterial oder kriegswichtige Güter umschlagen.
3. Organisation einer westeuropäischen Kampagne, die zur Desertation der amerikanischen Armee aufruft.
4. Aktionen und Demonstrationen gegen ausgesuchte Nato-Basen im westeuropäischen Bereich, um gegen die Verlängerung des Nato-Vertrages zu protestieren.
5. Gemeinsame Ausrüstung eines Schiffes, das Medikamente und Waffen nach Vietnam befördert.

Voraussetzung für diese Aktionen ist die Einsetzung eines koordinierten Büros und einer Dokumentationszentrale, die die notwendigen Informationen sammelt.

Kommilitonen, Ihr seid aufgefordert, am 17. und 18. Februar nach Berlin zu kommen, Euch mit uns zu vereinigen und den koordinierten Kampf gegen den Imperialismus auf europäischer Ebene aufzunehmen.

PROGRAMM

17. Februar 1968

KONGRESS ZU DEM THEMA:

VIETNAM-KONF.

DER KAMPF DES VIETNAMESISCHEN VOLKES UND DIE GLOBALSTRATEGIE DES IMPERIALISMUS

Präsidium: Günter Amend, Klaus-Meschkat, Gaston Salvatore,
Christian Semmler, K.-D. Wolff, Reiner Wethekam

Begrüßung: Reiner Wethekam, K.-D. Wolff

Forum I Die vietnamesische Revolution 11.00 - 13.30^h

Referate: Kurt Steinhaus
Walter Rudert
FNL Erklärung
Tariq Ali

Forum II Die vietnamesische Revolution und die Revolution
in der Dritten Welt 14.30 - 16.30^h

Referate: Robin Blackburn (New Left Review)
Perry Anderson
Gaston Salvatore
Vertreter der FUDE (Spanien)
Vertreter der Lambrakis-Jugend (Griechenland)
Vertreter der türkischen Sozialistengem.
Bahman Nirumand (Persien)
Vertreter des African National Congress (ANK)

OFFENE DISKUSSION

P A U S E

Forum III Der anti-imperialistische und anti-kapitalistische
Kampf in den kapitalistischen Ländern 18,30 - 21,30^h

Referate: Ernst Bloch
Peter Weiss
Erich Fried
Rostango
Rudi Dutschke
Ernest Mandel

EINLEITUNG DER OFFENEN DISKUSSION DURCH BEITRÄGE VON:

Vertreter von CLARTE (Schweden)
A. Krivine JCR
Jean-Marie Vincent, PSU
H. J. Krahl, SDS
Ein Vertreter des SDS Amerika
Dale A. Smith SNCC (Black Power)
Günther Amend SDS
Christian Semmler SDS

OFFENE DISKUSSION 21,30 - 24.00^h

Veranstaltungsort für alle Foren:

AUDITORIUM MAXIMUM DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

A U F R U F Z U R
I N T E R N A T I O N A L E N V I E T N A M K O N F E R E N Z

Westberlin, 17./18. Februar 1968

Vietnam ist das Spanien unserer Generation. Wir dürfen nicht durch Schweigen oder Neutralität gegenüber dem revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes Schuld auf uns laden. Daher begrüßen wir die Initiative der jungen Generation, die dazu beiträgt, die Weltmeinung gegen die US-amerikanische Intervention in Vietnam und die dadurch verursachte Vernichtung des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren. Wir solidarisieren uns mit den Streiks, die ein Ende dieser Intervention fördern und mit all denen, die amerikanische Bürger, welche ihren Militärdienst verweigern oder aus ihm desertieren, unterstützen.

Wir begrüßen deshalb auch diese vom SDS einberufene Konferenz junger sozialistischer Gruppen aus den verschiedenen Ländern Europas zur Unterstützung des Kampfes gegen die amerikanische Intervention in Vietnam und die Quisling-Regierung in Saigon und setzen uns für das Recht des vietnamesischen Volkes ein, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Dr. Johannes Agnoli, Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Reinhard Baumgart, Prof. Ernst Bloch, Nicolas Born, Dr. Margherita von Brentano, Hans Christoph Buch, Prof. N. an Chomsky, Franz Josef Legenhardt, F. C. Delius, Dr. Ingeborg Drewitz, Günter Eich, Hans Magnus Enzensberger, Ute Erb, Giacomo Feltrinelli, Hubert Fichte, Prof. Ossip K. Flechtheim, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Wilfried Gottschalck, Heinrich Hannover, Prof. Eduard Hapke, Dr. Walter Hasenclever, Rolf Haufs, Hans Werner Henze, Günter Herburger, Wolfgang Hildesheimer, Dr. Peter Hübner, Dr. Reinhard Lettau, Horst Mahler, Prof. Herbert Marcuse, Francois Maspéro, Ulrike Marie Meinhof, Dr. Klaus Meschkat, Prof. Klaus Mollenhauer, Prof. Wolfgang Müller, Maurice Nadeau, Nikolaus Neumann, Herrmann Piewitt, Arno Ploog, Dr. F. J. Raddatz, Stefan Reisner, Georges Reymond, Hans Werner Richter, Jean Paul Sartre, Peter Schneider, Laurent Schwarz, Jürgen Seifert, Prof. Jacob Taubes, Mary Tucholsky, Bernard Vesper-Triangel, Dr. Klaus Wagenbach, Martin Walser, Gunilla Weiss, Peter Weiss, Peter Paul Zahl, Gerhard Zwerenz.

bitte wenden

DIE DEMONSTRATION FINDET STATT

Seit Wochen verschärfen Senat und Manipulation ihre Hetze gegen alle real-demokratischen Kräfte in- und außerhalb der Universität. Die politische Offensive des autoritären Lagers gegen die Senatschule, gegen den Springer-Konzern und gegen den verbrecherischen Krieg der US-Machtelite gegen das Vietnamesische Volk führt bei der ersten zu hysterischen Reaktionen. Der Senat versucht das Scheitern seiner Politik, die abzielt auf eine ökonomische und politische Sicherung von Westberlin dadurch zu verschleiern, daß er seine einzige wirkliche Opposition zum Systemfeind Nr. 1 erklärt, er verbietet angemeldete Demonstrationen ohne Rücksicht auf die Verfassungswidrigkeit dieses Tuns. Er droht mit dem brutalen Einsatz seiner Repressionsmittel, um Unsicherheit in unsere Reihen hineinzutragen. Damit hat er jedoch keinen Erfolg: Das Gegenteil ist eingetreten. Seit Tagen bildet sich bei den Diskussionen und Großveranstaltungen bei dem überwiegenden Teil der Autoritären das kritische Bewußtsein von der Notwendigkeit, dem Versuch der Abschaffung aller demokratischen Grundrechte entschiedenen Widerstand zu leisten. Es entsteht die klare Überzeugung, daß wir:

1. die Demonstration auf dem Kurfürstendamm zwischen Olivaer Platz und Joachimsthaler Straße genau um 13.30 Uhr beginnen werden, indem wir von allen Nebenstraßen gleichzeitig und massiv in den Ku-Damm hineinströmen,
 2. daß wir der organisierten Repression nicht in chaotischer, sondern in bewußt organisierter Form entgegentreten werden,
 3. daß allein die Selbstorganisation unserer politischen Interessen in Form von Initiativ-Gruppen (IG) die Gefahr, zum reinen Objekt politischer Willkür zu werden, aufheben können.
- Als taktisch-organisatorische Leitsätze für die (verbotene) Demonstration ergeben sich:

1. Die IG's organisieren mit Hilfe von Megaphonen, Sprechchören und kurzen Reden ein diszipliniertes Hineinströmen in den Ku-Damm zu einem verabredeten Zeitpunkt.
2. Zersplitterte Auseinandersetzungen mit Polizeikräften sind ebenso wie Fluchtversuche in Nebenstraßen u.Ä. als äußerst gefährlich abzulehnen.
3. Bei brutalen und massierten Übergriffen der Polizei haben die IG's klare Parolen zu einem organisierten Rückzug zu geben, um Panik zu vermeiden.
4. Auf dem Ku-Damm vereinigen sich alle Demonstranten wobei die IGs fest gegliederte Positionen im Zug einnehmen, um damit Geschlossenheit und Effektivität der Demonstration zu gewährleisten.
5. Die IG's bilden mit den Demonstranten feste Reihen, in welchen die Einzelnen die Aufgabe haben, die Nebenleute nicht zu verlieren, sie im Falle des Angriffs von Greiftruppen oder Polizisten zu verteidigen, bzw. ihre Festnahme zu verhindern.
6. Im Augenblicken persönlicher Gefährdung durch besonders brutale Provokationen der Polizei sind die Stangen als Abwehrmittel zu benutzen!

verantwortlich: Emil Meletz

Joachimstalerstrasse
 200 JCR
 360 Mannheim
 Alle FU-Studenten
 20 SDS FU-Studenten
 30 JCR HOTEL AM ZOO
 72 Erlangen
 20 SDS
 FASANENSTRASSE
 100 FDJ
 alle Lehrer JÜD! GEMEINDE
 50 Österreicher
 70 Saarbrücken 20 SHB
 UHLANDSTRASSE
 150 Bremen
 100 Italien 20 SDS
 250 Frankfurt alle Schüler
 100 Persische Konföderation
 20 Schweden 20 SDS KNESEBECKSTR!
 90 Dänemark alle Industriearbeiter
 50 Aachen BLEIBTREUSTRASSE
 150 Hamburg 20 SDS
 SCHLÜTERSTRASSE
 150 Kölner
 Falken Berufsschüler
 WIELANDSTRASSE
 20 Mainz 25 Münster 20 SDS

JOACHIMSTALERSTRASSE
 100 JCR
 20 Göttingen
 50 Bochum 20 SDS
 MEINECKESTRASSE
 30 Jeune Garde 100 FDJ 20 SDS
 70 Freiburg 100 Frankreich
 FASANENSTRASSE
 100 Lambrakis Jugend
 200 Kampagne für Abrüstung
 20 SDS
 alle Pfarrer
 UHLANDSTRASSE - CINEMA PARIS
 40 JCR 400 FDJ
 20 SDS 40 Bonn 20 Chile alle TU-Stud.
 50 Arab., Irak, Türkei
 KNESEBECKSTRASSE
 40 Gr.Brit. (RSA) 5 Norweger
 14 Niederlande 150 Bremen 20 SDS
 BLEIBTREUSTRASSE
 15 Hann. 60 Kiel 50 Köln 20 SDS
 SCHLUETERSTRASSE
 150 München 20 SDS
 WIELANDSTRASSE
 70 Stuttgart

HALENSEE

DIE SPONTANEN ORGANISATIONSFORMEN DER DEMONSTRANTEN, DIE SELBSTERNANNTE
 INITIATIVGRUPPEN VON FREUNDEN UND GRUPPEN AUS GEMEINSAMEN INSTITUTEN,
 SCHULEN UND BERUFSSCHULEN UND ARBEITSKOLLEGEN WERDEN IN LETZTER KONSEQUENZ
 ÜBER DEN POLITISCHEN ERFOLG DER DEMONSTRATION ENTSCHEIDEN!

Termine: Sonntag, ab 10 Uhr Verteilung von Flugblättern an die lohnabhängige
 Bevölkerung der Stadt. Verteilerzentralen sind die Asten der FU, Garystr. 20,
 und TU, Strasse des 17. Juni.

Sonntag, ab 12 Uhr Konzentration der Agitation auf die Umgebung des
 Kurfürstendamms.

Sonntag, gegen 13 Uhr legen internationale Delegationen am Denkmal
 für die Opfer des Faschismus am Steinplatz Kränze nieder.

13 Uhr 30 BEGINN DER DEMONSTRATION

durch allgemeines, allseitiges Einströmen in den Ku-damm, wobei die Demon-
 stranten an der Joachimstalerstrasse sich ohne längere Zentralisation in Rich-
 tung Uhländstrasse bewegen, während die Demonstranten am Olivaerplatz sofort
 in Richtung Uhländstrasse gehen. In dieser Weise geht die Vereinigung und
 Formierung der Demonstranten zu einem Zug vonstatten, der sich von dort aus
 in Richtung Halensee in Bewegung setzt. Vor 14 Uhr 30 darf der Marschblock
 Olivaer Platz die Leibnizstrasse nicht in Richtung Halensee überschreiten!

Alternative I : Annahme: Das Einströmen wird durch massive Polizeikräfte ver-
 hindert. 14 Uhr Entscheidungen aller Gruppen, ob Einströmen erfolgreich war.
 Vorgehensweise : Kurzfristige Agitation vor den Polizeiketten, Abmarsch zum
 neuen Sammelpunkt zwischen Olivaerplatz und Joachim-Friedrichstr.. Bis 15 Uhr
 neuer Sammelversuch.

Alternative II : Annahme: Erneuter Sammelversuch misslungen. Vorgehensweise:
 Neuer Sammelpunkt: 16.30 Uhr U-Bhf. Thielplatz, bzw. Ihnestr. bis Garystr.
 Zu erreichen mit: Buslinie A 10 und U-Bahn

Offener Brief der ausländischen Delegationen des Vietnamkongresses an die
alliierten Stadtkommandanten

Exzellenzen!

Berlin, 17.2.1968

Durch das verfassungswidrige Verbot der Vietnam-Demonstration und durch die Lynchstimmung in dieser Stadt, hervorgerufen durch die Erklärungen des Senats, der Parteien, einzelner Gewerkschaften und durch die Hetze der Springer-Zeitungen, fürchten wir um unsere Gesundheit und unser Leben. Die systematische Aufhetzung der Bevölkerung gegen die oppositionelle Jugend Westeuropas ist nur noch zu vergleichen mit der faschistischen Mobilisierung von Seiten der nationalsozialistischen Propaganda und deren Programmetze gegen Minderheiten.

Die bestehende Rechtsunsicherheit in West-Berlin kann sehr leicht zu Ausschreitungen gegen die Teilnehmer der Vietnamkonferenz von Seiten der Polizei und der aufgeputschten Bevölkerung führen, wie es in Einzelfällen bereits geschehen ist. Wir bitten die alliierten Stadtkommandanten, dafür Sorge zu tragen, daß das demokratische Grundrecht vom Senat nicht willkürlich außer Kraft gesetzt wird. Wir erwarten von den militärischen Beauftragten der demokratischen Staaten Frankreich, England und der USA, die durch die Verträge von London und Teheran für diese Stadt Garantien übernommen haben, sich öffentlich gegen die verfassungswidrigen Einschränkungen des Demonstrationsrechts zu erklären und zu gewährleisten, daß die Teilnehmer der Konferenz keinen provokativen Anschlägen ausgesetzt sind.

Hochachtungsvoll

Pour la delegation française
Für die griechische Delegation

Jean Marcel Bongueresou
Pt. de la Commission Internationale
de l'UNEF - Freddy Reconnis (JCR)
Georgios Tsirikos
(Demokratische Jugend Lombratic)

Für die lateinamerikanische
STUDENTEN VEREINIGUNG DELEGATION
IN WESTBERLIN:

PER LA GIOVENTÙ
COMUNISTA
ITALIANA

Forum of European Students (FES)

ANILCARE
PONCHIBLI

Ko-föderation französischer
Studenten

Saharou Nissou

Patty Lee Parmalat - Students for a Democratic Society USA
A. Assogid - World Wide Union of Ethiopian Students

Mustafa Demir

Türkische Sozialisten Gemeinschaft.

Jean HESBOURG

ASSOCIATION GÉNÉRALE DES
ÉTUDIANTS LUXEMBOURGEOIS
fortschrittliche Studentenzeitung Zürich

J.P. JOUR

Türkische Studentenverein Stuttgart

Colin Anadon

Für die dänische Delegation

M.H. Nielsen

SOSIALISTISK UNGDOMSFORBUND
(NORWEGEN)

Gerard Wuesten

Harald Dahl

Arvid Johansen

SOLIDARITÄTSKOMITEE FÜR VIETNAM
(NORWEGEN)

Beim Verteilen beachten:

Der soziologische und kulturelle Abgrund zwischen bürgerlichen deutschen oder amerikanischen Studenten und dem einfachen amerikanischen Soldaten sollte weder dramatisiert noch übersehen werden. Das bedeutet: Inpolitischen oder moralischen Begriffen formulierte Appelle müssen bei ~~xxx~~ Adressaten zwangsläufig Abneigung hervorrufen, denen solche Kategorien bestenfalls nichts bedeuten, schlimmstenfalls als Zeichen des Privilegs gelten. Ebenso schädlich ist die unvermittelte Identifizierung mit dem "leidenden" Neger, dem armen oder ausgebeuteten Amerikaner. Die amerikanische Ausbeutung, dies kann nicht genug betont werden, wird nur selten als ein Druck von außen empfunden, sie verinnerlicht sich in dem Teufelskreis von Schuldgefühl und zu unterdrückender Aggression. Bei den ~~Arme~~angehörigen wird dieser Kreislauf von Schuld und Aggression so intensiviert, daß die Selbstzerstörung zum Strukturprinzip wird, daß die gesamte Persönlichkeitsstruktur nur den Zweck hat, ständig nach außen Gewalt und Zerstörung zu tragen. Unter diesen Voraussetzungen hat es keinen Sinn, sich mit den Soldaten auf eine formale Argumentation einzulassen. Natürlich kannst du besser reden als er. (Wahrscheinlich sogar in der englischen Sprache.) Zwecklos ist auch die sokratische Diskussionsmethode, die das Ziel des Gesprächs von Anfang an kennt und auf Grund der Manipulation funktioniert. Am sinnvollsten ist es, den Soldaten zum Reden zu bringen und ihm zuzuhören. Wirklich zuzuhören - denn du kannst auf diese Weise mehr über ihn und seine Umwelt erfahren, als du glaubst. Z.B.: daß sein Leben nicht erst in der Armee die reine Hölle war, sondern daß es ihm auch vorher nicht viel besser ging. - in Georgia, in Watts, in den Kohlegebieten der Appalachen, in Detroit, Philadelphia, New York. Z.B.: daß er nur so wenige und so schwierige Möglichkeiten der Wahl hat, daß auch du ihm nur eine so unerfreuliche und riskante Alternative bieten kannst, daß die Wahrheit, die du ihm vermitteln willst, ihm so leicht von innen oder außen zerstören kann (und du dich daher, nicht wundern darfst, wenn er dich am liebsten verprügeln möchte). Es gibt aber eine echte Demut, die nicht von Schuld komplexen, sondern von einem Gefühl der Ungerechtigkeit getragen ist: diese Einstellung ist Voraussetzung eines jeden Kontakts mit ~~xxx~~ dem amerikanischen Uniform tragenden "Opfer". Versuche ihm nicht in deiner Haltung und Unterhaltung zu zeigen, daß sein Leiden sozial bestimmt, also allgemein ist, beweise ihm vielmehr, daß es Menschen gibt, die ihn als Individuum anerkennen (selbst wenn dieser Beweis nur darin besteht, ihm aufmerksam zuzuhören).

Das Revolutionskomité.

Wenn die, welche ^{sich}
Kommunisten
nennen, ihre **Pflicht**
nicht erfüllen,

Werden wir die
unterstützen, die
im Kampf
wie **Kommunisten**
handeln



FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
 Allgemeiner Studentenausschuß
 - Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 30.1.1968
 Garystr. 20
 Tel. 76 90 421

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen !

Am 26.5.1967 faßte der Konvent einen Beschluß zum Vietnamkrieg, in dem es hieß: Der Konvent stellt fest, daß ein längeres Ignorieren der Verbrechen in Vietnam durch die Universität einer Vorstellung von den Aufgaben der Universität entspricht, die er seit Jahren mit seiner Hochschulpolitik bekämpft. Die Universität glaubt sich deswegen zum Schweigen verpflichtet, weil sie ihre gesellschaftliche Funktion im Konformismus und in unpolitischer Wissenschaft sieht. Deswegen ist es ein unumgänglicher hochschulpolitischer Schritt des Konvents, durch Parteinahme im Krieg gegen das vietnamesische Volk unpolitischem Selbstverständnis der Universität entgegenzutreten und die Universität an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Hinsichtlich der Verbrechen in Vietnam kann es für eine Universität weder mangelnde Informiertheit noch politische Neutralität geben.

Der Allgemeine Studentenausschuß lud die befreundeten Studentenvertretungen in der Bundesrepublik ein, an dem Kongreß teilzunehmen.

Am 17. und 18. Februar findet in Berlin die in der Presse bereits ausführlich angekündigte Internationale Vietnam Konferenz

statt. Grundlegender Gegenstand der Diskussion und Kundgebung ist das Problem der Solidarisierung und Unterstützung der Vietnamesischen Revolution - gesehen im Zusammenhang mit der Befreiungsbewegung in der Dritten Welt.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität Berlin befürwortet und unterstützt diese Konferenz und empfiehlt den befreundeten ASTA's in der Bundesrepublik, dasselbe zu tun.

Der Allgemeine Studentenausschuß bittet alle Studenten, soweit es Ihnen möglich ist, Kongreßteilnehmer bei sich aufzunehmen. Wir bitten Sie, den Abschnitt ausgefüllt im ASTA abzugeben.

----- bitte wenden -----

Name..... Vorname

Adresse

Ich kann Personen aufnehmen (männlich / weiblich)

Telefon:

gez. Helmut Giesa
 - Referent -

ERKLÄRUNG ZUR
INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ - WESTBERLIN, 17./18. Februar 1968

Vietnam ist das Spanien unserer Generation. Wir dürfen nicht durch Schweigen oder Neutralität gegenüber dem revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes Schuld auf uns laden. Daher begrüßen wir die Initiative der jungen Generation, die dazu beiträgt, die Weltmeinung gegen die US-amerikanische Intervention in Vietnam und die dadurch verursachte Vernichtung des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren. Wir solidarisieren uns mit den Streiks, die ein Ende dieser Intervention fördern und mit all denen, die amerikanische Bürger, welche ihren Militärdienst verweigern oder aus ihm desertieren, unterstützen.

Wir begrüßen deshalb auch diese vom SDS einberufene Konferenz junger sozialistischer Gruppen aus den verschiedenen Ländern Europas zur Unterstützung des Kampfes gegen die amerikanische Intervention in Vietnam und die Quisling-Regierung in Saigon und setzen uns für das Recht des vietnamesischen Volkes ein, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Dr. Johannes Agnoli, Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Reinhard Baumgart, Prof. Ernst Bloch, Nicolas Born, Dr. Margherita von Brentano, Hans Christoph Buch, Prof. Noam Chomsky, Franz Josef Degenhardt, F.C. Delius, Dr. Ingeborg Drewitz, Günter Eico, Hans Magnus Enzensberger, Ute Erb, Giacomo Feltrinelli, Hubert Fichte, Prof. Ossip K. Flechtheim, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Wilfried Gottschalch, Heinrich Hannover, Prof. Eduard Hapke, Dr. Walter Hasenclever, Rolf Haufs, Hans Werner Henze, Günter Herburger, Wolfgang Hildesheimer, Dr. Peter Hübner, Dr. Reinhard Lettau, Horst Mahler, Prof. Herbert Marcuse, François Maspéro, Ulrike Marie Meinhof, Dr. Klaus Meschkat, Prof. Klaus Mollenhauer, Prof. Wolfgang Müller, Maurice Nadeau, Nikolaus Neumann, Herrmann Piewitt, Arno Ploog, Dr. R.J. Raddatz, Stefan Reisner, Georges Reymond, Hans Werner Richter, Jean Paul Sartre, Peter Schneider, Laurent Schwarz, Jürgen Seifert, Prof. Jacob Taubes, Mary Tucholsky, Bernward Vesper-Triangel, Dr. Klaus Wagenbach, Martin Walser, Gunilla Weiss, Peter Weiss, Peter Paul Zahl, Gerhard Zwerenz.

Die Unterzeichnenden bitten um weitere Unterschriften und um finanzielle Unterstützung der Konferenz:

Postscheckkonto Jürgen W e r t h , 1 Berlin 30,
Nassauische Str. 7
Nr. 2050 48, Postscheckamt Berlin West, Stichwort
"Vietnamkonferenz"

Bankkonto Gerhart R o t t , Berliner Diskonto Bank
Nr. 526/3009, Sonderkonto Vietnamkonferenz

Der Kampf des vietnamesischen Volkes ist grundlegend für die internationale Arbeiterbewegung. Eine entscheidende Konfrontation findet zwischen der internationalen Revolution und Gegenrevolution statt.

Verzweifelt versucht der Imperialismus zu beweisen, daß er in der Lage ist, jede revolutionäre Bewegung zu vernichten. Unterstützt wird er hierbei von seinen eigenen internationalen Organisationen (wie z. B. die NATO), die in der ganzen Welt existieren.

Der Sieg des vietnamesischen Volkes wäre eine große Ermutigung für alle revolutionären Bewegungen, die gegen den Imperialismus und seine Handlanger kämpfen. Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs ist es, nicht um einen Kompromißfrieden mit dem Imperialismus zu bitten, sondern mit aller Kraft für den Sieg der vietnamesischen Revolution zu arbeiten.

Der Imperialismus zielt darauf ab, mit seinen Aggressionen in Vietnam, Lateinamerika, Griechenland usw. die internationale Konstellation der Kräfte zu seinen Gunsten zu verändern. Er versucht, der Entwicklung der Weltrevolution ein Ende zu machen und die Eroberungen der Arbeiterbewegung in Gefahr zu bringen. Die Aufgabe der revolutionären Jugendbewegung in der ganzen Welt ist es, den Imperialismus an jedem Ort und mit allen Mitteln anzugreifen, um die internationale Konterrevolution zu schwächen.

Die amerikanische Aggression gegen Vietnam betrifft direkt die europäische Arbeiterklasse in ihrem Kampf für den Sozialismus. Deshalb darf Westeuropa nicht eine ruhige Zone für den Imperialismus werden, sondern muß von einem entschlossenen antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf bestimmt werden. Die europäische Arbeiterbewegung und die sozialistische Jugend der Avantgarde haben heute entscheidende Aufgaben, die eine internationalistische Bedeutung tragen.

Die aktuellen Ziele des Kampfes sind:

- der Kampf gegen das atlantische Bündnis und die NATO;
- die Intensivierung des Klassenkampfes, der sich vor allen Formen der Integration der Arbeiterbewegung hüten und sich das Problem der Eroberung der Macht stellen muß;
- die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideologie, die dem Imperialismus in die Hände arbeitet und die Arbeiterbewegung neutralisiert.

Die OLAS-Konferenz hat eine revolutionäre Strategie für Lateinamerika entwickelt. OLAS repräsentiert eine grundsätzliche Hilfe für die vietnamesische Revolution und für all jene, die sich dem Imperialismus entgegenstellen und die die Ziele der sozialistischen Weltrevolution nicht aufgegeben haben. Diese Strategie kommt in Guevaras Worten zum Ausdruck: Laßt uns zwei, drei, viele Vietnam schaffen! Ein solches Konzept belebt effektiv die Idee des proletarischen Internationalismus. Alle Organisationen, die sich entschlossen haben, gegen den Imperialismus zu kämpfen, müssen eine Einheitsfront aufbauen, um den endgültigen Sieg der vietnamesischen Revolution zu erreichen.

Deshalb haben sich die unterzeichneten Organisationen entschlossen, am 17./18. Februar 1968 in Westberlin ein internationales Treffen und eine Demonstration zu organisieren. Sie rufen alle Jugendorganisationen, die mit diesem Aufruf übereinstimmen, auf, an dem Treffen und der Demonstration teilzunehmen.

E062

9.2.68

AUFRUF AN DIE DEUTSCHEN HOCHSCHULEN ZUR TEILNAHME AN DER
INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ AM 17./18.FEBRUAR IN

BERLIN

In Hue kämpfen Soldaten der Nationalen Befreiungsfront und Studenten Seite an Seite gegen die eindringenden Ledernacken und ihre Hilfstuppen. Die FNL hat, unterstützt von der Bevölkerung, in Saigon begonnen, die Staatsmaschinerie der Marionetten zu zerbrechen und revolutionäre Machtorgane zu bilden. Zahlreiche Städte Südvietnams wurden von der Herrschaft der US-Imperialisten befreit.

Amerikanische Bomber bombardieren jetzt neben nordvietnamesischen Städten und Dörfern, neben den befreiten Gebieten Südvietnams auch die Städte Südvietnams. Damit zeigt sich, was der Krieg in Vietnam in Wirklichkeit immer war und ist: Ein Krieg imperialistischer Armeen gegen das bewaffnete Volk. Das Volk Vietnams belehrt uns jeden Augenblick, daß der Kampf gegen den scheinbar übermächtigen Imperialismus aufgenommen und erfolgreich zu Ende geführt werden kann. An den deutschen Hochschulen legen die Studenten den Weg von der moralischen Empörung bis zur Anerkennung dieser Tatsache zurück. Ihr Protest nimmt seinen Ausgang von einer abstrakten Vorstellung von Demokratie, an der die amerikanische Intervention in Vietnam gemessen wird. Die Studenten müssen erfahren, daß ihr Bedürfnis nach politischer Information und Diskussion bei der akademischen Administration in dem Augenblick auf Ablehnung stößt, wo es mit dem politischen Habitus der etablierten Parteien nicht mehr übereinstimmt. Die Vietnamveranstaltungen rufen das Hausrecht der Rektoren und die Polizei herbei. Sie entlarven das Geschwätz von der Autonomie der Hochschulen und führen uns vor Augen, in welcher Richtung sich die Machtverhältnisse bei der staatlich verordneten Hochschulreform bewegen werden.

Verloren geht auch die Vorstellung von der Objektivität der Wissenschaft. In ihrer Unwilligkeit und Unfähigkeit, die politischen und sozialen Grundlagen des Krieges zu analysieren, erweist sie ihren apologetischen Grundzug, wenn sie nicht gar zum direkten Liferanten der Imperialisten herabsinkt. Studenten haben bislang die grundlegenden Arbeiten über den Vietnamkrieg verfaßt und die Organisation der Lehrveranstaltungen zu diesem Thema in ihre eigenen Hände genommen.

Die Solidarität der Studenten mit dem Volk Vietnams zeigt sich bisher in konkreter Hilfe für die Befreiungsfront, in Demonstrationen und Aktionen. So wichtig diese Hilfe ist, so rasch sie vom Kauf von Medikamenten zum Kauf von Waffen fortschreitet, sie kann nichts Entscheidendes zum Sieg der Befreiungsfront beitragen.

Entscheidend ist vielmehr, ob wir den Kampf gegen die Unterdrücker in unserem eigenen Land aufnehmen werden. Wenn wir unsere soziale Basis, die Hochschulen verlassen, um für den Sieg des vietnamesischen Volkes zu demonstrieren, so erfahren wir unsere Isolation, die in der Klassengesellschaft begründet ist und durch massive Manipulation aufrechterhalten und verschärft wird. So laufen wir Gefahr, uns als verlängerten Arm der Befreiungsfront zu

verstehen und
bw.

unsere Aktionen als symbolische Angriffe gegen den Imperialismus zu verstehen, statt den Imperialismus w i r k l i c h zu bekämpfen. Dieser Kampf wird, wie Che Guevara auf Lenin fußend uns gezeigt hat, in den einzelnen Regionen der Erde mit dem Gewehr oder/und mit Massenaktionen der Unterdrückten geführt werden je nach dem Stand des Bewußtseins, daß verändernd in die objektiven Bedingungen ein- geht. ZU diesen Bedingungen gehört in Westdeutschland die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte im Rahmen eines aggressiven Systems, die Anwesenheit Vernichtungswaffen erzeugender Konzerne, der Umschlag von Kriegsmaterial und lebenswichtigen Gütern nach Vietnam, eine Regierung, die den US-Imperialismus massiv unterstützt.

ZU diesen Bedingungen gehört aber auch eine Arbeiterklasse, die in den einzelnen Schichten von Strukturkrisen betroffen ist, eine Ar- mee von unterdrückten Schülern, Lehrlingen und Studenten, eine kriti- sche Intelligenz, die nicht mehr bereit ist sich zu verkaufen. Hieraus resultiert das Problem, wie der antikapitalistische mit dem anti-impe- rialistischen Kampf zu verbinden ist. Diese Verbindung muß notwendig fragmentarisch bleiben, solange der Befreiungskampf nicht universal wird, bzw. in den abhängigen Massen ein Bewußtsein von der Notwendig- keit eines weltumspannenden Kampfes entsteht. Umso wichtiger ist es, daß die europäische Jugend Aktionen plant, die durch die Gleichzeitig- keit ihres Ablaufs internationale Solidarität sinnlich erfahrbar macht.

Diese Aktionen müssen folgende Ziele haben:

1. Demonstrationen und Blockaden vor den Produktionsstätten amerikanischer Konzerne, die Vernichtungswaffen herstellen, wie z.B. DOW'CHEMICAL (Napalm)
2. Organisationen von Streiks in Häfen, die kriegswichtiges Material oder kriegswichtige Güter umschlagen.
3. Organisation einer westeuropäischen Kampagne, die zur Desertation aus der amerikanischen Armee aufruft.
4. Aktionen und Demonstrationen gegen ausgesuchte Nato-basen im westeuro- päischen Bereich, um gegen die Verlängerung des Nato-Vertrages zu pro- testieren.
5. Gemeinsame Ausrüstung eines Schiffes, das Medikamente und Waffen nach Vietnam befördert.

Voraussetzung für diese Aktionen ist die Einsetzung eines koordinierenden Büros und einer Dokumentationszentrale, die notwendige Informationen sammelt,

KOMMILITONEN, IHR SEID AUFGEFORDERT, AM 17. UND 18. FEBRUAR NACH BERLIN ZU KOMMEN, EUCH MIT UNS ZU VEREINIGEN UND DEN KOORDINIERTEN KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS AUF EUROPÄISCHER EBENE AUFZUNEHMEN!!!

SDS SHB-LV Berlin HSU GSG SDS SHB-LV Berlin HSU GSG

AUFRUF AN DIE DEUTSCHEN HOCHSCHULEN ZUR TEILNAHME AN DER

INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ AM 17./18.FEBRUAR IN

BERLIN

In Hue kämpfen Soldaten der Nationalen Befreiungsfront und Studenten Seite an Seite gegen die eindringenden Ledernacken und ihre Hilstruppen. Die FNL hat, unterstützt von der Bevölkerung, in Saigon begonnen, die Staatsmaschinerie der Marionetten zu zerbrechen und revolutionäre Machtorgane zu bilden. Zahlreiche Städte Südvietnams wurden von der Herrschaft der US-Imperialisten befreit.

Amerikanische Bomber bombardieren jetzt neben nordvietnamesischen Städten und Dörfern, neben den befreiten Gebieten Südvietnams auch die Städte Südvietnams. Damit zeigt sich, was der Krieg in Vietnam in Wirklichkeit immer und ist: Ein Krieg imperialistischer Armeen gegen das bewaffnete Volk. Das Volk Vietnams belehrt uns jeden Augenblick, daß der Kampf gegen den scheinbar übermächtigen Imperialismus aufgenommen und erfolgreich zu Ende geführt werden kann. An den deutschen Hochschulen legen die Studenten den Weg von der moralischen Empörung bis zur Anerkennung dieser Tatsache zurück. Ihr Protest nimmt seinen Ausgang von einer abstrakten Vorstellung von Demokratie, an der die amerikanische Intervention in Vietnam gemessen wird. Die Studenten müssen erfahren, daß ihr Bedürfnis nach politischer Information und Diskussion bei der akademischen Administration in dem Augenblick auf Ablehnung stößt, wo es mit dem politischen Habitus der etablierten Parteien nicht mehr übereinstimmt. Die Vietnamveranstaltungen rufen das Hausrecht der Rektoren und die Polizei herbei. Sie entlarven das Geschwätz von der Autonomie der Hochschulen und führen uns vor Augen, in welcher Richtung sich die Machtverhältnisse bei der staatlich verordneten Hochschulreform bewegen werden.

Verloren geht auch die Vorstellung von der Objektivität der Wissenschaft. In ihrer Unwilligkeit und Unfähigkeit, die politischen und sozialen Grundlagen des Krieges zu analysieren, erweist sie ihren apologetischen Grundzug, wenn sie nicht gar zum direkten Liferanten der Imperialisten herabsinkt. Studenten haben bislang die grundlegenden Arbeiten über den Vietnamkrieg verfaßt und die Organisation der Lehrveranstaltungen zu diesem Thema in ihre eigenen Hände genommen.

Die Solidarität der Studenten mit dem Volk Vietnams zeigt sich bisher in konkreter Hilfe für die Befreiungsfront, in Demonstrationen und Aktionen. So wichtig diese Hilfe ist, so rasch sie vom Kauf von Medikamenten zum Kauf von Waffen fortschreitet, sie kann nichts Entscheidendes zum Sieg der Befreiungsfront beitragen.

Entscheidend ist vielmehr, ob wir den Kampf gegen die Unterdrücker in unserem eigenen Land aufnehmen werden. Wenn wir unsere soziale Basis, die Hochschulen verlassen, um für den Sieg des vietnamesischen Volkes zu demonstrieren, so erfahren wir unsere Isolation, die in der Klassengesellschaft begründet ist und durch massive Manipulation aufrechterhalten und verschärft wird. So laufen wir Gefahr, uns als verlängerten Arm der Befreiungsfront zu

verstehen und
bw.

unsere Aktionen als symbolische Angriffe gegen den Imperialismus zu verstehen, statt den Imperialismus **w i r k l i c h** zu bekämpfen.

Dieser Kampf wird, wie Che Guevara auf Lenin fußend uns gezeigt hat, in den einzelnen Regionen der Erde mit dem Gewehr oder/und mit Massenaktionen der Unterdrückten geführt werden je nach dem Stand des Bewußtseins, daß verändernd in die objektiven Bedingungen eingeht. Zu diesen Bedingungen gehört in Westdeutschland die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte im Rahmen eines aggressiven Bündnissystems, die Anwesenheit Vernichtungswaffen erzeugender Konzerne, der Umschlag von Kriegsmaterial und lebenswichtigen Gütern nach Vietnam, eine Regierung, die den US-Imperialismus massiv unterstützt.

Zu diesen Bedingungen gehört aber auch eine Arbeiterklasse, die in einzelnen Schichten von Strukturkrisen betroffen ist, eine Armee von unterdrückten Schülern, Lehrlingen, und Studenten, eine kritische Intelligenz, die nicht mehr bereit ist sich zu verkaufen. Hieraus resultiert das Problem, wie der anti-kapitalistische mit dem antiimperialistischen Kampf zu verbinden ist. Diese Verbindung muss notwendig fragmentarisch bleiben, solange der Befreiungskampf nicht universal wird bzw. in den abhängigen Massen ein Bewußtsein von der Notwendigkeit eines weltumspannenden Kampfes entsteht. Um so wichtiger ist es, daß die europäische Jugend Aktionen plant, die durch die Gleichzeitigkeit ihres Ablaufs internationale Solidarität sinnlich erfahrbar macht. Diese Aktionen müssen folgende Ziele haben:

1. Demonstrationen und Blockaden vor den Produktionsstätten amerikanischer Konzerne, die Vernichtungswaffen herstellen wie zum Beispiel **DOV - CHEMICAL (Napalm)**
2. Organisation von Streiks in Häfen, in denen Kriegsmaterial oder kriegswichtige Güter umgeschlagen werden.
3. Organisation einer westeuropäischen Kampagne die zur Desertation aus der amerikanischen Armee aufruft.
4. Aktionen und Demonstrationen gegen ausgesuchte Nato-basen im westeuropäischen Bereich, um gegen die Verlängerung des Nato-Vertrages zu protestieren.
5. Gemeinsame Ausrüstung eines Schiffes, das Medikamente und Waffen nach Vietnam befördert.

Voraussetzung für diese Aktionen ist die Einsetzung eines koordinierenden Büros und einer Dokumentationszentrale, die die notwendigen Informationen sammelt.

KOMMILITONEN, IHR SEID AUFGEFORDERT, AM 17. und 18. FEBRUAR NACH BERLIN ZU KOMMEN, EUCH MIT UNS ZU VEREINIGEN UND DEN KOORDINIERTEN KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS AUF EUROPÄISCHER EBENE AUFZUNEHMEN !!!

SLS SHB-LV Berlin HSU SLS SHB-LV Berlin SLS HSU SHB-LV Berlin SLS HSU
GSG GSG GSG

GESUCHT: PRIVATQUARTIERE FÜR DIE VIETNAMKONFERENZ

E0702

Komilitoninnen und Komilitonen!

Für unsere Vietnamkonferenz am 17. und 18. Februar brauchen wir noch ganz nette Leute, die für eine oder zwei Nächte (16/17. Februar und 17/18. Februar) Gäste aus Westdeutschland oder dem Ausland aufnehmen könnten.

Ihr würdet uns damit wirklich sehr helfen und hättet außerdem die Möglichkeit interessante Kontakte aufzunehmen.

Wer also noch ein Bett (Couch) oder (eine) Luftmatratze(n) zur Verfügung hat, möge sich bitte so schnell wie möglich bei uns melden.

Adresse: Vorbereitungskomitee zur Vietnamkonferenz
Republikanischer Club

1 BERLIN 15
Wielandstr. 27
Tel. 8833174

Name:

Vorname:

Adresse:

Tel.

Bettenzahl:

Luftmatratzen:



E0702

Name:

Adresse:

Telefon:

Ich kam in der Nacht vom 16./17. Febr., 17./18., 18./19. Febr.
.....Personen aufnehmen.Luftmatrazen, Decken
werden benötigt.

Ich bin am 16. zwischen.....Uhr telefonisch/persönlich
am 17. zwischen.....Uhr telefonisch/persönlich zu
erreichen.

oder ich melde mich am 17. vormittags im Empfangsbüro in der TU,
Straße des 17. Juni, Seminarraum, II. Etage.

Es ist äußerst wichtig, daß die von Ihnen angegebenen Termine
eingehalten werden.

ES402
17.2.68

PROTESTERKLÄRUNG

Wir protestieren gegen das Verbot einer Demonstration anlässlich der am Wochenende in Westberlin stattfindenden Vietnam-Konferenz. Der Westberliner Senat stellt sich mit seiner Entscheidung eindeutig gegen die Verfassung Westberlins und gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik, die das Demonstrationsrecht der Bürger garantieren. Die Veranstalter der Demonstration haben angekündigt, daß sie ihr Recht wahrnehmen und die Demonstration diszipliniert auf der angegebenen Route durchführen wollen. Wir solidarisieren uns mit diesem Vorgehen. Wenn der Senat Westberlins seine rechtswidrige Entscheidung aufrechterhält und durch eine neue Polizeiaktion durchzusetzen versucht, muß seine Entscheidung als illegitime Provokation gegen demokratische Opposition, ihre Durchsetzung als bewußte Gewaltanwendung bezeichnet werden.

Unter anderem haben schon unterzeichnet

Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) -Dachorganisation
von 200.000 Studenten

Humanistische Studenten Union (HSU)

Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSB)

Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHE)

Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Sozialistischer Schüler (AUSS)

AStAs der Universitäten Frankfurt, Bochum, Freiburg, Hamburg,
West-Berlin FU, Tübingen, Köln

G. Feltrinelli (Mailand)

Aus der Redaktion Der Spiegel: Ariane Barth, Jochen Bölsche,
Manfred Eichel, Hermann L. Gremliza, Manfred Kohnke, Dietrich
Lachmund, Gerd Fuchs, Walter Schulz, Helmut Serge, Hans
Wolfgang Sternsdorff

Aus der Redaktion Frankfurter Rundschau: Anton Andreas Guha,
Peter Heinemann, Werner Reis, Roderich Reifenrath, Eckart Spee

Die Liste wird stündlich fortgesetzt... ..!

Europa und Vietnam

Lange, allzu lange hat die breite öffentliche Meinung in Europa sich zum Vietnam-Krieg in Schweigen gehüllt, von den Regierungen ganz zu schweigen. Diese Zurückhaltung muß endlich aufgegeben werden, denn die Europäer sind durch diesen Krieg zutiefst betroffen, und zwar in doppeltem Sinne des Wortes.

Moralisch wegen des unermesslichen menschlichen Leides, das der Krieg täglich erzeugt; allzu leichtfertig hatten die Europäer der trügerischen Hoffnung nachgegeben, daß nach ihren bitteren Erfahrungen mit zwei Weltkriegen das Interesse aller "guten" (und die Amerikaner gehören fraglos zu dieser Spezies) Menschen am Krieg überhaupt zu existieren aufgehört habe.

Politisch, weil in Vietnam die beiden Mächte konfrontiert sind, die in Europa Gleichgewicht und Frieden aufrechterhalten. Die von der SU und den USA in den letzten Jahren betriebene Koexistenzpolitik wird durch diesen Krieg auss-Schärfste bedroht. Eskaliert die Konfrontation zum Krieg zwischen beiden Mächten, dürfte das Schicksal Europas besiegelt sein.

Die Europäer dürfen nicht länger zu diesem unmenschlichen wie aufwendigen und gefährlichen Krieg ihres bedeutendsten Verbündeten und Partners schweigen, sie müssen endlich den Mut zu Kritik an ihm aufbringen.

Das von den Amerikanern propagierte Ziel des Krieges, die Freiheit der westlichen Welt zu verteidigen und "den Kommunismus" einzudämmen, wirkt unglaubwürdig, weil

- 1) die Intervention ein undemokratisches, unsoziales und korruptes Regime an der Macht erhält, welches nicht daran interessiert ist, die katastrophale soziale Lage des süd-vietnamesischen Volkes grundlegend zu ändern; Sozialismus ist in einem derartig unterentwickelten und noch von feudalen Strukturen beherrschten Land wie Vietnam nicht nur die wirtschaftlich gebotene sondern auch die gegenüber dem Kapitalismus humanere Gesellschaftsform!
- 2) verabscheuungswürdige Kriegsmittel wie die Bombardierung von Wohnhäusern, die Verwendung von Napalm, die Folterung von Gefangenen eingesetzt werden,
- 3) auf das Selbstbestimmungsrecht des süd-vietnamesischen Volkes, das in so starkem Maße mit dem Vietcong sympathisiert, keine Rücksicht genommen wird,
- 4) die USA in Südostasien eindeutig amerikanische machtpolitische, wenn nicht imperialistische Interessen verfolgen,
- 5) seitens der USA nicht überzeugend und radikal (d.h. mit der Bereitschaft zu Opfern, z.B. mit dem Opfer des "Gesichtsverlustes") die Beendigung des Kriegs verfochten wird; die Amerikaner, die in der Vergangenheit für eine

humane Entwicklung der menschlichen Gesellschaft so vieles geleistet haben und heute in der Welt an der Spitze des technischen und zivilisatorischen Fortschritts stehen, müßten durch ihr Beispiel deutlich machen, daß Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kein Mittel der Politik mehr sind.

Der EFS unterstützt daher den Vietnam-Kongreß am 17./18.2., der die Kritik an den USA durch eine große Demonstration artikulieren und sichtbar machen soll. Die Beteiligung an der Demonstration ist uns so mehr geboten, als der Berliner Senat durch sein Verbot desselben sowohl sein spezifisches Engagement an diesen Krieg als auch sein Verständnis von Demokratie erneut unter Beweis gestellt hat.

Wir protestieren gegen den nicht erklärten Krieg der Amerikaner in Vietnam wie gegen die erklärte Politik des Senats in Berlin!

Wir fordern zum zivilen gewaltfreien Widerstand auf!

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND . berlin

1 Berlin 33
Bismarckallee 46/48

E0702
17.2.68

KongressinformÄTION! Kongressinformation..Kongressinformation..Kongressinfo..

BLUTSPENDEAKTION FÜR DEN FNL

Die geplante Blutspendeaktion während des Kongresses muß aus rechtlichen und technischen Gründen leider ausfallen. Sie wird in anderer Form in der nächsten Zeit verwirklicht werden. Wer in den kommenden vier Wochen in Westberlin bleibt und bereit ist, Blut für den FNL zu spenden, den bitten wir, heute und morgen unter der Telefonnummer 8 86 45 99 (Dr. D. Herzog-Weisedel) Nam und Adresse anzugeben. Er wird dann über Ort und Zeit der Spendeaktion schriftlich informiert werden.

Ärztlicher Notdienst für Kongressteilnehmer

Heute von 12.00 bis 22.00 Uhr und morgen ab 14.00 Uhr stehen im Zimmer 2134 des TU-Hauptgebäudes, 2.Stock über dem Veranstaltungsraum zwei Sanitäter vom Arbeiter-Sanitärer-Bund und ein Arzt in Bereitschaft. Besonders ausländische Kongressteilnehmer können hier bei leichteren Erkrankungen (Grippe, Hals- und Kopfschmerzen) kostenlose Behandlung und Medikamente erhalten. Machen Sie, bitte, die ausländischen Teilnehmer auf diese Möglichkeit aufmerksam.

Chirurgischer Notdienst während der Demonstration

Es besteht zur Annahme, daß die morgen stattfindende und vom Senat verbotene Demonstration nicht spurlos an den Demonstrierenden vorübergehen wird. Deshalb haben Ärzte, die sich mit den Intentionen des Kongresses solidarisch erklärten beschlossen, an drei Stellen der Stadt chirurgische Notdienste einzurichten. Dort können kostenlos und ohne Formalitäten kleinere Verletzungen behandelt werden.

Diese chirurgischen Ambulanzen sind am Sonntag an folgenden Stellen zu finden:

Technische Universität, Hauptgebäude, Zi. 2134 ab 14.00Uhr
Republikanischer Club, Charlottenburg, Wielandstr. 27
ab 13.30 Uhr (je 20 m vom Kurfürstendamm wie vom Civaer
Platz entfernt)

Allgemeiner Studentenausschuss (ASTA) der Freien Universität Berlin, Dahlem, Garystr. 20, Politisches Referat ab 15.00 Uhr.

Wir hoffen, daß die Ärzte keine Arbeit haben werden.



Eoto2
18.2.68

Wie wird Berlin regiert

Überall in Westeuropa wird gegen den Krieg der USA in Vietnam demonstriert. Selbst die westeuropäischen Verbündeten der USA beginnen die amerikanische Kriegsführung zu verurteilen. Die Bombardierung der südvietnamesischen Städte und die Drohung des Einsatzes von taktischen Atomwaffen als strategische Antwort der amerikanischen Generale auf die Offensive der Befreiungsfront Südvietnams zeigt klar, daß die USA allein durch die Ausrottung der gesamten Bevölkerung den Krieg gewinnen können. Gegen dieses brutale Massaker und für den Sieg der Volksrevolution wird am Sonntag demonstriert.

Dem Senat aber dient die von der Polizei inszenierten Wasserspiele auf dem Kurfürstendamm als Vorwand zum Verbot dieser Demonstration.

Der Senat hat sich überhaupt auf das Regieren mit Verboten verlegt.

Er verbietet eine Vollversammlung der Kritischen Universität, das Springer-Hearing und die Internationale Vietnam-Konferenz — er konnte keines der Verbote aufrechterhalten.

Auch die Vietnam-Demonstration am Sonntag kann er nach der Berliner Verfassung nicht verbieten.

Mit seiner Verbotspolitik demonstriert der Senat seinerseits die Funktionslosigkeit Westberlins als Vorposten der „Freien Welt“. Da helfen auch keine prunkvollen Filmfestspiele und keine rauschenden Pressebälle, keine Grüne Woche und auch kein Karajan. Das ganze spektakuläre Theater hat nur den Zweck die Berliner Bevölkerung abzulenken von Preiserhöhungen und Lohnkürzungen, von Mieterhöhungen, Kurzarbeit und Arbeitsplatzverlust.

Die Berliner Politiker gefallen sich in großen Worten und kleinen Taten. Der Berliner Senat ist unfähig die Berliner Wirtschaft von Grund auf zu reformieren — es regiert das Parteibuch, Pöstchen werden verschoben, Schmiergelder verteilt, betrunkene Schwedlers randalieren auf dem Kurfürstendamm.

Schütz und Neubauer erkennen nicht, daß auch Sie ohne klares politisches Konzept so enden wie die Albertz, Duensing und Büsch. Sie haben nur begriffen, daß schon die Kritik weniger an der hilflosen Politik der etablierten Parteien die Planlosigkeit und Korruptheit des Apparates offenbar werden lassen.

Indem sie gemeinsam mit der Springerpresse versuchen, die Arbeiter gegen die Studenten aufzuhetzen, wollen sie diese Kritik zum Schweigen bringen. Indem sie drohen, die studentische Opposition gewaltsam zu unterdrücken, offenbaren sie ihre Politik gegen jede wirksame Opposition.

Das Verbot politischer Veranstaltungen der Studenten, Geheimspitzel in ihren Organisationen und an ihren Arbeitsplätzen, Polizeiaktionen gegen die innerparteiliche Opposition auf dem SPD-Parteitag, der militärische Aufmarsch der Polizei am Sonntag zeigen an, welche Richtung der Senat marschiert: die Opposition wird „abgeräumt“.

Verantwortlich: Ulrich Ströhler

Genehmigung beantragt für Demonstration vom Ku'Damm nach Dahlem am Sonntag, dem 18. 2., Näheres über Uhrzeit folgt.



Straße des Juni Nr.135

Tel. 31 07 81 App. 3361

32 53 43

TU Berlin · Studentenvertretung · 1 Berlin 12 · Hardenbergstr. 9a

An die ASTAs und Studentenvertretungen und die politischen
Referenten der Hoch - und Fachschulen und Universitäten.

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

1 Berlin 12, Hardenbergstr. 9a

Liebe Kommilitonen!

Zu der am 17. und 18. Februar bei uns in Berlin stattfindenden
Internationalen Vietnam Konferenz haben wir eine dringende Bitte.

In unserer Situation der Auseinandersetzung der Studentenschaft mit
überkommenen autoritären Strukturen in unserer Gesellschaft, deren
Auswirkungen wir bereits physisch erfahren, bedarf es einer intensiven
konkreten Zusammenarbeit und Solidarität der gesamten Studentenschaft
Europas, der Bundesrepublik und Westberlins.

Der Internationale Vietnam Kongress, von Studenten der westberliner
Universitäten vorbereitet und unterstützt, ist ein wichtiger Punkt
in unserer Auseinandersetzung mit unserer Gesellschaft und einer ihr
entsprechenden unkritischen Wissenschaft, deren ursprünglicher Humanitätsanspruch pervertiert ist zur Bereitschaft, Produzent unmenschlicher Waffen und Praktiken der Unterdrückung zu sein.

Zum anderen ist dieser Kongress eine wichtige Phase in unserer konkreten Auseinandersetzung hier in Berlin mit Senat, Bürokratie und Presse, die ihren autoritären und antidemokratischen Charakter in diesen Tagen dadurch offen zeigen, daß sie Versammlungen, Veranstaltungen und Demonstrationen der Studentenschaft verbieten, auf jede mögliche Art und unter Anwendung brutaler Polizeigewalt zu verhindern suchen oder diese Verhinderung unterstützen.

Wir bitten deshalb die Studentenschaft außerhalb Berlins und ihre Vertreter, unsere Aktivitäten der nächsten Wochen - wie Springer Hearing, Springer-Tribunal und den Internationalen Vietnam Kongress - aktiv durch Teilnahme und andere Maßnahmen zu unterstützen.

WIR BITTEN, EINEN DER BEIDEN AUFRUFE ZUM KONGRESS IN FORM VON FLUGBLÄTTERN UND AUF ANDERE ART AN DEN HOCHSCHULEN UND UNIVERSITÄTEN ZU VERBREITEN UND EINE TEILNAHME, EVTL. IN FORM VON DELEGATIONEN, AN DER KONFERENZ ZU ORGANISIEREN.

Mit Gruß und der Bitte um intensive Bemühungen

Studentenvertretung der Technischen
Universität Berlin
gez. Bünnemann - Referat f. Pol. Bildung

ASTA INFO

Kommilitonen!

Am 17.02. und 18.02.68 findet in Westberlin die Internationale Vietnam Konferenz statt. Die Studentenvertretung tritt am 17.02 (Sonntag) als Mitveranstalter auf. Zahlreiche Delegationen aus dem Ausland haben sich angemeldet. Die Universitäten der Bundesrepublik rufen die Studenten auf, am Kongress teilzunehmen.

Es werden viele Gäste erwartet, die untergebracht werden müssen. Wir bitten Sie, Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Fragen Sie auch Ihre Bekannten!

gez. Eberhard Udem
(2. Vors.)

Abtrennen und in der Studentenvertretung, Ref. f. Pol. Bildung abgeben

Name:

Adresse:

.....

Telefon:

Ich kann in der Nacht vom 16./17. Febr. 17./18. Febr. 18./19.02.

..... Personen aufnehmen. Luftmatratzen,

..... Decken werden benötigt.

Ich bin am 16. zwischen Uhr telefonisch/persönlich

17. zwischen Uhr telefonisch/persönlich

zu erreichen,

oder ich melde mich am 17. vormittags im Empfangsbüro in der TU.
Straße des 17. Juni 135, Seminarraum, II. Etage.

(Es ist äußerst wichtig, daß die von Ihnen angegebenen Termine eingehalten werden.)

Im Zeichen der Solidarität mit dem kämpfenden Volk Vietnam standen im Monat Februar zahlreiche Haupt- und Großstädte Europas.

In Westberlin fand am 17. und 18. Februar eine internationale Vietnamkonferenz statt, an der mehr als 4500 Gäste aus Westdeutschland und dem Ausland teilnahmen. Die Konferenz schloss mit einer Demonstration von mehr als 15000 Menschen. Im Zuge wurden Hunderte Plakate mit den Bildern Lenins, Ho Chi Minhs, Che Guevaras, Rosa Luxemburg und Karl Liebknechts sowie die roten Fahnen der Arbeiterbewegung und das blau-rote Banner der FNL mitgeführt. Auf Transparenten und in Sprechchören wurde der Rücktritt der pro-amerikanischen Schütz-Neubauer-Clique gefordert.

In Heidelberg war es drei Tage zuvor zu einer heftigen Demonstration gegen den USA-Imperialismus gekommen. Vom Amerikahaus waren die Demonstranten zum amerikanischen Hauptquartier gezogen. Sprechchöre wie "Johnson-Mörder", "Amis raus aus Vietnam" und "Desert from the Army" erklangen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen Demonstranten und amerikanischer Militärpolizei, die später von westdeutschen Polizeibeamten unterstützt wurde.

Fast 80 000 Menschen demonstrierten am Abend des 14. Februar in den Straßen von Paris. Im Zug, der sich von der Place de la Republique zur Bastille bewegte, wurden zahlreiche rote und FNL-Fahnen sowie Bilder Ho Chi Minhs und Che Guevaras mitgeführt. Am gleichen Tag fanden Demonstrationen statt in Lyon, Marseille, Nizza und Toulouse.

Im Anschluß an eine Solidaritätskundgebung zogen am Mittag des 18. Februar etwa 4000 Einwohner Roms von der Piazza Cavour zur Piazza Barberini. Mehrere hundert Menschen, darunter viele junge Leute mit roten Fahnen und Bildern Ho Chi Minhs und Mao Tse-tungs, versuchten im Anschluß an die "genehmigte" Demonstration zur amerikanischen Botschaft zu gelangen. In Sprechchören liessen sie Ho Chi Minh und Mao Tse-tung hochleben und forderten "due, tre, mili Vietnam!". An der Via Veneto kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Den Demonstranten, die sich mit Schlagringen und Knüppeln zur Wehr setzten, gelang es, drei "Ordnungshüter" ausser Gefecht zu setzen, darunter einen hohen Polizeioffizier und einen Agenten in Zivil. Die Schaufenster der American Export Lines und der US-Luftfahrtgesellschaft TWA wurden zertrümmert.

Eine Woche zuvor hatten mehrere tausend Einwohner Mailands an einer Protestdemonstration teilgenommen. Einige hundert Demonstranten ließen sich dabei vorm amerikanischen Konsulat zum Sitzstreik nieder und legten den Verkehr lahm. Anrückende Polizei wurde mit einem Hagel von Steinen empfangen. 23 Polizisten und ein amerikanischer "Tourist" wurden verletzt, zehn von ihnen erheblich. Drei junge Arbeiter und ein Student, alle vier Mitglieder einer militanten marxistisch-leninistischen Jugendgruppe, wurden verhaftet.

Gleiwitz - Tonking - Pueblo

US-Imperialismus - Weltfeind Nr. 1

Der Fall Gleiwitz ist aktenkundig. Als Grund zur Auslösung des II. Weltkrieges benutzten die Hitler-Faschisten den von ihnen inszenierten Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz. Ebenfalls aktenkundig ist jetzt der Fall Tonking, den die US-Imperialisten benutzten, um Nordvietnam mit Bomben, Raketen und Napalm zu überfallen und in Südvietnam ihre Invasion in großem Ausmaß zu starten. Der angebliche Überfall nordvietnamesischer Torpedoboote auf den US-Zerstörer "Madox" am 2. und 4.8. 1964 erwies sich - wie der J.W. Fulbrigt-Ausschuß bewies - als Schimäre, als schamloser Betrug der Weltöffentlichkeit. Die Pläne für den Angriff auf Nordvietnam und die Resolution, die Johnson dem Kongreß nach dem angeblichen Tonking-Zwischenfall vorlegte, waren schon Monate zuvor ausgearbeitet und formuliert worden. Von gleicher Lügenhaftigkeit war vor kurzem der Fall des Spionageschiffes "Pueblo", von dem die US-Imperialisten frech behaupteten, es habe in internationalen Gewässern operiert, von dem aber feststeht, daß es im Hoheitsgebiet Nordkoreas aufgebracht wurde.

Sie, die US-Imperialisten, sind voll und ganz in die Fußstapfen der Hitler-Faschisten getreten. Ob es sich nun im Erfinden kriegsauslösender Lügenberichte handelt, ob es darum geht, friedliche Völker zu überfallen oder an Brutalität und Terror die Kriegsverbrechen der Nazis in den Schatten zu stellen. Die faschistische Regierungsclique der USA hat sich zum Weltfeind Nr. 1 entwickelt, die mit Gewalt oder List, offen oder versteckt die Völker zu unterjochen trachtet. Schlagt diese Clique wo ihr sie trifft.

H. Günther

Dieser Polizei-Befehl wurde in einem Verwaltungsgerechtsverfahren veröffentlicht. Ein gemäß dieser Anordnung festgenommener Plaketkleber hatte ein Verfahren gegen den Polizeipräsidenten angestrengt. Er bekam recht. Das Verwaltungsgericht entschied: Diese Polizeimaßnahmen sind "nicht mit dem Grundgesetz vereinbar". Der Vertreter des Polizeipräsidenten verteidigte sich in der zweistündigen Verhandlung mit dem Argument, diese Praxis sei auch in der Bundesrepublik längst üblich. Auch an der Polizeischule würden solche Praktiken gelehrt.

Polizeiliche Maßnahmen anlässlich der "Internationalen Vietnam-Konferenz" in West-Berlin am 17./18. 2.1968

Wurden Flugzettel verteilt oder Plakate gesetzt pp., die zu der nicht genehmigten Demonstration am 18. 2.1968 aufrufen (Verstoß gegen § 110 StGB), so sind die Täter vorläufig festzunehmen, Flugzettel und Plakate pp. sicherzustellen bzw. zu beschlagnahmen. Täter, die ab 17. 2.1968, 00.01 Uhr, angetroffen worden, sind nach Klärung des Sachverhalts durch Art. 1 "bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen" (18. 2.1968 24.00 Uhr) in der PSch in polizeilicher Verwahrung zu halten (Art. 104 (2) GG i.V. mit § 15 PVG).

Allgemein bekannte potentielle Störer (Kommune-Mitglieder pp.) werden ab 18. 2.1968, 00.00 Uhr, (in jedem Falle nach Beendigung der Veranstaltungen in der TU) in polizeiliche Verwahrung genommen (federführend Abt.I) und bis zum 18. 2.1968, 24.00 Uhr, in der PSch untergebracht. Bewachung und Versorgung der eingebrachten Personen regelt PSch in eigener Zuständigkeit.

Gestellung von Weibl SP gemäß Weisung S 4."

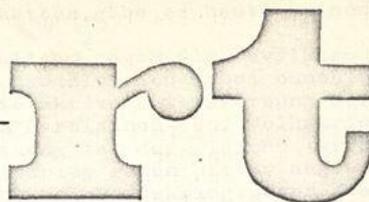
Der Polizeipräsident in Berlin vom 16. 2.1968)

402. Mecke

17.02.1968:

Das Neuer Roter Turm Schülerflugblatt Nr. 1 in Berlin, welches zu dem heute beginnenden Vietnamkongreß aufruft und eine Auflage von 20 000 Stück angibt, ist außer von der NRT-Gruppe noch unterzeichnet von: Unternehmen Caroline (unabhängige Berufsschülerzeitschrift), Politischer Arbeitskreis Berufsschulen, USG, Arbeitskreis Kritische

**Neuer Roter Turm
Schülerzeitschrift**



Schülerflugblatt Nr. 1
Auflage 20000

*zum Vietnam-Kongress
17./18. 2. '68*

Ihr Zeichen *

Berlin

Wer verteidigt unsere Interessen in Vietnam?

Nach Meinungsumfragen lehnt etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Vietnamkrieg ab. Zu gut sind den Älteren noch die Bombenangriffe des zweiten Weltkrieges im Gedächtnis. Amerika, das Vietnam nicht den Krieg erklärt hat, hat bis jetzt auf dieses kleine Land mehr Bomben geworfen als die Engländer und Amerikaner zusammen während des zweiten Weltkrieges auf Deutschland. Die Springer-Zeitungen kennen den Abscheu der Menschen vor dem Bombenterror versuchen diesen Krieg jedoch durch einige wesentliche Argumente zu rechtfertigen. Die wichtigsten seien genannt:

1. Die USA bekämpfen in Vietnam den Kommunismus.

Dazu muß man wissen, daß unter den Entwicklungsländern wie Vietnam die kommunistisch regierten (China, Nordkorea, Nordvietnam, Kuba) bisher die größten Erfolge in der Entwicklung der Wirtschaft und damit der Beseitigung des Hungers errungen haben. Auch treten in diesen Ländern Sozialismus und nationales Unabhängigkeitsstreben oft als eine Bewegung auf. So auch in Vietnam, wo die Kommunisten seit jeher am konsequentesten für die nationale Unabhängigkeit gekämpft haben - erst gegen die Franzosen, dann gegen die Japaner, dann wieder gegen die Franzosen und heute gegen die USA. Für Deutschland fordert der Westen freie Wahlen, in Vietnam haben die USA die im Genfer Abkommen vorgesehenen Wahlen verhindert: Präsident Eisenhower rechnete mit 80% der Stimmen für Ho Chi Minh.

2. Der Vietnamkrieg wurde durch eine Aggression des Nordens angeleitet. Auch diese Behauptung hält keiner Prüfung stand. Der Bürgerkrieg hatte eigentlich nie ein Ende gefunden. 1954 mußten zwar die regulären Vietminh-Truppen (Kommunisten und Nationalisten) nach Norden abziehen, aber die Partisaneneinheiten blieben zurück. Als die versprochene Wiedervereinigung von den USA und dem südvietnamesischen Präsidenten Diem hintertrieben wurde, wurde dieser ein Schreckensregime aufrichtete, das alle Bevölkerungsteile, gingen die Verfolgten in den Dschungel. 1960 wurde die Nationale Befreiungsfront (Vietkong) gegründet, ein Zusammenschluß aller sozialistisch und nationaldemokratischen Gruppen.

Nordvietnamesische Gruppen griffen erst ein, nachdem die USA mit der Annahme der Bombenangriffe gegen den Norden den Krieg ausgedehnt hatten.

3. Krieg ist immer grausam, und auch der Vietkong tötet.

Beides ist an sich richtig. Allerdings gibt es Situationen, die so unerträglich sind, daß ein Volk die Opfer des Krieges weniger schrecklich als den "Frieden" empfindet. In Vietnam gab es unter Diem Unterdrückung, Folterungen und Konzentrationslager. Die Landaufteilungen der Vietminh wurden rückgängig gemacht und den Bauern ihr Land wieder weggenommen. Ende 1964 lag das Saigoner Regime am Boden - trotz amerikanischer Unterstützung.

**Neuer Roter Turm Mitglied der Jungen Presse Ber.
Postscheckkonto: Bln West 2258 58**

Wenn die USA nicht massiv eingegriffen hätten, gäbe es heute keinen Krieg in Südostasien.

Die Befreiungsfront geht in der Tat gewaltsam gegen die Bevölkerungsteile vor, die mit den USA zusammenarbeiten. Es handelt sich dabei ohnehin nur um eine hauchdünne Oberschicht. Denn ohne die aktive Unterstützung der übergroßen Mehrheit des Volkes läßt sich ein Partisanen- und Volkskrieg überhaupt nicht führen. Der "Terror" der Vietkong ist der gleiche Terror, den die Widerstandsbewegungen im zweiten Weltkrieg gegen Hitler angewendet haben und den die Algeräer in ihrem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich praktiziert haben. So wehrt sich ein Volk gegen die größte Militärmacht aller Zeiten, gegen Napalmbomben und fremde Besatzung. Seit wann setzt man die Gewalt des Unterdrückten, die dieser anwendet, um sich zu befreien, gleich mit der Gewalt des Unterdrückers, die dieser gebraucht, um zu herrschen?

Müßten sich die führenden amerikanischen Politiker und Militärs heute vor dem Nürnberger Gerichtshof verantworten, der 1946 - wie wir meinen zurecht - die höchsten Nazi-Führer hinrichten ließ, so könnte das Urteil nur lauten: DEATH BY HANGING - Tod durch Erhängen!

Die Protestbewegung überall auf der Welt wächst; die meisten neutralen und manche westlichen Regierungen (z.B. die Frankreichs) erklären sich öffentlich für den Abzug der US-Truppen. In New York demonstrierten im April 1967 400000 Menschen. Politiker wie Fulbright und Bob Kennedy, aber auch der Neger-Führer Martin Luther King sprechen sich gegen den Krieg aus.

Die deutsche Regierung, die den Krieg unterstützt, ist die dieselbe, die hier die soziale Demontage der Unternehmer durch "Lohnleitlinien" absichern will, die den Arbeitnehmern zumutet, sich gegen den Angriff auf ihren sozialen Besitzstand nicht zur Wehr zu setzen. Unsere Parteien, die sich weigern, den schmutzigen Krieg zu verurteilen oder ihn sogar billigen, sind dieselben, die Notstandsgesetze vorbereiten, um der Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit zu nehmen, der Unternehmerwillkür entgegenzutreten. Der westberliner Senat, der meint, wir Berliner dürften nur etwas dagegen sagen, wenn Ulbricht wehrlose Menschen an der Mauer erschießt, nicht jedoch, wenn die USA in Vietnam ein ganzes Volk auszurotten drohen, ist derselbe, der für den Mord an dem wehrlosen Studenten Ohnesorg verantwortlich ist.

Die Springerzeitungen, die den Vietnamkrieg als Kampf für die Freiheit verherrlichen, versuchen hier, die Arbeitnehmer gegen die demokratische Studentenbewegung aufzuhetzen. Sie fürchten, die gemeinsamen Interessen könnten von ihnen erkannt werden.

Die amerikanische Industrie hat mit dem Völkermord in Vietnam ein Bombengeschäft gemacht; auch deutsche Firmen verdienen an dem Unterdrückungskrieg. Es sind dieselben Firmen, die deutsche Arbeitnehmer ausbeuten.

Laßt Euch nicht an der Nase herumführen! Es geht uns nicht darum, das stalinistische Bürokratenregime Ulbrichts zu rechtfertigen. Aber Springer rechtfertigt den Mord an vietnamesischen Kindern mit denen, die an der Mauer geschehen. Da machen wir nicht mit!

Die Herrschenden, Unternehmer und Politiker, verstehen den Kampf gegen Vietnam und die Arbeitnehmer im eigenen Land als Einheit. Wann werden die Beherrschten ihre Konsequenzen ziehen?

Am Sonntag werden in Berlin Tausende von jungen Arbeitern, Studenten und Oberschülern aus ganz Europa auf die Straße gehen.

Nicht gegen die Amerikaner, sondern für Vietnam! Für die Interessen Vietnams und für unsere eigenen Interessen!

NEUER ROTER TURM (Schülerzeitschrift) Unternehmen Caroline (Unabhängige Berufsschülerzeitschrift) Politischer Arbeitskreis Berufsschulen
Unabhängige Schülergemeinschaft Arbeitskreis Kritische Presse
ROTE SOPHIE (Schülerzeitschrift) Politische Arbeitsgemeinschaft an der Fritz Karsen-Schule Hanjo Breddermann (Schulsprecher)

NEUER ROTER TURM SCHÜLERFLUGBLATT Nr.1

Wer verteidigt unsere Interessen in Vietnam?

Nach Meinungsumfragen lehnt etwa die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung den Vietnamkrieg ab. Zu gut sind den Älteren noch die Bombenangriffe des 2. Weltkriegs im Gedächtnis.

Amerika, das Vietnam nicht den Krieg erklärte, hat bis jetzt mehr Bomben auf dieses kleine Land geworfen als die Engländer und Amerikaner zusammen während des 2. Weltkriegs auf Deutschland.

Die Springerzeitungen kennen den Abscheu der Menschen vor dem Bombenterror, versuchen diesen Krieg jedoch durch einige wesentliche Argumente zu rechtfertigen. Die wichtigsten seien genannt:

1. Die USA bekämpfen in Vietnam den Kommunismus.

Dazu muß man wissen, daß unter den Entwicklungsländern wie Vietnam die kommunistisch regierten (China, Nordkorea, Nordvietnam, Kuba) bisher die größten Erfolge in der Entwicklung der Wirtschaft und damit der Beseitigung des Hungers errungen haben. Auch tritt in diesen Ländern Sozialismus und nationales Unabhängigkeitsstreben oft als eine Bewegung auf. So auch in Vietnam, wo die Kommunisten seit jeher am konsequentesten für die nationale Unabhängigkeit gekämpft haben, erst gegen die Franzosen, dann gegen die Japaner, dann wieder gegen die Franzosen, und heute gegen die USA.

Für Deutschland fordert der Westen freie Wahlen, in Vietnam haben die USA die im Genfer Abkommen vorgesehenen Wahlen verhindert: Präsident Eisenhower rechnete mit 80% der Stimmen für Ho Chi Minh.

2. Der Vietnamkrieg wurde durch eine Aggression des Nordens eingeleitet. Auch diese Behauptung hält keiner Prüfung stand. Der Bürgerkrieg hatte eigentlich nie aufgehört. 1954 mußten zwar die regulären Vietminh-Truppen (Kommunisten und Nationalisten) nach Norden abziehen, aber die Partisanen-Einheiten blieben zurück. Als die versprochene Wiedervereinigung von den USA und dem südvietnamesischen Präsidenten Diem hintertrieben wurde, und dieser ein Schreckensregime errichtete, das alle Bevölkerungsteile traf, gingen die Verfolgten in den Dschungel. 1960 wurde die Nationale Befreiungsfront (Vietcong) gegründet, ein Zusammenschluß aller sozialistischen und nationaldemokratischen Kräfte.

Nordvietnamesische Truppen griffen erst in die Kämpfe ein, nachdem die USA mit der Aufnahme der Bombenangriffe gegen den Norden den Krieg ausgedehnt hatten.

3. Krieg ist immer grausam, und auch der Vietcong tötet.

Beides ist an sich richtig. Allerdings gibt es Situationen, die so unerträglich sind, daß ein Volk die Opfer des Krieges als weniger schrecklich empfindet als den "Frieden".

In Vietnam gab es unter Diem Unterdrückung, Folterungen und Konzentrationslager. Die Landaufteilung der Vietminh wurde rückgängig gemacht und den Bauern ihr Land wieder weggenommen. Ende 1960 lag das Saigoner Regime am Boden - trotz amerikanischer Unterstützung. Wenn die USA nicht massiv eingegriffen hätten, gäbe es heute keinen Krieg in Südostasien.

Die Befreiungsfront geht in der Tat gewaltsam gegen die Bevölkerungsteile vor, die mit den USA zusammenarbeiten. Es handelt sich dabei ohnehin um eine hauchdünne Oberschicht. Wenn ohne die aktive Unterstützung der übergroßen Mehrheit des Volkes läßt sich ein Partisanen- und Volkskrieg überhaupt nicht führen. Der "Terror" des Vietcong ist der gleiche Terror, den die Widerstandsbewegungen im 2. Weltkrieg gegen Hitler angewendet haben und den die Algerier in ihrem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich praktiziert haben. So wehrt sich ein Volk gegen die größte Militärmacht aller Zeiten, gegen Napalmbomben und fremde Besatzung. Seit wann setzt

man die Gewalt des Unterdrückten, die dieser anwendet, um sich zu befreien gleich mit der Gewalt des Unterdrückten an?

en, klar gleich

MÜßten sich die führenden amerikanischen Politiker und Militärs heute vor dem Nürnberger Gerichtshof verantworten, der 1946 - wie wir meinen zu Recht - die höchsten Naziführer hinrichten ließ, so könnte das Urteil nur lauten: DEATH BY HANGING - Tod durch Erlängen!

Die Protestbewegung überall auf der Welt wächst: Die meisten neutralen und auch manche westliche Regierungen (z.B. die Frankreichs) erklären sich öffentlich für den Abzug der US-Truppen. In New York demonstrierten im April '67 40000 Menschen. Politiker wie Fulbright und Bob Kennedy aber auch der Negroführer Martin Luther King sprechen sich gegen den Krieg aus.

Die deutsche Regierung, die den Krieg unterstützt, ist dieselbe, die hier die soziale Demontage der Unternehmer durch "Lohnleitlinien" absichern will, die dem Arbeitnehmer zumutet, sich gegen den Angriff auf seinen sozialen Besitzstand nicht zur Wehr zu setzen. Unsere Parteien, die sich weigern, den Krieg zu verurteilen oder ihn sogar billigen, sind dieselben, die Notstandsgesetze vorbereiten, um der Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit zu nehmen, der Unternehmerwillkür entgegenzutreten.

Der westberliner Senat, der meint, wir Berliner dürften nur dann etwas sagen, wenn Ulbricht wehrlose Menschen an der Mauer erschießen läßt, nicht jedoch, wenn die USA in Vietnam ein ganzes Volk auszurotten drohen, ist derselbe, der für den Mord an dem wehrlosen Studenten Ohnesorge verantwortlich ist.

Die Springerzeitungen, die den Vietnamkrieg als Kampf für die Freiheit verherrlichen, versuchen hier, die Arbeitnehmer gegen die demokratische Studentenbewegung aufzuhetzen. Sie fürchten, die gemeinsamen Interessen könnten von diesen erkannt werden.

Die amerikanische Industrie hat mit dem Völkermord in Vietnam ein Bombengeschäft gemacht, auch deutsche Firmen verdienen an dem Unterdrückungskrieg. Es sind dieselben, die auch in Deutschland ihren Profit auf Kosten der Lohnabhängigen absichern.

Laßt Euch nicht an der Nase herumführen! Es geht uns nicht darum, das stalinistische Bürokratseregime Ulbrichts zu rechtfertigen. Aber Springer rechtfertigt den Mord an vietnamesischen Kindern mit denen, die an der Mauer geschossen. Da machen wir nicht mit!

Die Herrschenden, Unternehmer und Politiker, verstehen den Kampf gegen Vietnam und die Arbeitnehmer in eigenen Lande als Einheit. Wann werden die Beherrschten ihre Konsequenzen ziehen?

Am Sonntag, dem 18.2.68, werden in Berlin Tausende von jungen Arbeitern, Studenten und Oberschülern aus ganz Europa auf die Strasse gehen. Nicht gegen die Amerikaner, sondern für Vietnam! Für die Interessen Vietnams und für unsere eigenen Interessen!

Die Demonstration findet statt:

am Sonntag um 14 h treffen wir und am Olivaer Platz!
Neuer Roter Turm (Schülerzeitschrift)
Unternehmen Caroline (Unabh. Berufsschülerzeitg.)
Politischer Arbeitskreis Berufsschulen
Unabhängige Schülergemeinschaft
Arbeitskreis Kritische Presse
Rote Sophie (Schülerzeitung)
Politische Arbeitsgemeinschaft der Fritz-Karsen-Schule
Hanjo Breddermann (Schulsprecher)

17.02.1968:

In Berlin gibt die [Kommune I, Berlin 12, Kaiser Friedrich Str. 54](#) die Schrift "Nr. 1" heraus mit dem Beitrag "Willkommen, Kanonenfutter" zum Vietnamkongress bzw. zum Demonstrationsverbot.

Q: Kommune Eins: Nr. 1, Berlin 17./18.2.1968

17.02.1968:

Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 25.4.1968) berichtet vom Prozeß wegen der heutigen Demonstration am Hauptbahnhof.

Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet, "am Semesterende fand zur Vorbereitung des Berliner Vietnamkongresses eine eindrucksvolle Solidaritätskundgebung für die vietnamesische Revolution statt, an der über 3000 Studenten, Schüler und Arbeiter teilnahmen. Eine Woche lang hatten SDSler jeden Morgen Flugblätter vor Hamburger Firmen und Fabriken verteilt, in denen die Vietnamberichterstattung der 'Bild'-Zeitung vom selben Tag richtiggestellt wurde, eine 'Anweisung zum richtigen Zeitunglesen', die vor allem bei den Hafendarbeitern Zustimmung fand."

Q: Zur Sache, Hamburg 25.4.1968, S. 3; Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 389

18.02.1968:

Zur Abschlußdemonstration des Vietnamkongresses in Berlin mit, laut 'Roter Morgen' mehr als 15 000 und laut SEW gar 30 000 Teilnehmern, wurde u.a. aufgerufen mit einem Flugblatt "So verteidigen die USA unsere Freiheit in Vietnam".

Für die Katholiken geben vermutlich im Vorfeld der Arbeitskreis Lateinamerika, der Arbeitskreis Kirche und Öffentlichkeit und die Unitas Stauffenberg ein Flugblatt "Vietnamdemonstration" heraus.

LSD, HSU, SHB, ESG, GSG, SDS und RC verbreiten vermutlich im Vorfeld das Flugblatt "Die Demonstration ist genehmigt".

Auf der Demonstration verteilt die U.S. Campaign das Flugblatt "Informationen von US-Bürgern über Vietnam" Nr. 2.

Das Vereinigte Sekretariat (VS) der Vierten Internationale wendet sich mit einem Flugblatt auf Deutsch und Französisch "An die Teilnehmer der internationalen Demonstration".

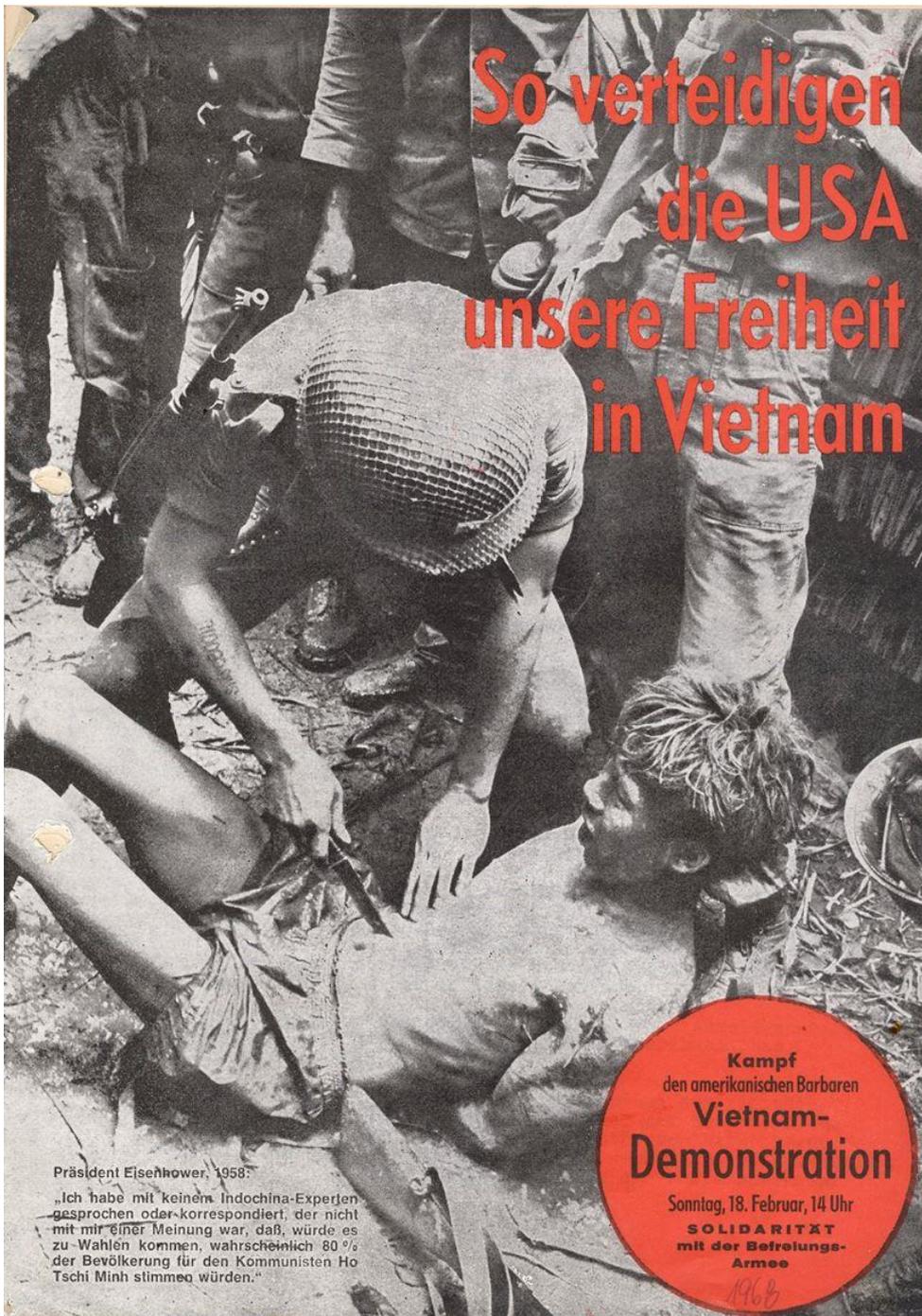
Eine vermutlich rechte Gruppierung veröffentlicht später, vermutlich auf der Gegenkundgebung, drei Fotos von der Demonstration mit jeweils dem Text auf der Rückseite.
Q: Roter Morgen, Hamburg März 1968, S. 9; N. N.: So verteidigen die USA unsere Freiheit in Vietnam, O. O. (Berlin) O. J. (1968); U. S. Campaign: Informationen von US-Bürgern über Vietnam, Berlin O. J. (1968); AK Lateinamerika et al.: Vietnamdemonstration, O. O. (Berlin) O. J. (1968); LSD et al.: Die Demonstration ist genehmigt, O. O. (Berlin) O. J. (1968); N. N.: drei Fotos, O. O. O. J.; Wahrheit Sonderausgabe, Berlin 19.2.1968; VS: An die Teilnehmer der internationalen Demonstration, Paris O. J. (Berlin)

WESTBERLIN, 17/18 FEBRUAR 1968

SO läutet es die
Freiheitsglocke: »...
Ich verspreche, jedem
Angriff auf die Frei-
heit und der Ty-
rannei Wider-
stand zu leisten,
wo immer sie
auftreten mögen«

DARUM: DEMONSTRATION
Sonntag, 18. Febr., 14⁰⁰h, gegen
die amerikanische BARBAREI
in VIETNAM

INTERN. VIETNAM-KONFERENZ

**So verteidigen
die USA
unsere Freiheit
in Vietnam**

**Kampf
den amerikanischen Barbaren
Vietnam-
Demonstration**

Sonntag, 18. Februar, 14 Uhr
**SOLIDARITÄT
mit der Befreiungs-
Armee**

1968

Präsident Eisenhower, 1958:
„Ich habe mit keinem Indochina-Experten
gesprächen oder korrespondiert, der nicht
mit mir einer Meinung war, daß, würde es
zu Wahlen kommen, wahrscheinlich 80 %
der Bevölkerung für den Kommunisten Ho
Tschü Minh stimmen würden.“

Informationen von US-Bürgern
über Vietnam

EA 02
18.2.68

2.

Überall in den USA wird der Vietnam-Krieg heftig diskutiert. Nicht nur Zivilisten sondern auch gut bekannte Militärs haben sich gegen die Vietnam-Politik unserer Regierung ausgesprochen. Hier sind einige Zitate von amerikanischen Soldaten.

General Matthew B. Ridgeway, Kommandant der US-Streitkräfte im Korea-Krieg (in der Zeitschrift "Look" vom 5. April 1967): "Ich glaube fest daran, daß nichts in der jetzigen Lage oder aber in unserem Ehrenkodex uns zwingt, ein kleines asiatisches Land zurück in die Steinzeit zu bombardieren."

Donald Duncan, früher "Special Forces" Oberfeldwebel, ausgezeichnet für Dienst in Vietnam: "Wir haben die Freiheit in Vietnam nicht gerettet. Es gab keine Freiheit zu retten. Offene Opposition gegen die Regierung bedeutete Gefängnis oder den Tod. Neutralismus wurde verboten und bestraft. Zeitungen, in denen der 'richtige' Kommentar fehlte, mußten ihr Erscheinen einstellen... Wir sind nicht die Freiheitskämpfer. Wir sind vielmehr die russischen Panzer, die die Hoffnungen eines asiatischen Ungarn zerstören."

General James Gavin, (Zeugenaussage vor dem US-Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten am 21. Februar 1967): "Bombenangriffe, die eine psychologische Wirkung dadurch zu erzielen suchen, daß Zivilisten getötet werden, sind ohne Zweifel zu verwerfen. Ebenso sind Angriffe auf Ziele in der Nähe dichtbesiedelter Gebiete, bei denen Zivilisten umkommen, vom militärischen wie vom moralischen Standpunkt zu verwerfen... Ich glaube, daß wir mit Hanoi und der Nationalen Befreiungsfront verhandeln können, im Vertrauen darauf, daß ein freies, neutrales und unabhängiges Vietnam gebildet werden kann, dessen Stabilität von einer internationalen Organisation garantiert wird."

General David M. Shoup, ehemaliger Kommandant des Marine Corps (in Los Angeles am 14. Mai 1966): "Ich glaube, ließen wir nur unsere schmutzigen, geldgierigen Finger von diesen Ländern voller unterdrückter Menschen, daß dann diese Menschen eine eigene Lösung ihrer Probleme finden würden; eine Lösung, die sie selbst entwerfen und wollen, für die sie kämpfen und arbeiten würden. Und wenn ihre Revolution unglücklicherweise eine von der gewaltsamen Sorte sein muß, weil die Reichen sich weigern, in Frieden mit den Habenichtsen zu teilen, dann wird das, was sie erreichen, wenigstens ihren eigenen Stil und nicht den 'amerikanischen Stil' haben, den sie nicht wollen, und erst recht nicht, wenn er ihnen von Amerika in den Rachen gestopft wird."

General Hugh B. Hester (am 8. Mai 1967): "Ich kenne keine passendere und würdigere Aufgabe für Männer, die ihre Ergebenheit und Loyalität dem amerikanischen Volk gegenüber dadurch bewiesen haben, daß sie ihr Leben im Kampf riskierten, als gegen den gefährlichen und unnötigen Krieg zu protestieren, den die Regierung Johnson dem Volk von Vietnam aufzwingt. Ich glaube, indem sie das tun, üben sie die höchste Form von Patriotismus."

Verteilt durch die U. S. Campaign 1 Berlin 12, Niebuhrstr. 64
Tel. 31 88 34 Geöffnet 16.00-18.00 und 20.00-22.00 Uhr täglich.
eine unabhängige amerikanische Gruppe für den Frieden in Vietnam.

Weitere Informationen über Vietnam bietet die U.S.Campaign an. Ergänzende Flugblätter sind erhältlich. Diskussionen und Vorträge in deutscher Sprache sind ebenfalls leicht festzusetzen. Wir laden berufliche, sportliche, kirchliche, jugendliche und sonstige Gruppen in Berlin ein, sich mit Mitgliedern der Campaign über Vietnam zu unterhalten. Schicken Sie uns eine Karte oder rufen Sie uns an. Verantwortlich: P. R. Standish, 1 Berlin 12, Putbusser Str. 32.

VIETNAMDEMONSTRATION

"Jetzt muß Frieden werden".

"Später ist Friede vielleicht nur mit ungeheuren Verlusten
und mit einem grauenhaften Zusammenbruch zu erkaufen..."

(Paul VI, 15.9. 66)

Dieser Zusammenbruch ist heute eingetreten. Das Volk von Vietnam steht
nach 20 Jahren Krieg vor seiner Physischen Vernichtung.

Die katholische Kirche in der BRD und in Berlin schweigt.
Wir demonstrieren.

Die Vietnamdemonstration ist notwendig:

Die Amerikaner versuchen, selbst um den Preis des Völkermords das
vietnamesische Volk zu "befreien".

Das konforme Schweigen der Machträger in Gesellschaft und Kir-
che unterstützt die grauenhafte Kriegführung der Amerikaner.
Die Bevölkerung der BRD und Berlins muß durch Demonstrationen
über den wahren Sachverhalt informiert werden.

Wacht das schlafende Gewissen der deutschen Christen erst wieder auf,
wenn es zu spät ist?

Angesichts der administrativen Maßnahmen des Berliner Senats
muß jeder entscheiden, ob er sich ausschließen darf. Die Berli-
ner Polizei kann gewalttätig sein. Wir sind gegen Gewalt!

Entscheiden Sie sich!

Arbeitskreis Lateinamerika
(Fahlbusch, SHB Heim)

Arbeitskreis "Kirche und Öffentlich-
keit" (Schäfer, Yorckstr. 89)
Unitas Stauffenberg

DIE DEMONSTRATION IST GENEHMIGT

ED 702

Neuer Organisationsplan:

SAMMELN WIE VORGESEHEN: Die Gruppen treffen sich wie geplant und gehen von den geplanten Treffpunkten aus auf den Kurfürstendamm in Richtung Olivaer Platz. Dort wird um 14 Uhr auf dem Kurfürstendamm zwischen Wieland- und Leibnizstraße auf der Höhe des Olivaer Platzes der Demonstrationzug gebildet.

Route: Kurfürstendamm - Joachim-Friedrich-Str. - Holtzendorffstr. - Fricbergstr. - Windscheidstr. - Bismarckstr. - DEUTSCHE OPER.

KUNDGEBUNG VOR DER DEUTSCHEN OPER

PROGRAMM:

Verlesen der Resolution und Abstimmung

Es sprechen:

Vertreter der FLN

Sprecherin der amerikanischen Protestbewegung

SUSAN EANET

Vertreter der Kirche:

DR. FRIEDRICH WILHELM MARQUART

ERICH FRIED

Vertreter der IG Metall

RUDI DUTSCHKE

JOHANNES AGNOLI

ERNEST MANDEL

AUFKLÄRUNGSAKTION MIT FLUGBLÄTTERN

Im Anschluß an die Kundgebung werden wir in kleinen Gruppen im amerikanischen Sektor Flugblätter verteilen.

Schwerpunkte: Zehlendorf, Steglitz, Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Neukölln, Dahlem.

Die Flugblätter werden während und nach der Kundgebung ausgegeben.

Die auf Neubauers Befehl handelnde Polizei ist nicht das Objekt der Aktion. Daher: Keine Kranzler-Wasserspiele!
WASSERSPIELE SIND FÜR DEN ANGESCHLAGENEN BERLINER SENAT DIE LETZTE MÖGLICHKEIT, SICH VOR DEM STURZ ZU RETTEN!

LSD HSU SHB ESG GSG SDS Republikanischer Club

18.2.68

An die Teilnehmer der Internationalen Demonstration

Eoto2
18.2.68

Genossen,

Ihr seid aus zahlreichen europäischen Ländern gekommen, um Eure bedingungslose Unterstützung der vietnamesischen Revolution - Frontlinie der Weltrevolution - zu demonstrieren.

Die Vierte Internationale, gegründet durch Trotzky, begrüsst diese Manifestation, die an der Spitze aller bis heute in Europa stattgefundenen Kämpfe zur Unterstützung der vietnamesischen Revolution steht.

Diese Demonstration zeigt in eindrucksvoller Weise die Stärke der revolutionären Jugend heute. Sie findet zu einer Zeit statt, in der die heldenhaften Kämpfer Vietnams schlagende Erfolge erzielen.

Der Umfang der Offensive, der Heroismus der Kämpfer und der Aufstand der Arbeitermassen in den Städten beweist einmal mehr, dass die FNL die Unterstützung der Bevölkerung Südvietnams besitzen. Einer ungeheuren Flut von Feuer und Eisen, die sich über dieses Land ergossen hat, haben die Menschen Vietnams mehr als Widerstand geleistet. Dieser Heroismus ist ein Beispiel ohne Gleichen für das, was ein bewusstes Volk im Kampf um seine nationale und soziale Unabhängigkeit erreichen kann.

Mehr als je ist es nun notwendig, dass die Hilfe das Stadium friedlicher Demonstrationen, Geld- und Medikamentensammlungen überschreitet, so nützlich und notwendig dies auch weiterhin sein mag.

Um den Anforderungen des Kampfes des vietnamesischen Volkes zu genügen, muss die internationale Solidarität die amerikanische Kriegsmaschine ständig bedrängen, dem Beispiel der australischen Hafentarbeiter und der japanischen Gewerkschaften folgen und das Be- und Entladen oder den Transport von amerikanischen Truppen oder Munition verweigern, durch härter und härter werdende Manifestationen und Streiks die Regierungen aller kapitalistischen Länder zwingen, jegliche direkte oder indirekte Hilfe an die amerikanische Kriegsmaschine zu verweigern, alle Waffenlieferungen an imperialistische, konterrevolutionäre Armeen, die in den Krieg in Vietnam verwickelt sind, verhindern, unter den amerikanischen Truppen die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes verbreiten.

Das Beispiel des kleinen Landes der Volksrepublik Korea hat uns eindeutig bewiesen, wie Recht diejenigen haben, die nachdrücklich eine "Gegenskalation" der antiimperialistischen Kräfte der Welt verlangen. Es zeigt, dass der amerikanische Imperialismus durch Gegenschläge ausserhalb Vietnams erschüttert werden kann, und dass der Aufruf Che Guevaras zur Schaffung von "zwei, drei, vielen Vietnams" - weit davon entfernt, unverantwortlich oder romantisch zu sein - mit den Möglichkeiten und den Forderungen der Gegenwart übereinstimmt.

Der Kampf gegen den Imperialismus muss in Europa folgende Formen annehmen : radikaler Kampf gegen die Nato ; unerbittliche Denunzierung der Pseudosozialisten Mitterand, Wilson und anderer Willy Brandts, die sich heute als Komplizen des amerikanischen Imperialismus entpuppen ; Ausbreitung des Kampfes gegen das eigene Bürgertum, welches heute in der einen oder anderen Weise dem amerikanischen Imperialismus Hilfe leistet.

Hier in Berlin, inmitten eines imperialistischen Krieges, haben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit der alten reformistischen Führung der Sozialdemokratie gebrochen, um dem proletarischen Internationalismus treu zu bleiben. Ihr Beispiel lebt noch heute.

Wir brauchen neue revolutionäre Führungen, um den Imperialismus aufzuhalten und den Kapitalismus zu stürzen.

Vorwärts zum Sieg des heroischen Vietnam !
Es lebe die sozialistische Weltrevolution !

o Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale

Pierre Frank, 95 rue du Faubourg St. Martin, Paris 10, Frankreich
Lest die revolutionär-marxistische Presse :

- | | |
|---|--|
| "Quatrième Internationale"
E. Decoux | 95, rue Faubourg St. Martin - Paris 10
- 259 rue de la campinaire, Pont du Loup,
Belgien |
| "Die Internationale"
Lothar Böpple | - 68 Mannheim-Waldhof, Nauheimstr. 19 |
| "Bandiera rossa" | - cas.postale 6158, Rom, Italien |
| "World Outlook" | - POB 635, Madison Square Station New York,
N.Y. 10010, USA |
| "Socialistisk Information" | - Tema, Guldborgvej 28, Kopenhagen F. Dänemark |
| "Pioneer Book Service" | - 8 Toynbee Str. London E 1, England |
| "Perspectiva Mundial" | - Apdo, Postal 27-509, Mexico 7 D.F. Mexiko |

Aux jeunes rassemblés à Berlin le 17-18 février 1968

Venus de nombreux pays d'Europe, vous manifestez ici votre soutien totale à la révolution viet-namienne, tranchée avancée de la révolution mondiale.

La Quatrième Internationale, fondée par TROTSKY, salue fraternellement cette démonstration qui se place à l'avant-garde de toutes les luttes menées jusqu'ici en Europe pour le soutien de la révolution vietnamienne.

Cette manifestation illustre la force grandissante que représente aujourd'hui la jeunesse révolutionnaire. Elle se déroule dans une période où les héroïques combattants de la liberté remportent au Viet-Nam des succès éclatants.

L'ampleur de l'offensive, l'héroïsme des combattants, le soulèvement en masse des travailleurs des villes, confirment une fois de plus que le F.N.L. bénéficie du soutien du peuple travailleur du Sud-Vietnam. Malgré l'extraordinaire déluge de feu et de fer qui s'abat sur ce pays, le peuple Vietnamien a fait mieux que résister. Son héroïsme est un exemple sans précédent de ce que peut réaliser un peuple qui est conscient de combattre pour son émancipation nationale et sociale.

Plus que jamais, dans ces jours de combats, le devoir le plus pressant pour le mouvement ouvrier international est de venir en aide, immédiatement, à la révolution vietnamienne.

Plus que jamais, il est nécessaire que cette aide dépasse le stade des manifestations tranquilles, des collectes d'argent et de médicaments, si utiles et nécessaires qu'elles soient par ailleurs.

Pour être à la hauteur des exigences posées par la lutte du peuple vietnamien, la solidarité internationale doit harceler sans cesse la machine de guerre américaine, suivre l'exemple des dockers australiens et des syndicats japonais, refuser le chargement, le déchargement ou le transport de troupes ou de munitions américaines, forcer par des manifestations et des grèves de plus en plus dures les gouvernements de tous les pays capitalistes à refuser toute aide directe ou indirecte à la machine de guerre yankee, empêcher toute fourniture d'armes aux armées impérialistes contre-révolutionnaires engagées dans la guerre du Vietnam, populariser auprès des troupes américaines la juste cause du peuple vietnamien.

../.

Aux jeunes rassemblés à Berlin le 17-18 Février 1968 - 2.

L'exemple de la petite République Populaire de Corée a par ailleurs nettement démontré combien avaient raison ceux qui réclamaient une vigoureuse "contre-escalade" des forces anti-capitalistes de par le monde.

Il démontre que l'impérialisme américain est décontenancé par des ripostes qu'il subit ailleurs qu'au Vietnam, et que l'appel de "Che" Guevara en faveur de la création d'un deuxième, un troisième Vietnam", loin d'être irresponsable ou romantique, correspond aux possibilités et aux nécessités de l'heure.

En Europe, la lutte contre l'impérialisme doit passer par une lutte radicale contre l'OTAN, par la dénonciation sans pitié des pseudo-socialistes tels que Mitterand, Wilson et autres Willy Brandt, complices de l'impérialisme américain ; par le développement du combat contre sa propre bourgeoisie qui, d'une façon ou d'une autre, aide l'impérialisme américain.

Ici, à Berlin, en pleine guerre impérialiste, Karl Liebknecht et Rosa Luxembour ont rompu avec la vieille direction réformiste pour rester fidèles à l'internationalisme prolétarien. Leur exemple reste toujours vivant.

- Pour barrer la route à l'impérialisme,
- Pour renverser le régime capitaliste, il nous faut créer de nouvelles directions révolutionnaires ;

En avant pour la victoire du Vietnam héroïque !

Vive la révolution socialiste mondiale !

Le secrétariat unifié de I à IV^e Internationale.

IV^e Internationale P. Frank 95, rue du Faubourg St. Martin - Paris 10^e - France
E. DECOUX, 259, rue de la campinaire, Pont de Loup (Hainaut) Belgique.
Bandiera rossa, cas. postale 6158 - Roma - Italie.



Zum umseitigen Bild

Am 17. und 18. Februar fand eine internationale Vietnam-Konferenz statt. Viele erblicken in diesem Kongreß noch immer eine Demonstration für den Frieden in Vietnam.

Worum es dem Veranstalter – dem SDS – geht, erhellt unmißverständlich der Aufruf zu dieser Konferenz. Darin heißt es u. a.:

„Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs ist es, nicht um einen Kompromißfrieden mit dem Imperialismus auf Kosten der vietnamesischen Revolution zu bitten, sondern auf der Grundlage des FNL-Programms mit aller Kraft für den Sieg der vietnamesischen Revolution zu arbeiten . . .

Die aktuellen Ziele des Kampfes sind: der Kampf gegen das atlantische Bündnis und die NATO. Die Intensivierung des Klassenkampfes, der sich vor allen Formen der Integration der Arbeiterbewegung hüten und sich das Problem der Eroberung der Macht stellen muß. Die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideologie, die dem Imperialismus in die Hände arbeitet und die Arbeiterbewegung gleichzuschalten beabsichtigt.“

Am Sonntag, dem 18. Februar, fand eine Abschlußdemonstration statt. Diese Demonstration stand ganz im Zeichen der Konferenz, also der Propagierung kommunistischer Ziele, Parolen, Losungen und Sprechchöre.

Hier einige Beispiele:

„Die Senatsfaschisten muß das Volk ausmisten!“

„Lee Harvey Oswald, wir brauchen dich 1968!“

„Alles ist die gleiche Scheiße: Notstand oder weiße Kreise!“

„Schütz schützt Völkermord!“

„Hängt Johnson oder Springer!“

„Johnson ist ein Mörder!“

„Neubauer, Schütz & Co. – Komplizen hier und anderswo!“

„Vietnam den Vietkong!“

„Arbeiterrat statt Unternehmerstaat!“

Außerdem wurden die Köpfe von Guevara, Lenin und anderen kommunistischen Vertretern gezeigt, darunter auch die Bilder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. In den Sprechchören hieß es: „Wer hat uns verraten; Sozialdemokraten!“ oder: „Das Volk beschißt er, unser Bürgermeister!“



Berlin, 19. Februar 1968

Kostenlos

30 000 demonstrierten für Frieden und Freiheit des vietnamesischen Volkes

Gerhard Danelius: Glücklich über diese Stunde demokratischer Gemeinsamkeit

Berlin (Eigenbericht). Unmittelbar nach Abschluß der Demonstration gab der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Gerhard Danelius, folgende Erklärung ab:

„Die Vietnam-Demonstration am 18. Februar war eine machtvolle Manifestation der antimperialistischen, demokratischen und sozialistischen Kräfte unserer Stadt. Das Beispiel gab uns das vietnamesische Volk selbst, das seine Erfolge im Kampf wie in der Errichtung der neuen Volksmacht in Südvietnam dem Zusammenwirken von Kommunisten und Buddhisten, dem Bündnis des städtischen Proletariats und der Bauernschaft, der alten und der

jungen Intelligenz des Landes zu danken hat. Die andere Voraussetzung des Erfolges im antimperialistischen Kampf, die sich jetzt ebenfalls bestätigt, ist die weltweite Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte und hier vor allem der stärksten Kraft des Fortschritts im Weltmaßstab, der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Völkervereinigung.

Während in diesen Ländern sich die Einheit von Volk und

Regierungswille bewährt, stehen wir auf dem Boden Westberlins vor der Tatsache, daß ein Regierender Bürgermeister die Normen der Bonner Regierungspolitik und damit die Unterstützung des USA-Krieges gegen das Volk von Vietnam höher stellt als die Normen der Menschlichkeit und des Friedens, höher stellt als die Normen der Westberliner Verfassung, die er selbst beschworen hat, höher stellt als das Wollen der Mehrheit unserer Bevölkerung, ja sogar

der Mitglieder seiner eigenen Partei.

Wo anders konnte in dieser Stunde der Platz der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins sein als bei den Gegnern des Vietnamkrieges, an der Seite derer, die für die politischen Ideale der Arbeiterbewegung und der Intelligenz, für den humanistischen Geist, gegen eine antihumane Macht antrat!

Da wird von Gefährdung der Sicherheit geredet. Es hat sich aber erneut bestätigt: Nicht die die für den Frieden des vietnamesischen Volkes und damit für die Erhaltung des Weltfriedens auf die Straße gingen, sind eine Ge-

fahr für diese Stadt. Die Sicherheit und die Zukunft dieser Stadt bedroht derjenige, der an Stelle einer Friedensdemonstration die Straßen unserer Stadt und die Menschen unserer Stadt zu neuen Provokationen gegen die DDR mißbrauchen will!

Unsere Partei schätzt sich glücklich, in dieser Stunde die Gemeinsamkeit mit den Kriegsgegnern und dem heldenhaften vietnamesischen

Volk zu erleben und zu demonstrieren. Die wachsende Einheit und Stärke der antifaschistischen, sozialistischen und demokratischen Kräfte unserer Stadt beweist: Es ist möglich, eine Politik des Friedens, der Entspannung und Verständigung, des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und geistigen Fortschritts Geltung zu verschaffen.“

Ein kilometerlanger, gewaltiger Zug

Parteivorsitzender der SED-W Seite an Seite mit Arbeitern und Studenten

Berlin (Eigenbericht). In einem unüberschaubaren kilometerlangen Zug demonstrierten am gestrigen Sonntagmittag über 30 000 Gegner des barbarischen US-Krieges in Vietnam vom Kurfürstendamm über die Joachim-Friedrich-Straße zum Ort der Abschlußkundgebung, der Deutschen Oper in der Bismarckstraße. Mehrere Stunden lang währte die Demonstration vor allem junger Menschen unserer Stadt, an ihrer Seite Streiter gegen den amerikanischen Ausrottungsfeldzug aus vielen Ländern und aus der Bundesrepublik.

Unzählige Fahnen der süd-vietnamesischen Befreiungs-

front und rote Fahnen der Arbeiterklasse wogen neben Porträts von Ho-Chi-Minh, Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg über den Köpfen. Transparente in vielen Farben und in mehreren Sprachen brachten die Forderungen des machtvollen Zuges zum Ausdruck: „Schluß mit dem Krieg in Vietnam!“, „Vietnam den Vietnamesen“, „Amis raus aus Saigon“, „Es lebe die FNL“, „Solidarität mit Vietnam“, „USA-Bürger fordern Einstellung der Bombenangriffe auf Vietnam“, „USA = Mörder“, „USA verteidigen die Freiheit der Profiteure“, „Schluß mit der Volksausrottung in Vietnam“. Der Regierende Bürgermeister wurde angeprangert: „Schütz schützt Völkermord“, ein anderes gro-

bes Transparent trug die Aufschrift: „Kein Bündnis mit Völkermördern — Heraus aus der NATO!“

In vorbildlicher Geschlossenheit

In der disziplinierten, in vorbildlicher Geschlossenheit demonstrierenden Menge marschierten auch der Parteivorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Gerhard Danelius, und weitere Mitglieder des Parteivorstandes. Die Freie Deutsche Jugend von Westberlin zog Schulter an Schulter mit Mitgliedern des SDS, des SIB, der Evangelischen Studentengemeinde und vieler anderer Verbände durch die Straßen. Sozialdemo-

kratische Funktionäre und Mitglieder, die sich gleichfalls in die Marschsäule eingeordnet hatten, trugen gelbe Plakate mit der Aufschrift: „Ich protestiere gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam. Ich bin Sozialdemokrat“ und zeigten auf diese Weise, was sie von Klaus Schütz und der SPD-Spitze, die sich hinter die US-Barbarei stellen, halten.

Immer wieder

„Die Internationale“

Die Kraft und die Zuversicht, die von Anfang an über dem Demonstrationzug lagen, kamen in Freiheitssängern und der „Internationalen“ zum Ausdruck, die immer wieder angestimmt wurden und von nach-



(Fortsetzung auf Seite 2)



Inmitten des riesigen Demonstrationzugs der Gegner des US-Krieges in Vietnam auf dem Kurfürstendamm: Gerhard Danelius, Parteivorsitzender der SED-W

Über beide Straßenseiten des Boulevards hinweg bewegte sich der Zug der Dreißigttausend durch ein dichtes Spalier von zumeist sympathisierenden Berlinern. Noch nie sah Westberlin eine so machtvolle Demonstration wie diesen eindrucksvollen Aufmarsch gegen den barbarischen Krieg der USA in Vietnam und seine Befürwortung durch den Schütz-Senat

Kongreß der Solidarität mit dem kämpfenden Volk Vietnams

Eindrucksvolle Manifestation der progressiven Jugend

In unser aller Sache

„Die Wahrheit“ erschien am Sonnabend unter der Schlagzeile „Schütz-Senat begeht Verfassungsbruch!“ Diese an das demokratische Gewissen aller Werktätigen und studierenden Westberliner gerichtete Stellungnahme unseres Parteivorstandes Gerhard Danelius war unmittelbar nach der empörenden Pressekonferenz des Regierenden Bürgermeisters, der das Demonstrieren verboten aufrechterhalten hatte, abgegeben worden.

„Verbot ist rechtswidrig“ lautete in der gleichen Ausgabe die Überschrift zu dem am Freitag ergangenen Verwaltungsgerichtsurteil, das dem Polizeipräsidenten die Rechtswidrigkeit eines Demonstrierensverbotes bescheinigte.

Unter der Überschrift „Helle Empörung über Demonstrierensverbot“ haben wir – demfalls auf der ersten Seite – wider, wie im Laufe von wenigen Stunden die Flut der Proteste gegen die Spitzschikane anschwoll. Jeder Satz war geprägt von der Zuversicht, daß die Entrüstung über das verfassungswidrige Verbot der Exekutive noch stärker wird.

Heute ist Klaus Schütz, ist der Senat auch gerichtlich überführt, mit seinem Verbot von Demonstrationen gegen die Verfassung verstoßen zu haben. Heute kennt jeder das am Sonnabend ergangene neue Verwaltungsgerichtsurteil, das den Senat des Mißbrauchs der Macht anklagt.

Heute ist erwiesen, daß der Zorn über das Unrecht, in leidenschaftlichen Worten zum Ausdruck gebracht, vom Theologie-Professor, von Schriftstellern, Betriebsräten und Gewerkschaftern wie von Studenten aller Fakultäten, kein Strohmännchen ist, sondern Macht und Kraft sein kann.

Wenn „Die Wahrheit“ in einer für das Geschick unserer Stadt entscheidenden Situation so klar und entschieden aufgetreten ist, dann ist das vor allem ein Ausdruck unserer Gewißheit, daß die demokratische Bewegung, so mutig und in wachsender Geschlossenheit für die Verfassungsrechte und eine neue Politik eintritt, weder durch Verbote noch durch Wasserwerfer und Polizeiknüppel aufzuhalten ist. —dt.

Berlin (Eigenbericht). Sonnabend, 17. Februar 1968, in der TU: Tausende Studenten, junge Gewerkschafter und Vertreter zahlreicher Jugendorganisationen drängen in das Auditorium maximum, um ihre Solidarität mit dem kämpfenden Volk Vietnams unter Be-

weis zu stellen. Kaum eine Stecknadel kann zu Boden fallen. Selbst alle Vor- und Nebenräume sind dicht besetzt, und immer neue Delegationen aus Westdeutschland und dem Ausland treffen ein, um ihren Beitrag zum Vietnamkongreß in Westberlin zu leisten.

Großes Aufsehen erregt am Vormittag das Referat des Vorsitzenden der FDJ von Westberlin, Walter Rudert, über den Kampf der demokratischen Jugend der Welt gegen die US-Aggression in Vietnam. Rudert erhielt starken Beifall, als er betonte: „Diese Rede richtet sich nicht nur an die Delegierten der Studenten, sondern vor allem an die Zehntausende junger Arbeiter in unserer Stadt!“

Peter Weiss: Auf breiter Front gegen die US-Aggression!

Stürmischer Beifall brandet auf, als der Schriftsteller Peter Weiss das Wort ergreift und eine scharfe Abrechnung mit den restaurativen Kräften hält. Keine Gelegenheit dürfte versäumt werden, um die Sorgen der Arbeiterklasse zu unseren eigenen zu machen, ruft Weiss den Anwesenden zu. Da Presse, Fernsehen und Rundfunk sich in den Händen der „Verschleierner, Fälscher und Lügner“ befinden, seien die Straßen und Plätze die geeigneten Massenmedien für die außerparlamentarische Opposition. Weiss fordert, den Widerstand

gegen den Vietnamkrieg der USA auf breiter Front zu entfalten. Langanhaltende Begeisterungskundgebungen unterbrechen die Ausführungen des Schriftstellers Erich Fried, als bekanntgegeben wird, daß die für Sonntag vorgesehene Demonstration gerichtlich genehmigt werden mußte. „Erst wie Fried auf die Notwendigkeit hin, für den Zusammenschluß aller oppositionellen Kräfte zu wirken. In diesem Zusammenhang stellte er fest, das Verbot der KPD richte sich gegen alle fortschrittlichen Kräfte.“

Begrüßungstelegramm des SED-W-Vorsitzenden

Lebhafte Beifall spenden zahlreiche Teilnehmer, als von der Kongregleitung ein Begrüßungstelegramm des Parteivorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Gerhard Danelius, verlesen wird.

Nachdem ein Südvietnamese in bewegten Worten den Dank aller seiner Landsleute für die Solidarität zum Ausdruck gebracht hat, erreicht der Kongreß einen neuen Höhepunkt:

Zwei in Westberlin lebende amerikanische Bürger verbrennen ihre Einberufungskarten.

In der lebhaften Diskussion sprachen unter anderem der SDS-Bundesvorsitzende Wolf, der Politologe Kurt Steinhaus (Marburg) und Dale Smith von der amerikanischen Black-Power-Bewegung SNCC. Unter Beifall nahmen die Kongreßteilnehmer zahlreiche Solidaritätstelegramme und Grußadressen, darunter des weltbekannten britischen Philosophen Bertrand Russell, der Jungsozialisten von Hessen-Süd, eines kommunistischer Bürgermeisters aus Italien, der Vertretung der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL und anderer Organisationen und Persönlichkeiten auf. Der Vorsitzende der Studentenvertretung der TU, Wethkam, dankte dem TU-Rektor, Prof. Weichselberger, für die Zurverfügungstellung der Räume.

Erst in den späten Abendstunden schließt der Vietnamkongreß, dankte um die Entwicklung einer Kampagne gegen die NATO aufgerufen worden war. Es erging der Appell, die internationalen Bemühungen für Solidarität mit Vietnam noch enger zu koordinieren.



Mit zahlreichen Plakaten und Transparenten klagen die Demonstranten die USA der barbarischen Verbrechen gegen das freilebende vietnamesische Volk an.



Große Beachtung fand während des Vietnam-Kongresses am Sannabend im Auditorium maximum der Technischen Universität auch die Rede des Vorsitzenden der Freien Deutschen Jugend von Westberlin, Walter Rudert



Viele der rund 30 000 Demonstranten führten Bilder hervorragender Führer der internationalen Arbeiterbewegung mit sich



Zu einer beeindruckenden Abschlussskundgebung versammelten sich die Teilnehmer der Demonstration nach ihrem kilometerlangen Marsch durch die Stadt auf dem Platz vor der Deutschen Oper

Fotos: Henschel, dpa, Horst

Ein kilometerlanger, gewaltiger Zug

(Fortsetzung von Seite 1)

folgenden Blocks aufgenommen wurden. Aus den Fenstern schauten Hausbewohner auf das bisher einmalige Bild in unserer Stadt herab. Viele von ihnen brachten ebenso wie Passanten am Straßenrand, die sich zum Teil dem Zug angeschlossen, Sympathie und Zustimmung zum Ausdruck. In einigen Häusern hielten Mieter rote Fahnen aus den Fenstern oder schwenkten auf Balkons Fahnen der Südvietnamesischen Befreiungsfront.

„Darum, Bürger, schließt Euch an!“

Rhythmische „Ho-Chi-Minh“-Rufe erschallen aus Tausenden Kehlen und hallten von den Häuserwänden wider. Passanten wurden aufgefordert: „Darum, Bürger, schließt Euch an, Vietnam geht Euch alle an!“ Dann wieder wurde gerufen: „Bürger, lernt jetzt selber denken – laßt Euch nicht von Springer lenken“. „Sieg für den Vietkong“, Johnson glauben wir kein Wort / Völker-

mord bleibt Völkermord“ oder auch „Keine Mark und keinen Mann / Für den Krieg in Vietnam“

Provokateure blitzen ab

Beißender Spott auf den Regierenden Bürgermeister und die bürgerliche Presse, die die ständig wachsende Ablehnung des US-Krieges durch immer größere Bevölkerungsschichten abzuleugnen und zu bagatellisieren versuchen, sprach aus den ironischen Rufen: „Wir sind eine kleine radikale Minorität! Ha, ha, ha!“ Soweit es in einzelnen Fällen zu Provokationen kam, blitzten die Störer an der Ruhe und Gelassenheit der Demonstranten ab.

Auch vor der Deutschen Oper gelang es Provokateuren nicht, die Abschlussskundgebung in ihrem geordneten Ablauf zu stören. Unter den Rednern aus mehreren Ländern, die Solidarität mit Vietnam forderten, die USA des Völkermordes bezichtigten und den Senat des Bruchs der verfassungsmäßi-

gen Rechte in unserer Stadt anklagten, fand der Funktionär der IG Metall Lothar Pinkall besonders starken Beifall. Der Kampf der Vietnamesen sei auch der Kampf der Arbeiter hier, führte er aus und rief dann:

„Jeder Kampf um Lohn, jeder Kampf um den Arbeitsplatz, jeder Kampf um gesellschaftliche Verbesserungen, jeder Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, jeder Kampf um mehr Arbeiterkontrolle ist eine Unterstützung für die Vietnamesen!“

Die rechtsradikalen Provokateure, die abends unter den Augen und mit Zustimmung der Polizei in der Innenstadt randalierten und denen Bürgermeister Neubauer vor dem Schöneberger Rathaus ausdrücklich seinen Dank abstattete (!), stellten nur ein übriges Mal unter Beweis, daß die Gefahr in unserer Stadt nicht von denen ausgeht, die für Frieden und Menschlichkeit eintreten, sondern von

jenen Elementen, die offensichtlich auf die Parolen des Herrn Schütz reagieren.



Zahlreiche junge Sozialdemokraten protestierten ebenfalls gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam, wobei sie sich angesichts der schändlichen Haltung der SPD-Führung ausdrücklich als SPD-Mitglieder kenntlich machten

18.02.1968:
Auf der Vietnamdemonstration verteilt die Gruppe Neuer Roter Turm (NRT) noch einmal ihr Flugblatt Nr. 3 vom 26.1.1968 an die Demonstranten mit einer angegebenen Auflage von 5000 Stück.
Q: Neuer Roter Turm: Flugblatt an die Demonstranten, Berlin O. J. (1968)

Flugblatt an die Demonstranten in einer Auflage
von 5000 Stück der Gruppe NEUER ROTER TURM.

(No. 3) 18.2.68

Daß der Klassenkampf in der Phase des entwickelten Kapitalismus einen unmittelbar internationalen Charakter angenommen hat, ist längst schon eine Binsenwahrheit unter den fortgeschrittensten Gruppen der europäischen Linken. Jedoch sind die sich daraus ergebenden strategischen und praktischen Konsequenzen bei weitem noch nicht Allgemeingut der sich zur Avantgarde rechnenden Strömungen geworden; aber ebendies müßte das Ziel der Internationalen Vietnam-Konferenz in Westberlin sein!

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE GLOBALSTRATEGIE !

"SOZIALISMUS ODER UNTERGANG IN DER BARBAREI !"
(Rosa Luxemburg)

Der Imperialismus hat im Laufe seiner blutigen Geschichte selbst den hintersten Winkel unseres Planeten in den kapitalistischen Weltmarkt einbezogen. Jede gesellschaftliche Veränderung in irgendeinem beliebigen Teil der Erde stößt sich auf diesem Markt direkt an den ökonomischen und strategischen Interessen der USA, der Speerspitze des Weltimperialismus. Das Pentagon beweist auf seine sehr untheoretische Weise die Richtigkeit des marxistischen Internationalismus. Überall auf der Welt, wo die Kraft der einheimischen Reaktion nicht mehr ausreicht, um dem noch unbewußten Drängen der gequälten und leidenden Massen zu einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und ohne Ausbeutung standzuhalten, eilt ihr der amerikanische Imperialismus zu Hilfe und stellt sich in Gestalt der CIA an die Spitze konterrevolutionärer Putschs, die die Volksbewegung im eigenen Blut ertränken. Eine ganze Kette derartiger Gewaltstrieche prägt den Charakter unseres Jahrzehnts: Brasilien, Kongo, Sto. Domingo, Bolivien, Indonesien, Ghana und schließlich Griechenland.

VIETNAM ist zum Brennpunkt geworden. Auf dem Territorium dieses kleinen Landes stoßen die beiden großen welthistorischen Tendenzen unserer Zeit aufeinander: die internationale Arbeiterbewegung, vertreten durch ihre derzeitige Vorhut, die Kolonialrevolution, und das totalitäre Monopolkapital, würdig repräsentiert durch die Kriegsverbrecher-Regierung in Washington. Der Ausgang dieses erbarmungslosen Kampfes wird das Gesicht der vor uns liegenden Jahrzehnte bestimmen. Wie vor dreißig Jahren der spanische "Bürgerkrieg" so ist heute der Krieg in Vietnam Schlußpunkt der Vorangegangenen und Auftakt einer neuen Epoche. Damals hießen sie Hitler, Göring, Mussolini und Franco. Heute heißen sie Johnson, Rusk, McNamara und Ky. Sollten die Hitlers und Francos von heute ebenso siegen wie vor dreißig Jahren, so heißt das für die ganze Menschheit: Terror, Elend, brutale Unterdrückung. "Die permanente Revolution gegen die permanente Schlächtereie : das ist der Kampf, in dem das Schicksal der Menschheit als Einsatz dient !" (Leo Trotzki)

Wie hat die "offizielle" Arbeiterbewegung, wie haben die Parteien, die den 'Sozialismus' für sich gepachtet haben, auf die große Herausforderung unserer Zeit geantwortet? Wie verteidigen sie die vietnamesische Revolution - und damit die Errungenschaften der internationalen Arbeiterklasse?
Nirgends zeigt es sich deutlicher als hier:

DIE TRADITIONELLEN PARTEIEN SIND BANKROTT !

(... DIE TRADITIONELLEN PARTEIEN SIND BANKROTT ! ...)

2

Was die Trümmer betrifft, die die "Zweite Internationale" hinterlassen hat: Wir sagen niemandem etwas Neues, wenn wir mit Rosa Luxemburg erklären, daß die Sozialdemokratie seit spätestens 1914 politisch ein stinkender Leichnam ist. Sie hat seit Jahrzehnten nicht nur die historischen, weltrevolutionären Interessen des Proletariats verraten, sondern ist längst zu einem bewußten und aktiven Vorkämpfer des atlantischen Imperialismus verkommen. Ist es ein Zufall, daß der langjährige Generalsekretär der NATO der - ehemals "linke" ! - Sozialdemokrat Paul-Henri Spaak gewesen ist ?!

Die Sozialdemokratie ist nicht mehr zu retten. Das beweist nicht nur das Schicksal des ehemaligen "Linken" Wilson, der sich heute öffentlich bei den US-Imperialisten prostituiert, sondern das beweist viel mehr noch die abstoßende Hilflosigkeit jenes "linken" Labour-Flügels, der zwar auf Labour-Parteitag wohltonende Resolutionen durchzubringen vermag, aber sich ohnmächtig den Zynismus gefallen lassen muß, mit dem sich die Wilsons und Browns über die BEschlüsse ihrer eigenen Partei lustig machen.

Gar nicht zu reden von der deutschen Sozialdemokratie. Sie hat es verstanden, von allen sozialdemokratischen Parteien immer wieder am tiefsten zu sinken. Ihre Solidarität mit dem vietnamesischen Volk äußert sich darin, daß die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten die Solidaritätsdemonstrationen der Jugend zusammenschütteln lassen. Wo immer die SPD kritische Äußerungen zum amerikanischen Völkermord vernehmen läßt, dort geschieht es nur, um die etwas ins Wanken geratene linke Flanke dieser Partei zu decken.

Unser Urteil über die "Zweite Internationale" wird kaum jemanden überraschen. Aber wie steht es mit den Überbleibseln der von Stalin liquidierten Dritten, "Kommunistischen" Internationale? Wie verteidigen die offiziellen "kommunistischen" Parteien die vietnamesische Revolution, allen voran die KPdSU ?

Sie machen auf jeden Fall viel Geschrei um die militärische Hilfe der UdSSR für die Demokratische Republik Vietnam. Aber wann ist denn diese Hilfe gekommen ? Doch wohl erst, als die mit der UdSSR verbündete DRV bereits bombardiert wurde - obwohl die imperialistischen Eskalationspläne bereits Monate zuvor kein Geheimnis mehr waren ! Abgesehen davon liegt auch heute noch die Qualität der sowjetischen Hilfe nicht nur bei weitem unter den Möglichkeiten der UdSSR, sondern, was viel schlimmer ist, auch weit unter dem technischen Niveau des Aggressors! Die sowjetische Hilfe ist so wohltdotiert, daß die Vietnamesen gerade so mit amerikanischen Eskalation schritthalten können. Worauf es aber ankommt, ist eine massive Antwort auf die imperialistische Herausforderung, die jeder weiteren Eskalation einen Riegel vorschiebt !

Tder

Weshalb ist aber die Sowjetunion dazu nicht bereit ? Weil sie nicht direkt in die Auseinandersetzung hineingezogen werden will. Die Sowjetregierung vertritt in der internationalen Arena nicht die historischen Interessen des Weltproletariats, sondern die nationalbornierten Interessen der sowjetischen Staats-, Wirtschafts- und Parteibürokratie (siehe dazu unser "rt"-Flugblatt Nr.2, November 1967). Und deren Interessen heißen eben: Status quo, "friedliche Koexistenz", Arrangement mit dem Imperialismus. Die Sowjetführung ist also nur so weit bereit, der vietnamesischen Revolution zu Hilfe zu kommen, als diese Hilfe nicht endgültig die Verständigungsmöglichkeiten mit den Vereinigten Staaten versperrt.

5

Sieht es nun mit den "kommunistischen" Parteien des Westens besser aus? Was tut z.B. die starke KP Frankreichs? Unsere Genossen von der französischen Jeunesse Communiste Révolutionnaire (JCR) können ein Lied davon singen. Die KPF versucht krampfhaft, die französische Vietnam-Bewegung in das Korsett ihrer abgeschmackten "Friedens"- und "Verständigungs"-Mythologie einzuzwängen. Satt eindeutig ihre aktive Solidarität mit der vietnamesischen Revolution zu erklären und zu praktizieren, bettelt sie beim Imperialismus um Verhandlungen auf der Basis der Verträge von Genf, jenes "Münchener Abkommens" für Südostasien! Dafür hetzt sie mit Springer'schen Methoden gegen die revolutionären Jugendgruppen, die statt für "Verhandlungen" für die Vier Punkte der FNL und für den Sieg der vietnamesischen Revolution kämpfen und gehneuerdings sogar zum physischen Terror gegen sie über! So tief ist die einst von Lenin und Trotzki gegründete Dritte Internationale gesunken.

Und warum? Weil die KPF nicht ihr Bündnis mit dem pro-atlantischen Bourgeois Mitterrand und dem NATO-Sozialisten Guy Mollet belasten will: Die "kommunistischen" Parteien des Westens sind keine revolutionär - internationalistischen, sondern national-reformistische Parteien! Sie vertreten die historischen Interessen des Weltproletariats ebenso wenig wie die Sozialdemokratie; sie vertreten vielmehr die beschränkten, konservativen Interessen ihrer eigenen bürokratischen Parteiapparate und die Ziele der sowjetischen Außenpolitik, von der sie jahrzehntelang materiell abhängig waren.

Das gilt nicht nur für die großen "kommunistischen" Parteien Westeuropas, sondern für alle ~~KP~~ KPen, die mit Moskau verbündet sind (Lateinamerika!), und gilt auch weitgehend für jene, die sich zu Peking bekennen, wie z.B. die indonesische KP vor dem Putsch und für die Linke KP Indiens.

FÜR EINE INTERNATIONALE STRATEGIE DER REVOLUTION -
FÜR EINE INTERNATIONALE ORGANISATION DER REVOLUTIONÄRE !

Die Probleme der vietnamesischen Revolution können nicht von einem national-bornierten Standpunkt aus verstanden werden, sondern nur im Rahmen einer internationalistischen Perspektive, und sie können auch nur mit internationalistischen Methoden gelöst werden. Der imperialistischen Globalstrategie, wie sie sich in Vietnam manifestiert, müssen wir eine Globalstrategie der Revolution entgegenstellen. Ebendies ist der Sinn von Che Guevaras Parole "Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!"

Hier zeigt sich schließlich auch die Ohnmacht und die historische Ausweglosigkeit all jener zentristischen Gruppen, die heillos zwischen den zahlenmäßig noch schwachen revolutionären Internationalisten und den viel mächtigeren Apparaten der Nationalreformisten hin und her pendeln, die verzweifelt nach einer theoretischen Formel suchen, mit deren Hilfe die das Programm des revolutionären Marxismus in der Praxis der nationalen Reformen auflösen können. Sie haben einen Horror vor der Internationale. Sie meinen, man müsse "zuerst im eigenen Land etwas schaffen", ehe man daran geht, sich international zu organisieren, und vor allem wollen sie ihre nationale Beschränktheit nicht preisgeben, die sie als "Unabhängigkeit" mißverstehen. Sie geben den fundamental internationalen Charakter des Klassenkampfes theoretisch durchaus zu, aber ~~sie~~ für sie hat diese Einsicht keine praktischen Implikationen. Aber der Imperialismus, ~~der sogar ein strategisches Weltzentrum~~

4-

...der im Pentagon sogar über ein strategisches Weltzentrum verfügt, ist da viel marxistischer als die Zentristen; er übt seine Gewalt international aus. Und deshalb können wir ihn auch nur in t e r n a - t i o n a l bekämpfen. Die konkrete Form, in der revolutionäre Theorie und Praxis vermittelt werden, ist aber die O r g a n i s a - t i o n . So können internationale Analyse und internationale Strategie auch nur in einer i n t e r n a t i o n a l e n O o r g a - n i s a t i o n . Praxis werden. Die Vermittlungsinstanz von inter- nationalem Programm und antimperialistischer, weltrevolutionärer Praxis ist DIE INTERNATIONALE !

Die zentristischen Gruppen, die das nicht eingehen haben, sind von der Geschichte dazu verdammt, auf der einen Seite trotz aller theo- retischen Bocksprünge in der Praxis zu Anhängseln der großen reformi- stischen Apparate zu werden - wie dies den dänischen Volkssozialisten und in Italien erst der PSI und jetzt der PSIUP passiert ist -, und auf der anderen Seite müssen sie eine endlose Kette von Spaltungen durchlaufen, wofür ebenfalls erst die PSI und neuerdings die dänischen Volkssozialisten Beispiele sind.

Für alle ernsthaften Sozialisten - auch für jene, die heute noch in den reformistischen oder Zentristischen Parteien geblieben sind - gibt es daher nur den einen revolutionären Ausweg: die internatio- nale Organisation der Revolutionäre,

DIE NEUE INTERNATIONALE !

20.02.1968:

In Berlin verfassen die Asten von FU, PH und Kirchlicher Hochschule (KiHo) sowie die Studentenvertretung der TU eine Presseerklärung zur morgigen Freiheitskundgebung bzw. zur Vietnamdemonstration vom 18.2.1968, die auch als Flugblatt "Nicht unsere Demonstration" verbreitet wird.

Q: AStA FU, AStA PH, AStA KiHo, SV TU: Presseerklärung In den letzten Wochen..., Berlin O. J. (1968); AStA FU, AStA PH, AStA KiHo, SV TU: Nicht unsere Demonstration - zwei Versionen, Berlin 20.2.1968

215-12-67

PRESSEERKLÄRUNG

In den letzten Wochen hat der Berliner Senat eine Schlappe nach der anderen erlitten:

- am 19. Dez 1967 war der Regierende Bürgermeister Schöcher nicht in der Lage die Fragen der Studenten anders als mit Phrasen zu beantworten,
- vor seinem Werkfeldzug im Ausland für Investitionen in Berlin kam er mit leeren Händen zurück,
- die KU-Vollversammlung wurde verboten, Springer-Hearing, Vietnam-Konferenz und Vietnam-Demonstration wollte er verbieten: alle Veranstaltungen fanden statt.

Alle diese Schlappen stehen in enger Beziehung zueinander. Die Versuche, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, sind gescheitert, die Sitzgänge um Investitionen hatten keinen Erfolg; die Frontstadtfunktion Berlins kann nicht weiter aufrechterhalten werden. Eine Alternative hat der Senat nicht anubieten. Um die Bevölkerung von den Ursachen des Scheiterns abzulenken, bauen Senat und Springer-Presse in langfristiger Strategie einen Sündenbock auf. Die berechtigten Aktionen der außerparlamentarischen Opposition werden als Terror denunziert. Weil es dem Senat nicht gelingt, dies zu beweisen, versucht er durch systematische Eskalation den Terror zu produzieren.

Aus dieser Strategie leitet sich die morgige "Gegendemonstration" ab: vor der durch die Springer-Presse aufgeheizten Bevölkerung sollen die vorhergehenden Niederlagen des Berliner Senats vertuscht und die Folgen der falschen Politik dem inneren Feind angelastet werden, damit die Spitze und das Herrschaftssystem unangetastet bleiben. Berlin soll für Frieden und Freiheit stehen. Hätte der Senat nicht mit allen Mitteln versucht, die Demonstration zu verbieten, so bräuchts er jetzt nicht in großangelegten Kampagnen Freiheit zu proklamieren, man wäre dann Freiheit in der Realität, nicht in leeren Phrasen.

Würden sich die Amerikaner ebensowenig in die inneren Angelegenheiten Vietnams einmischen, wie die Vietnamesen in die amerikanischen, so gäbe es in Vietnam Frieden, nicht Krieg.

Die Demonstration am Sonntag ging um die Vernichtung des vietnamesischen Volkes durch die Amerikaner. Dadurch, daß der Senat auf den Inhalt der Demonstration nicht einging und stattdessen Hetze gegen die außerparlamentarischen Opposition betreibt, verhindert er weiterhin die Diskussion in der Berliner Bevölkerung über den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes.

AStA FU
AStA PH
AStA KiHo
Studentenvertretung TU

AStA der FU
1 Berlin 33
Garystr. 20

F.d.R.

Johann-Wolfgang Landsberg
(Johann-Wolfgang Landsberg)
- 1. AStA-Vorsitzender -

E0702
20.2.68

NICHT unsere DEMONSTRATION

In den letzten Wochen hat der Berliner Senat eine Schlappe nach der anderen erlitten:

- am 19. Dezember 67 war der Regierende Bürgermeister Schütz nicht in der Lage, die Fragen der Studenten anders als mit Phrasen zu beantworten,
- von seinem Werbefeldzug im Ausland für Investitionen in Berlin kam er mit leeren Händen zurück,
- die KU-Vollversammlung wurde verboten, Springer-Hearing, Vietnamkonferenz und Vietnam-Demonstration wollte er verbieten: Alle Veranstaltungen fanden statt.

Alle diese Schlappen stehen in enger Beziehung zueinander. Die Versuche, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, sind gescheitert, die Eittgänge um Investitionen hatten keinen Erfolg die Frontstadtfunktion Berlins kann nicht weiter aufrechterhalten werden. Eine Alternative hat der Senat nicht anzubieten. Um die Bevölkerung von den Ursachen des Scheiterns abzulenken, bauen Senat und Springerpresse in langfristiger Strategie einen Sündenbock auf. Die berechtigten Aktionen der ausserparlamentarischen Opposition werden als Terror denunziert. Weil es dem Senat nicht gelingt, dies zu beweisen, versucht er durch systematische Eskalation den Terror zu produzieren.

Aus dieser Strategie leitet sich die morgige "Gegendemonstration" ab: Von der durch die Springer-Presse aufgehetzten Bevölkerung sollen die vorhergehenden Niederlagen des Berliner Senats vertuscht und die Folgen der falschen Politik dem inneren Feind angelastet werden, damit die Spitze und das Herrschaftssystem unangetastet bleiben. Berlin soll für Frieden und Freiheit stehen. Hätte der Senat nicht mit allen Mitteln versucht, die Demonstration zu verbieten, so brauchte er jetzt nicht in grossangelegten Kampagnen Freiheit zu proklamieren. Man sähe dann Freiheit in der Realität, nicht in leeren Phrasen.

Würden sich die Amerikaner ebensowenig in die inneren Angelegenheiten Vietnams einmischen, wie die Vietnamesen in die amerikanischen, so gäbe es in Vietnam Frieden, nicht Krieg.

Die Demonstration am Sonntag ging um die Verächtlichmachung des vietnamesischen Volkes durch die Amerikaner. Dadurch, dass der Senat auf den Inhalt der Demonstration nicht eingeht und statt dessen Hetze gegen die ausserparlamentarische Opposition betreibt, verhindert er weiterhin die Diskussion in der Berliner Bevölkerung über den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes.

AStA Freie Universität
AStA Pädagogische Hochschule
AStA Kirchliche Hochschule
Studentenvertretung Technische Universität.

f. d. R. *Reiner Wethekam*

(Reiner Wethekam)
1. Vors. Stud-Vertr. TUB

20.2.68

NICHT UNSERE DEMONSTRATION

P R E S S E R E K L Ä R U N G vom 20.2.1968

In den letzten Wochen hat der Berliner Senat eine Schlappe nach der anderen erlitten:

- am 19. Dez. 1967 war der Regierende Bürgermeister Schütz nicht in der Lage, die Fragen der Studenten anders als mit Phrasen zu beantworten,
- von seinem Verbefeldzug im Ausland für Investitionen in Berlin kam er mit leeren Händen zurück,
- Die KU-Vollversammlung wurde verboten, Springer-Hearing, Vietnamkonferenz und Vietnam-Demonstration wollte er verbieten: alle Veranstaltungen fanden statt.

Alle diese Schlappen stehen in enger Beziehung zueinander. Die Versuche, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, sind gescheitert, die Bittgänge um Investitionen hatten keinen Erfolg. Die Frontstadtfunktion Berlins kann nicht weiter aufrechterhalten werden. Eine Alternative hat der Senat nicht anzubieten. Um die Bevölkerung von den Ursachen des Scheiterns abzulenken, bauen Senat und Springerpresse in langfristiger Strategie einen Sündenbock auf. Die berechtigten Aktionen der außerparlamentarischen Opposition werden als Terror denunziert. Weil es dem Senat nicht gelingt, dies zu beweisen, versucht er durch systematische Eskalation den Terror zu produzieren.

Aus dieser Strategie leitet sich die morgige "Gegendemonstration" ab: vor der durch die Springer-Presse aufgehetzten Bevölkerung sollen die verheerenden Niederlagen des Berliner Senats vertuscht und die Folgen der falschen Politik dem inneren Feind angelastet werden, damit die Spitze und des Herrschaftssystem unangetastet bleiben. Berlin soll für Frieden und Freiheit stehen. Hätte der Senat nicht mit allen Mitteln versucht, die Demonstration zu verbieten, so brauchte er jetzt nicht in großangelegten Kampagnen Freiheit zu proklamieren. Man sähe dann Freiheit in der Realität, nicht in leeren Phrasen.

Wenden sich die Amerikaner ebensowenig in die inneren Angelegenheiten Vietnams einmischen, wie die Vietnamesen in die amerikanischen, so gebe es in Vietnam Frieden, nicht Krieg.

Die Demonstration am Sonntag ging um die Vernichtung des vietnamesischen Volkes durch die Amerikaner. Dadurch, daß der Senat auf den Inhalt der Demonstration nicht eingeht und stattdessen Hetze gegen die außerparlamentarische Opposition betreibt, verhindert er weiterhin die Diskussion in der Berliner Bevölkerung über den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes.

StA FU
StA PH
StA KiHo
Studentenvertretung TU

26.02.1968:

An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein Flugblatt des SHB Heidelberg mit einer "Erklärung" gegen die "faschistische Politik" des westberliner Senats zur Vietnamdemonstration.

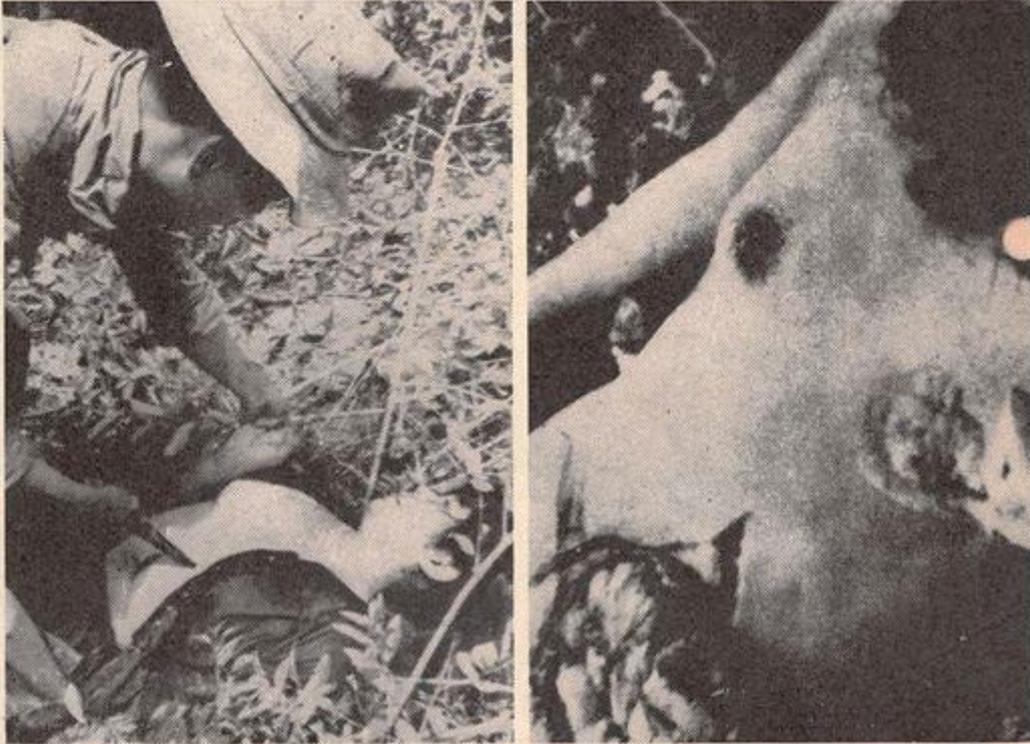
Q: N. N.: 10 000 Tote HungeKrieg Fasching, Heidelberg O. J. (1968)



27/02-68

10 000 TOTE

Hunger Krieg Fasching



**Vietnam Symbol für Folgen
von
Gewalt, Krieg und Hunger**

**10 000e sterben
10 000e feiern
Wir fordern:**

1. Verzichten Sie auf den Faschingszug
2. Verzichten Sie auf Karnevalsrummel
3. Leisten Sie Hilfe

Zunächst hilft Geld

Einzahlungen auf das Konto Stadtparkasse Mannheim Nr. 4989

Dieses Geld wird dem Internationalen Roten Kreuz für die Linderung der Not in Vietnam zur Verfügung gestellt.
Dieser Aufruf ist das Ergebnis der Diskussion zwischen dem
Republikanischen Club und Vertretern der Kirchen

27.02.1968:

Der SDS Tübingen und die Studentische Linke (SL) Tübingen verteilen, laut einer handschriftlichen Datierung heute vor Tübinger Betrieben, ein Flugblatt zum Vietnam-Kongress in Berlin (vgl. 17.2.1968) bzw. zu dessen Abschlußdemonstration.

Abschließend heißt es:"

Dies ist das erste Mal, dass wir uns in dieser Form an Sie wenden. Wir wären interessiert daran, mit Ihnen über all dies zu sprechen. In Kürze werden wir einen Vorschlag machen, wann solche Gespräche stattfinden könnten."

Q: SDS / SL: Liebe Kollegine

verteilt vor Tübinger Betrieben
am 27/2/68

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es wird oft behauptet, Vietnam sei weit weg und man könne gegen diesen Krieg ja doch nichts tun. Nie erfahren wir aber,

- o dass die Bundesrepublik diesen Krieg der Amerikaner mit bisher mehr als 400 Millionen DM mitfinanziert hat;
- o dass sie den durch die Kriegskosten angeschlagenen Dollar durch Waffenkäufe in Höhe von ungefähr 10 Milliarden DM, durch Ankauf von US-Schatzanweisungen (allein 4 Milliarden 67/68) stützt;
- o dass die Bundesregierung für den Vietnam-Krieg bereits 1964 Flammenwerfer lieferte, ebenso 1966 durch die Rheinmetall GmbH in Düsseldorf automatische Waffen und Munition im Werte von 50 Millionen DM, sowie die Firma Kraus u. Steinhausen in Grauenort 5570 Bomben;
- o dass die Bundesregierung eine Pilotenschule für 1000 Anwärter in Saigon baute.

Wir hörten, dass die Bundesregierung 1966 das Ersuchen der USA um direkte militärische Beteiligung in Vietnam abgeschlagen hat; wir erfahren nicht, dass zur selben Zeit in Bundeswehrkasernen Aufrufe angebracht wurden, die deutsche Piloten für den Einsatz in Vietnam anwerben sollten.

Diese Fakten zeigen, dass die Amerikaner in der Unterdrückung des Befreiungskampfes der Vietnamesen bereits heute auf die massive Unterstützung ihres NATO-Verbündeten, der Bundesrepublik Deutschland, rechnen können. Die Bundesregierung zeigt darin sich sogar eifriger als alle anderen NATO-Mitglieder. Keiner der westeuropäischen Verbündeten der USA unterstützt deren Vietnam-Politik so bedingungslos wie wir. Im Bundestag kam es bisher noch nicht einmal zu einer Vietnam-Debatte. Und nirgendwo sind die Zeitungsberichte von so unglaublicher Einseitigkeit wie bei uns.

Das ist nicht zufällig so. Denn beide Staaten, die Bundesrepublik wie die USA, leben von der gleichen Ausbeutung der unterentwickelten gehaltenen Länder und müssen daher auf die gleiche Weise diejenigen unterdrücken, die um ihre Befreiung von Ausbeutung kämpfen.

Uns Studenten wird vorgeworfen, dass wir unseren Protest gegen den US-Krieg in Vietnam nur als Aufhänger benützten, um in Wirklichkeit gegen das kapitalistische System hier bei uns zu kämpfen. Tatsächlich meinen wir, dass man als Bürger der Bundesrepublik gegen die Vernichtung des vietnamesischen Volkes nur dann wirksam Widerstand leisten kann, wenn man hier gegen die kämpft, die von diesem Krieg profitieren.

DARUM sind wir, zusammen mit etwa 15000 anderen Studenten, Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen und Schülern am vorletzten Sonntag in Berlin auf die Strasse gegangen, um unseren Widerstandswillen zu demonstrieren und zu unterstreichen.

Davon fühlten sich die Regierenden so angegriffen, dass der Berliner Senat versuchte, die Demonstration zu verbieten. Erst nachdem das Berliner Verwaltungsgericht das Verbot für rechtswidrig erklärt hatte, und auf den Druck breitester demokratischer Kreise des In- und Auslandes hin - Gewerkschaften, Kirchen u.a. - musste der Senat die Demonstration genehmigen. Was der Regierende Bürgermeister Schütz von Gesetzen hält, zeigt eine Äusserung, zu der er sich hinreissen liess: "Die Richter konnten wohl nicht anders handeln, wir müssen uns aber fragen, ob wir ihnen die richtigen Gesetze in die Hand gegeben haben."

und Kollegen!, Tübingen O. J. (1968)

Bei dieser Gelegenheit erwies sich deutlich genug, wer es ist, der in Berlin Terror und Gewalt ausübt: während die Demonstration am Sonntag äusserst diszipliniert verlief und sich die Demonstranten trotz gezielter Provokationen nicht zu Schlägereien hinreissen liessen, wurde bei dem von Senat befohlenen Aufmarsch am Mittwoch, während und nach der Kundgebung eine allgemeine Jagd auf Studenten und solche, die man dafür hielt, gemacht. Mindestens 24 wurden zum Teil schwer zusammengeschlagen, 32 weitere mussten sich in Polizeischutz begeben.

Diese Gewalttaten sind das Ergebnis einer bewussten Aufhetzung der Berliner Bevölkerung durch die Regierenden und die mit ihr verbündete Springer-Presse, die in Berlin 70% der Tageszeitung herausgibt. Der Senat versucht damit, für seine verfehlte Politik die Berlin an den Rand des Bankrotts geführt hat, jenen die Schuld zuzuschieben, die gegen diese Politik protestieren.

Dabei sind das längst nicht mehr nur die Studenten, sondern auch politische bewusste Teile der arbeitenden Bevölkerung, die am Sonntag in Berlin ihren Protest zum Ausdruck brachten.

Gerade dies befürchten aber die Regierenden: ein Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten.

Deswegen versuchen sie jetzt systematisch, die entpolitisierte Bevölkerung gegen die Studenten aufzuhetzen und so zu verhindern, dass die Widerstandsbewegung der Studentenschaft sich durch dieses Bündnis in eine machtvolle Widerstandsbewegung der arbeitenden Bevölkerung verwandelt.

Aber gerade die hysterische Angst der Regierenden vor 15000 friedliche, aber entschlossenen Demonstranten in Berlin beweist, dass politischer Widerstand heute möglich ist und zu Erfolgen führen kann. Dieser Widerstand kann die Bonner Regierung dazu zwingen, den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk nicht länger zu unterstützen, ebenso wie er eine Verabschiedung der Notstandsgesetze und einen Abbau der sozialen Leistungen verhindern kann.

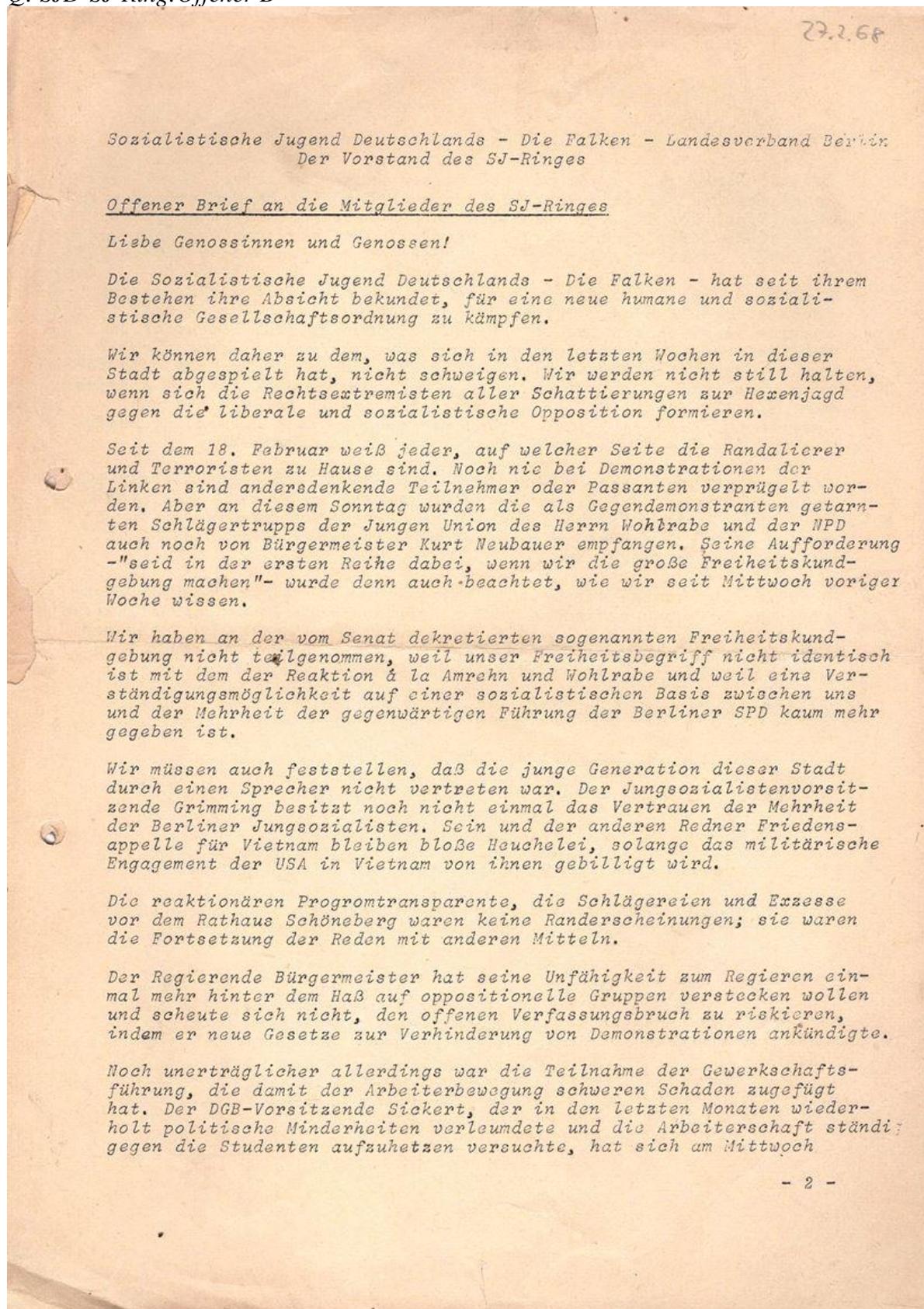
Dies ist das erste Mal, dass wir uns in dieser Form an Sie wenden. Wir wären interessiert daran, mit Ihnen über all dies zu sprechen. In Kürze werden wir einen Vorschlag machen, wann solche Gespräche stattfinden könnten.

- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Tübingen
Studentische Linke (SL) Tübingen

27.02.1968:

In Berlin richtet der Vorstand des SJ-Rings der SJD Die Falken einen Offenen Brief an die Mitglieder zum Vietnamkongreß und der Freiheitsdemonstration vor dem Rathaus Schöneberg.

Q: SJD-SJ-Ring: Offener B



rief an die Mitglieder des SJ-Ringes, Berlin 27.2.1968

11.03.1968:

Aus der SPD Berlin werden die 5 Vorsitzenden des Sozialistische Jugend-Ringes der SJD Die Falken ausgeschlossen wegen ihrem Brief vom 27.2.1968 über die Vietnamdemonstration vom 18.2.1968.

Q: SPD: Voller Wortlaut des Offenen Br

18.3.68 EBA2

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
LANDESVERBAND BERLIN · Berlin 65, Müllerstraße 163 · Telefon 46 42 31
Kurt-Schumacher-Haus

Voller Wortlaut des Offenen Briefes an die Mitglieder des SJ-Ringes

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken - Landesverband Berlin
Der Vorstand des SJ-Ringes

Offener Brief an die Mitglieder des SJ-Ringes

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken - hat seit ihrem Bestehen ihre Absicht bekundet, für eine neue humane und sozialistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

Wir können daher zu dem, was sich in den letzten Wochen in dieser Stadt abgespielt hat, nicht schweigen. Wir werden nicht still halten, wenn sich die Rechtsextremisten aller Schattierungen zur Hexenjagd gegen die liberale und sozialistische Opposition formieren.

Seit dem 18. Februar weiß jeder, auf welcher Seite die Randalierer und Terroristen zu Hause sind. Noch nie bei Demonstrationen der Linken sind andersdenkende Teilnehmer oder Passanten verprügelt worden. Aber an diesem Sonntag wurden die als Gegendemonstranten getarnten Schlägertrupps der Jungen Union des Herrn Wohlrabe und der NPD auch noch von Bürgermeister Kurt Neubauer empfangen. Seine Aufforderung - "seid in der ersten Reihe dabei, wenn wir die große Freiheitskundgebung machen" - wurde denn auch beachtet, wie wir seit Mittwoch voriger Woche wissen.

Wir haben an der vom Senat dekretierten sogenannten Freiheitskundgebung nicht teilgenommen, weil unser Freiheitsbegriff nicht identisch ist mit dem der Reaktion à la Amrehn und Wohlrabe und weil eine Verständigungsmöglichkeit auf einer sozialistischen Basis zwischen uns und der Mehrheit der gegenwärtigen Führung der Berliner SPD kaum mehr gegeben ist.

Wir müssen auch feststellen, daß die junge Generation dieser Stadt durch einen Sprecher nicht vertreten war. Der Jungsozialistenvorsitzende Grimming besitzt noch nicht einmal das Vertrauen der Mehrheit der Berliner Jungsozialisten. Sein und der anderen Redner Friedensappelle für Vietnam bleiben bloße Heuchelei, solange das militärische Engagement der USA in Vietnam von ihnen gebilligt wird.

Die reaktionären Progromtransparente, die Schlägereien und Exzesse vor dem Rathaus Schöneberg waren keine Randerscheinungen; sie waren die Fortsetzung der Reden mit anderen Mitteln.

Der Regierende Bürgermeister hat seine Unfähigkeit zum Regieren einmal mehr hinter dem Haß auf oppositionelle Gruppen verstecken wollen und scheute sich nicht, den offenen Verfassungsbruch zu riskieren, indem er neue Gesetze zur Verhinderung von Demonstrationen ankündigte.

Noch unerträglicher allerdings war die Teilnahme der Gewerkschaftsführung, die damit der Arbeiterbewegung schweren Schaden zugefügt hat.

bitte wenden

iefes an die Mitglieder des SJ-Ringes, Berlin O. J. (1968)

Der DGB-Vorsitzende Sickert, der in den letzten Monaten wieder politische Minderheiten verleumdete und die Arbeiterschaft ständig gegen die Studenten aufzuhetzen versuchte, hat sich am Mittwoch letzten Woche selbst als hinterhältiger Lügner entlarvt. Seine Behauptung, die Berliner Gewerkschaften würden sich an Demonstrationen beteiligen, bei denen es wirklich um den Frieden in Vietnam geht, ist leicht widerlegbar. Eine solche Teilnahme wäre nur möglich, wenn es an der Spitze des Berliner DGB nicht Sickert und seine Clique gäbe.

Wir sagen nicht, daß der Aufmarsch vor dem Rathaus Schöneberg eine faschistische Kundgebung war. Er hat aber dazu beigetragen, daß unserer Gesellschaft latent vorhandene faschistische Potentialitäten mobilisiert wurden. Das hat sich in blutiger Gewalttätigkeit ausgedrückt. Wir werden dieser Gewalt nicht weichen, fordern von unseren Mitgliedern aber, als Einzelnern künftig alle Aktionen zu unterstützen, die sie in die Gefahr physischer Bedrängnis bringen könnten. Unseren politischen Willen werden wir auch künftig dessen ungeachtet geschlossen und ohne Abstriche manifestieren.

An unsere Freunde in der Sozialdemokratischen Partei appellieren wir, dafür zu sorgen, daß die progressiven Kräfte in der SPD sich nicht isolieren lassen. Sie werden nur dann ihren Führungsanspruch durchsetzen können, wenn sie sich energisch allen Manipulationen und Repressionen widersetzen.

Abschließend danken wir allen Mitgliedern, die an der Vietnam-Demonstration teilgenommen haben. Das zentrale Motto dieser Demonstration - "für den Sieg der vietnamesischen Revolution" - entspricht auch der Vietnam-Erklärung der IUSY und den Beschlüssen der Bundeskonferenz unseres Verbandes vom Mai 1967.

Berlin, den 27. Februar 1968

Mit sozialistischen Grüßen

P. Bischoff - H.J. Schrankel - B. Tennstedt - G. Soukup - H. B.

Aufgrund dieses Briefes wurden die Unterzeichner durch Beschluß des Landesvorstandes Berlin der SPD am Montag, dem 11. März 1968 gemäß § 29, Abs. 1 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sie bestätigt hatten, diesen Brief unterzeichnet zu haben.

Für die Richtigkeit:

Eberhard Hesse

Landesgeschäftsführer

18.03.1968:

Von der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin erscheint eine 'CDU inform' zum Thema "Vietnam-Demonstration" zum 17./18.2.1968.

Q: CDU inform, Berlin 18.3.1968

CDU inform

18. März 1968

Vietnam-Demonstration

Am 17. und 18. Februar fand in Berlin die prokommunistische Vietnam-Demonstration statt.

Wochen vorher wurde sie in einschlägigen Linkskreisen propagiert. Man versammelte sich unter Che Guevaras Losung "die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen". Peter Weiß, Hausschriftsteller der Freien Volksbühne, gab praktische Anweisung: "Sabotage, wo immer dies möglich ist". Der Demonstrationzug offenbarte schließlich den unübersehbar antidemokratischen Charakter seiner Veranstalter: kommunistische Parolen und Pappköpfe prominenter Kommunisten und Revolutionäre bestimmten das Bild. So war es denn selbstverständlich, daß der demokratisch gesinnte Teil der Berliner Bevölkerung dem Aufruf des Regierenden Bürgermeisters folgte und die Veranstaltung links liegen ließ. Umso befremdlicher wirkte die Teilnahme von etwa 50 SPD-Mitgliedern, die Bedienstete des Landes Berlin sind, an ihrer Spitze der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Kreuzberg, Erwin Beck, und der für die Volksbildung in Charlottenburg verantwortliche Stadtrat Harry Ristock, die überdies noch Mitglieder des höchsten Parteigremiums der SPD sind. Um die Provokation zu unterstreichen, behängten sie sich mit Plakaten, die antiamerikanische Losungen trugen und die ihre Träger ausdrücklich als SPD-Mitglieder auswiesen.

Das politische Messer

Am folgenden Montag weigerte sich das SPD-geführte Charlottenburger Bezirksamt, dem Stadtrat Ristock für sein Fehlverhalten das Mißtrauen auszusprechen. Unter Protest haben daraufhin die beiden CDU-Bezirksamtsmitglieder, der stellvertretende Bezirksbürgermeister Alfons Grajek und der Gesundheitsstadtrat Dr. Legien, die Bezirksamtssitzung verlassen. Die CDU-Fraktion hat in der vorigen Woche ebenso wie die CDU-Fraktion von Kreuzberg, die Abwahl der linken Stadträte Beck und Ristock verlangt. Zuvor hatte schon die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses den Senat befragt, ob er Disziplinarmaßnahmen gegen die betroffenen Beamten einzuleiten beabsichtige, denn die beamtenrechtlichen Vorschriften unseres Rechtsstaates verlangen vom Staatsdiener ein entschiedenes Eintreten für die Demokratie - und dies nicht nur während der Dienstzeit, sondern selbstverständlich auch außerdienstlich.

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus mußte eingestehen, daß das nicht voll sei und daß nun das politische Messer angesetzt werden müsse. Aber der dirigierende Bürgermeister als oberster Dienstherr schiebt die Verantwortung sich weg und verweist auf die zuständigen Bezirksverordnetenversammlung, wiederum schieben die Verantwortung auf die Parteiorganisationen.

Selbstreinigung?

Im Gegensatz zu den studentischen Extremisten haben die Linken einige politische Aussagen getroffen, die dem Traum von einer Großen Linken zwischen Ost und West sehr entgegenkommen.

Danach ist eine Lösung der Ost-West-Probleme nur möglich, wenn im Osten stabilisierte Regime vorhanden sind, die sich den Luxus größerer Liberalität leisten können. Unsere Aufgabe bestehe deshalb darin, diesen Stabilisierungsprozess zu fördern. Dazu gehören wirtschaftliche Geschenke und die vielen Anerkennungen: Anerkennung der "DDR", Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Anerkennung der Wichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang usw. Und natürlich das Eingeständnis Berlins mit der "souveränen DDR".

Dieses hat die Linken als Mitläufer des Kommunismus erscheinen lassen. Das ist das für eine Partei eine besonders große Sorge, die einer Entscheidung ausgesetzt ist. Das einfachste wäre eine Abwanderung der Linken in die FDP oder SED. Die Berliner SPD-FDP-Koalition entspricht vor allem linken Intentionen. Eine andere Möglichkeit wäre Abspaltung durch Neugründung einer Partei, die historisch dem entspräche. Aber dazu bringen die Linken natürlich nicht viel Lust auf.

Denn ihr Einfluß auf die Politik und die Ämterbesetzung ist viel größer innerhalb der SPD. Sicher hätte eine Neue Linke als besondere Partei keine Chancen in der Berliner Bevölkerung. Der Egoismus hält die Linken in der SPD.

Der Zwang zur Selbstreinigung liegt deshalb bei der unbestritten rechten Mehrheit der SPD. Sicher ist das ein schwerer Entschluß, durch einschlägige Maßnahmen vor der Öffentlichkeit den Zwiespalt der Partei noch offiziell bestätigen zu lassen. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß die Tendenz wieder auflebt, den Drecksack nächst einmal unter den Teppich zu kehren.

Aber so einfach ist es nun nicht mehr - die Öffentlichkeit ist wachsamer geworden, die Gegensätze größer, die Chancen einer Integration kleiner. Da muß die Kunst der Integration genauso versagen wie die konzentrierte Aktion.

Man kann der SPD Berlins im wohlverstandenen Parteiinteresse wie auch in

Der Krieg in Vietnam

=====

Ursprung des Konflikts

Die Wurzel des heutigen Geschehens in Vietnam liegt in dem Versuch der Kolonialmächte, nach dem Ende der japanischen Besetzung im Jahre 1945 in Indochina ein Kolonialregime neu zu begründen. Dieses Bemühen rief eine Widerstandsbewegung ins Leben, deren Führer in Vietnam von Anbeginn Ho Tsch Minh, der Vater des heutigen Nordvietnam, war. In kurzer Zeit war dieses Streben nach nationaler Unabhängigkeit zur bestimmenden politischen Kraft im Lande geworden. Seit 1949 versuchte Frankreich, sich dieser Flut entgegenzustemmen, indem es in Laos und Kambodscha eingeborene Regierungen mit begrenzten Vollmachten einsetzte. In Vietnam setzte es dem neugeschaffenen Staat einsetzte. Frankreich behielt sich weiterhin die Kontrolle der Außenpolitik, der Verteidigung und der Finanzen vor.

Der anfängliche Guerillakrieg der Vietminh steigerte sich zu einem ausgedehnten Krieg gegen die französischen Streitkräfte. Nach fünf Kampfbereichen und die Franzosen die Schlacht bei Dien Bien Phou, und Paris beschloß, nach einer politischen Lösung zu suchen. Das war der Ursprung der Genfer Konferenz von 1954, an der neben fünf Weltmächten Laos, Kambodscha, Nord- und Südvietnam teilnahmen; jedes der Gebiete, die dort vertreten waren, besaß zu diesem Zeitpunkt eine eigene Regierung. Die Regierung im Süden war von den Franzosen eingesetzt worden und mit ihnen verbündet. Hanoi war der Sitz des Regimes der Vietminh, das die Franzosen bekämpft hatte. Seine militärische politische Macht war im Norden konzentriert; es besaß jedoch Guerillaeinheiten, die sich im ganzen Land betätigten.

Das Genfer Abkommen

Im Jahre 1954 wurden in Genf Verträge über Laos, Kambodscha und Vietnam geschlossen. Der wichtigste ist das Waffenstillstandsabkommen für Vietnam.

Der erste Artikel dieses Abkommens legte eine Demarkationslinie am 17. Breitengrad in Zentralvietnam fest, die "Streitkräfte beider Seiten sollten zurückgezogen und umgruppiert werden, die der Volksarmee Vietnams nördlich, den Franzosen südlich dieser Linie." Im Art. 19 desselben Vertrages wurde die Regierung im Süden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die ihr zugesprochene Zone "nicht die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und Fortsetzung aggressiver Politik benutzt werde." Und im Art. 24 wurde jede Partei verpflichtet, "keine

zuführen."

Art. 16 und 17 des Abkommens verbot die Einfuhr zusätzlicher Waffen und Kräfte in Vietnam.

Art. 18 verbot die Errichtung neuer militärischer Stützpunkte auf dem gesamten vietnamesischen Territorium.

In einem separaten Dokument, das als "Schlußdeklaration der Genfer Konferenz" bekannt wurde, bestimmten die Konferenzmächte, daß die Regelung der politischen Probleme in Vietnam "dem vietnamesischen Volk gestatten sollte, sich die fundamentalen Freiheiten demokratischer Institutionen zu erfreuen, die das Ergebnis freier, geheimer und allgemeiner Wahlen zu sein hätten."

Bis Juli 1956 sollten Konsultationen darüber zwischen den Repräsentanten beider Zonen stattfinden.

Hier also lagen die grundlegenden Impulse des Genfer Abkommens. Wenn es befolgt worden wäre, wäre der Friede in Vietnam erhalten geblieben.

Die Ereignisse in Vietnam seit 1954

Trotz der Verpflichtung zur Umgruppierung der Truppen nach den Waffenstillstandsbedingungen operierten einige kommunistische Guerillaeinheiten weiterhin auf südvietnamesischem Territorium. Sehr viele Angehörige der südlichen Vietminhtruppen, die sich nördlich der Demarkationslinie zurückgezogen hatten, wurden in Hanoi in Militär- oder Polizeieinheiten eingegliedert und in Guerillakriegstaktik ausgebildet.

Bereits 1957 begann das nordvietnamesische Regime diese Südvietnamesen nach Südvietnam einzuschleusen. Bis Ende 1964 waren rd. 40 000 von ihnen nach Südvietnam eingeschickert, wo sie sich mit den bereits dort befindlichen Guerillaeinheiten vereinigten, die seit 1956 mit Waffen und Material von Hanoi unterstützt worden waren.

Seit 1964 bestanden die eingeschleusten Einheiten vornehmlich aus Soldaten der regulären nordvietnamesischen Armee.

Die Kommunisten begannen ihre Operationen im Süden mit Terror und Mord an örtlichen Regierungsbeamten. Von 1957 - 59 wurden mehr als 1 000 Zivilisten ermordet oder verschleppt. Allein im Jahre 1960 ermordeten die Terroristen 1 400 örtliche Kommunalpolitiker und verschleppten 700 weitere, während bewaffnete Guerillas 2 200 Soldaten und Polizisten töteten.

Das alles ist dokumentarisch von dem Rechtskomitée der Internationale
wachungs- und Kontrollkommission festgestellt worden. Diese Gremien
zur Überwachung der Durchführung der Waffenstillstandsbestimmungen
eingerrichtet wurde, besteht aus indischen, polnischen und kanadischen
dern. Das Rechtskomitée hat - gegen die Stimme Polens - 1962 festges
"Es ist offensichtlich, daß Waffen, Munition und anderer Nachschub aus
lichen Zone in die südliche Zone gebracht worden sind mit dem Ziel, fe
Aktivitäten einschließlich bewaffneter Angriffe gegen die Streitkräfte un
waltung im Süden zu unterstützen, zu organisieren und durchzuführen.
Es ist offensichtlich, daß die nordvietnamesische Armee gestattet hat,
nördliche Zone feindliche Aktivitäten im Süden anregt, unterstützt und
die darauf abzielen, die Verwaltung im Süden zu stürzen."

Mit der Ankunft regulärer nordvietnamesischer Armee-Einheiten ab Ende
haben ständig militärische Auseinandersetzungen in den verschiedensten
Südvietnams stattgefunden. Im Gegensatz zu Korea, wo sie ihren Angri
und vor aller Augen über die internationale Demarkationslinie führten,
die Kommunisten in Südvietnam ihre Zuflucht zu verdeckten und heimlich
tiken genommen. Das ist die Strategie, die kommunistische Ideologie un
paganda "nationalen Befreiungskrieg" nennen.

Es läßt sich also mit einer Wahrscheinlichkeit, die jenseits jeden Zwei
feststellen, daß der Konflikt in Südvietnam von Anbeginn keine einfache
Rebellion war. Ein sehr erheblicher Teil der militärischen Macht kam
Norden. Waffen und Material ebenfalls. Und - vielleicht als wichtigstes
lem - Planung, Leitung, Befehle stammen von Hanoi.

Keine Wahlen in Vietnam

Die Südzone Vietnams war ein Mosaik von politischen Territorialherrs
teils feudaler, teils revolutionärer, teils religiöser Natur. Keine Regie
hier ihre Autorität durchsetzen können, ohne diese Staaten im Staat, die
in einem Zustand der Anarchie hielten, zu unterwerfen. Wahlen unter d
worrenen und unsicheren Verhältnissen hätten aller Voraussicht nach d
sten Teilgewalt, also der kommunistisch geführten und von der Nordzon
unterstützen Vietminh die Mehrheit eingebracht. Zusammen mit den Sti
der von den Kommunisten regierten Nordzone, wo der "Aufbau des Sozi
und "die Umwandlung des politischen Systems in eine Volkedemokratie

mit Macht begannen hatte, mußte die Vietminh die Herrschaft über ganz V
erringen, zumal die großen Sekten schwankten und kein politisches Gegeng
waren. Daß es keine freien Wahlen in Nordvietnam geben würde, war sich
Niemand erwartete 1954/55 ein anderes Wahlergebnis, und so stand nicht
batte, wer Südvietnam regieren, sondern ob Südvietnam kommunistisch w
sollte. Die Amerikaner und Präsident Diem, die Mehrheit des Offiziersko
der Armee, die Grundbesitzer und die reichen Kaufleute von Saigon waren
schlossen, dies zu verhindern.

Rechtliche Grundlage des amerikanischen Eingreifens

Zur Unterstützung der Völker Südostasiens entstand zwei Monate nach der
Konferenz 1954 unter Führung der USA eine Allianz, die in einem Vertrag
Niederschlag fand und durch ein kollektives Sicherheitssystem gefestigt w
als SEATO bekannt ist (South-East Asia Treaty Organization). Dieser Alli
hören außer den USA, Groß-Britannien, Frankreich, Australien, Neuseel
Thailand, Pakistan und die Philippinen an. Der Vertrag sieht nicht nur vo
Sicherheit der Mitgliedstaaten, sondern auch die gewisser, in einem beson
Protokoll erfaßter Staaten und Gebiete zu garantieren, falls diese darum b
Auch Südvietnam wurde in diesem Protokoll aufgenommen.

Diese grundsätzliche SEATO-Verpflichtung ist die Grundlage des amerik
Handelns in Südvietnam seit Anbeginn.

Das amerikanische Engagement im Rahmen des SEATO-Vertrages ist dur
Reihe von zweiseitigen Abkommen und Zusagen mit der südvietnamesische
rung direkt vertieft und erweitert worden.

X Am 1. 10. 1954 schrieb Präsident Eisenhower an Präsident Diem un
ihm an, "der Regierung von Vietnam beim Aufbau und der Erhaltung
starken, lebensfähigen Staates zu helfen, der in der Lage ist, mili
Subversions- und Agressionsversuchen zu widerstehen."

X 1957 gaben Präsident Eisenhower und Präsident Diem eine gemein
klärung heraus, die die Aufmerksamkeit darauf lenkte, daß "in No
eine starke kommunistische Armee aufgebaut" werde: "Da auf die R
Vietnam Artikel IV des gemeinsamen Südostasiensverteidigungsbünd
zutrifft, stimmen Präsident Eisenhower und Präsident Diem darin
daß die Agression oder Subversion, die die politische Unabhängigk

- X Am 2.8.1961 erklärte Präsident Kennedy, daß "die USA beschloss, daß die Republik Vietnam nicht an die Kommunisten verloren gehen soll. Wegen Mangel an möglicher Unterstützung, die die USA geben könnten."
- X Am 14.12.1961 schrieb Präsident Kennedy an Präsident Diem und an die Erklärung der USA, die diese bei Abschluß der Genfer Konferenz gegeben hatten. Der Präsident stellte nochmals fest, daß die USA "wären, der Republik Vietnam zu helfen, ihr Volk zu schützen und ihre Unabhängigkeit zu bewahren." Diese Verpflichtung ist seither viele Male neuert worden.

Deshalb also haben die USA es übernommen, Südvietnam zu schützen und gleichzeitig ihren eigenen Frieden und ihre eigene Sicherheit. Sie haben amerikanische Truppen nach Südvietnam gesandt, weil dieses - im Sinne des SEATO-Vertrages - das Opfer einer "Agression mit Mitteln des bewaffneten Angriffs" ist.

Es ist keine ernsthafte Frage, daß diese Agression besteht und welcher Natur sie ist. Der Krieg dort ist eindeutig ein "bewaffneter Angriff", der systematisch von dem Regime in Hanoi gegen das Volk von Südvietnam vom Zaun gebrochen wurde.

Das nordvietnamesische Regime hat sich viel Mühe gegeben, diese Tatsache zu verschleiern, indem es versuchte, die von ihm angeführte Agression als im Land selbst entstandene Aufstandsbewegung erscheinen zu lassen. Es soll sich niemand dadurch täuschen lassen. Das ist die übliche kommunistische Praxis, ihren Machtbereich nicht mehr mit den klassischen Mitteln der Gewalt - wie bei der Invasion in Korea - auszudehnen vermögen, haben die Kommunisten im letzten Jahrzehnten eine sorgfältig aufgebaute Doktrin entwickelt - die sogenannten "Volksbefreiungskriege".

Das Wesen der Nationalen Befreiungsfront

Hanoi und Peking haben beide zu wiederholten Malen erklärt - und andere kommunistische Mächte haben dem beigepflichtet - dass Verhandlungen nur möglich sind, wenn die USA die "Nationale Befreiungsfront" als den einzigen originären Vertreter des gesamten südvietnamesischen Volkes anerkennen.

Es ist offensichtlich, daß die "Nationale Befreiungsfront" genau das ist, was der Name besagt - eine kommunistische Frontorganisation mit dem Ziel, die amerikanische Fiktion zu nähren, daß der Vietnamkrieg ein interner Aufstand sei. In

vietnams - der Lao-Dong-Partei - aus dem Jahr 1960, kurz nachdem der marxistische Führer Nordvietnams - General Giap - verkündet hatte: "Der Norden revolutionäre Basis für das ganze Land." Die zu Führern der "Front" proklamierten Personen sind weder im Norden noch im Süden des Landes besonders bekannt. Es wäre absurd zu behaupten, sie repräsentierten die Wünsche des vietnamesischen Volkes. Das bezeichnende Faktum ist vielmehr, daß zu keiner Zeit irgendwelche Popularität von politischer Bedeutung in Südvietsnam Anhänger der "Front" oder deren Politik war. Während sich einige vietnamesische Führer und Gruppen durch ihre Meinungen unterscheiden, wie sie das Land regiert sehen wollen, gibt es bei ihnen jedoch keinen Unterschied in der Frage, daß die "Front" kein Sprecher für

1961 versuchte Hanoi die Fiktion von dem internen Ursprung der "Front" da zu nähren, daß es eine unabhängige kommunistische Partei in Südvietsnam als Grundelement der "Front" gründete: die Revolutionäre Volkspartei. Ein geheimes Rundschreiben der Lao Dong vom 7. 12. 61 wies die Mitglieder an, daß "die revolutionäre Volkspartei nur scheinbar unabhängig sei. Nach wie vor gibt es für die Lao-Dong-Partei, die geeint in Nord- und Südvietsnam unter der Führung des ZK steht, dessen Chef Präsident Ho Tsch Minh ist."

Die Kommunisten haben einen ganz eindeutigen Grund, darauf zu bestehen, daß die Amerikaner die "Nationale Befreiungsfront" als einzige Vertretung des südvietsnamesischen Volkes anerkennen sollen. Sie bestehen auf der Frage der Anerkennung der "Front" als einzigem Sprecher des südvietsnamesischen Volkes seitens der Amerikaner, weil die Anerkennung der "Front" in dieser Eigenschaft in Wirklichkeit bedeuten würde, daß die Amerikaner die kommunistische Auffassung von der Natur des Konflikts und damit eine Regelung nach der Terminologie Hanois anerkennen - was zugleich die Auslieferung Südvietsnams an die kommunistische Kontrolle des Nordens beinhalten würde.

Bemühungen um eine politische Lösung

Seit ihrem verstärkten Eingreifen bemühen sich die Amerikaner um eine politische Lösung des Konflikts.

Im April 1965 bot Präsident Johnson als Antwort auf einen Appell von 17 buddhistischen Ländern an, mit Nordvietsnam in Verhandlungen einzutreten ohne Vorbedingungen. Hanoi hielt das nicht für annehmbar. Vor einem Jahr führten die U

konzentrierte Friedensoffensive über mehr als 5 Wochen durch. Wieder die andere Seite ab.

Anlässlich der UN-Vollversammlung im Herbst 1966 faßte Bot schafter G die amerikanischen Ziele wie folgt zusammen:

- X "Wir suchen in diesem Konflikt eine politische Lösung, keine m rische. Dabei weisen wir auch den Gedanken zurück, daß Nordv das Recht hat, eine militärische Lösung zu erzwingen.
- X Wir wollen für das Volk von Südvietnam das gleiche Recht auf S stimmung sichern - d.h. selber über sein politisches Schicksal scheiden, frei von Gewalteinwirkung -, das die UN-Charta aller sichert.
- X Wir glauben, daß über die Wiedervereinigung Vietnams aufgrund von außen unbeeinflusster Wahlen der Menschen in Nord- und Sü entschieden werden sollte; das Ergebnis einer solchen Wahl sin reit, voll zu unterstützen.
- X Wir sind bereit, die Einstellung der Bombardierung Nordvietna dem Augenblick anzuordnen, in dem man uns zusichert - auf ge oder sonstigen Wegen -, daß dieser Schritt von der anderen Sei dadurch beantwortet wird, daß eine entsprechende angemessen schränkung der Kriegstätigkeit erfolgt."

Rückzug und Aufgabe Südvietnams ohne diese Sicherheit würde bedeuten Genfer Abkommen preiszugeben und allen sichtbar zu machen, daß ein ionaler Vertrag von einem Aggressor straflos als unbedeutender Fetzen behandelt werden kann.

Darüber hinaus würden Rückzug und Aufgabe Südvietnams den Glauben a Länder an die Verteidigungsbündnisse der USA untergraben und möglich soren in aller Welt ermutigen, ihre schwächeren Nachbarn ungehindert folgreich mit Gewalt unter Druck zu setzen.

Sich dieser Verpflichtung zu entziehen, würde das Vertrauen all derer n ben, die glauben, daß die USA sich an ihre Verpflichtungen halten. Die und militärische Stabilität würde dadurch nicht gesichert, sondern viel stört werden, wenn man Verträge abschließt und sie dann nicht erfüllt.

Der Gebrauch fremder Gewalt zur Gewinnung eines politischen Zieles d sich nicht als erfolgreich erweisen.